

Bundesgesetzblatt ⁹⁵³

Teil II

Z 1998 AX

1981

Ausgegeben zu Bonn am 6. November 1981

Nr. 34

Tag	Inhalt	Seite
9. 10. 81	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Internationalen Schiffsvermessungs-Übereinkommens von 1969	954
16. 10. 81	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Errichtung des Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung	955
16. 10. 81	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens zur Errichtung eines Internationalen Tierseuchenamts in Paris	955
16. 10. 81	Bekanntmachung zu dem Übereinkommen Nr. 17 der Internationalen Arbeitsorganisation über die Entschädigung bei Betriebsunfällen	956
16. 10. 81	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 23 der Internationalen Arbeitsorganisation über die Heimschaffung der Schiffsleute	957
16. 10. 81	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 29 der Internationalen Arbeitsorganisation über Zwangs- oder Pflichtarbeit	957
20. 10. 81	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens von Nizza über die internationale Klassifikation von Waren und Dienstleistungen für Fabrik- oder Handelsmarken	958
20. 10. 81	Bekanntmachung der deutsch-argentinischen Vereinbarung über den Austausch technischer Informationen und Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Sicherheit kerntechnischer Einrichtungen	958
20. 10. 81	Bekanntmachung zu dem Europäischen Übereinkommen über die Regelung des Personenverkehrs zwischen den Mitgliedstaaten des Europarats	961
21. 10. 81	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Haager Übereinkommens über die Beweisaufnahme im Ausland in Zivil- oder Handelssachen	962
21. 10. 81	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Internationale Hydrographische Organisation	963
22. 10. 81	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 73 der Internationalen Arbeitsorganisation über die ärztliche Untersuchung der Schiffsleute	963
22. 10. 81	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 81 der Internationalen Arbeitsorganisation über die Arbeitsaufsicht in Gewerbe und Handel	963
22. 10. 81	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 92 der Internationalen Arbeitsorganisation über die Quartierräume der Besatzung an Bord von Schiffen (Neufassung vom Jahre 1949)	964
22. 10. 81	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 96 der Internationalen Arbeitsorganisation über Büros für entgeltliche Arbeitsvermittlung (Neufassung 1949)	964
22. 10. 81	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 99 der Internationalen Arbeitsorganisation über die Verfahren zur Festsetzung von Mindestlöhnen in der Landwirtschaft	965
23. 10. 81	Bekanntmachung des Europäischen Rahmenübereinkommens über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften	965
27. 10. 81	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens zur Bekämpfung des Terrorismus	998
27. 10. 81	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 100 der Internationalen Arbeitsorganisation über die Gleichheit des Entgelts männlicher und weiblicher Arbeitskräfte für gleichwertige Arbeit	998
27. 10. 81	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 101 der Internationalen Arbeitsorganisation über den bezahlten Urlaub in der Landwirtschaft	999
27. 10. 81	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 111 der Internationalen Arbeitsorganisation über die Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf	1000

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des Internationalen Schiffsvermessungs-Übereinkommens von 1969**

Vom 9. Oktober 1981

Nach Artikel 8 Abs. 2 des Gesetzes vom 22. Januar 1975 zu dem Internationalen Schiffsvermessungs-Übereinkommen vom 23. Juni 1969 (BGBl. 1975 II S. 65) wird bekanntgemacht, daß das Übereinkommen nach seinem Artikel 17 Abs. 1 für die

Bundesrepublik Deutschland am 18. Juli 1982 in Kraft treten wird. Die Annahmeerkunde der Bundesrepublik Deutschland ist am 7. Mai 1975 bei dem Generalsekretär der Zwischenstaatlichen Beratenden Seeschiffahrts-Organisation hinterlegt worden.

Das Übereinkommen wird ferner für die Deutsche Demokratische Republik am 18. Juli 1982 in Kraft treten.

Das Übereinkommen wird weiterhin für folgende Staaten am 18. Juli 1982 in Kraft treten:

Algerien
Argentinien
Bahamas
Belgien
Brasilien
China
Fidschi
Finnland
Frankreich

nach Maßgabe folgender Erklärung:

«Le Gouvernement français n'acceptera pas que lui soit opposée une décision prise en vertu des dispositions de l'article 18, paragraphe 3 d.»

(Übersetzung)

„Die französische Regierung wird nicht anerkennen, daß eine Feststellung aufgrund des Artikels 18 Absatz 3 Buchstabe d gegen sie geltend gemacht wird.“

Ghana
Guinea
Indien
Irak

Iran
Island
Israel
Italien
Japan
Jemen
Jugoslawien
Kolumbien
Korea, Republik
Liberia
Mexiko
Monaco
Neuseeland
ohne Erstreckung auf die Cookinseln, Niue und die Tokelauinseln
Niederlande
mit Erstreckung auf die Niederländischen Antillen
Norwegen
Österreich
Panama
Philippinen
Polen
Rumänien
Saudi-Arabien
Schweden
Schweiz
Sowjetunion
Spanien
Syrien
Tonga
Trinidad und Tobago
Tschechoslowakei
Türkei
Ungarn
Vereinigtes Königreich
mit Erstreckung auf Hongkong

Bonn, den 9. Oktober 1981

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
von Staden

Der Bundesminister
für innerdeutsche Beziehungen
In Vertretung
Spangenberg

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
zur Errichtung des Internationalen Fonds
für landwirtschaftliche Entwicklung**

Vom 16. Oktober 1981

Das Übereinkommen vom 13. Juni 1976 zur Errichtung des Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (BGBl. 1978 II S. 1405) ist nach seinem Artikel 13 Abschnitt 3 Buchstabe b für

Äquatorialguinea am 29. Juli 1981
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 5. Juni 1981 (BGBl. II S. 376).

Bonn, den 16. Oktober 1981

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens
zur Errichtung eines Internationalen Tierseuchenamts in Paris**

Vom 16. Oktober 1981

Das Internationale Übereinkommen vom 25. Januar 1924 zur Errichtung eines Internationalen Tierseuchenamts in Paris (RGBl. 1928 II S. 317; BGBl. 1974 II S. 676) ist nach seinem Artikel 6 für

Vanuatu am 29. Juni 1981
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 10. September 1981 (BGBl. II S. 900).

Bonn, den 16. Oktober 1981

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
zu dem Übereinkommen Nr. 17
der Internationalen Arbeitsorganisation
über die Entschädigung bei Betriebsunfällen
Vom 16. Oktober 1981**

Auf Grund einer am 14. Januar 1981 registrierten Erklärung wendet das Vereinigte Königreich das Übereinkommen Nr. 17 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 10. Juni 1925 über die Entschädigung bei Betriebsunfällen (BGBl. 1955 II S. 93) auf Hongkong mit Wirkung vom 14. Januar 1981 nur noch nach Maßgabe der folgenden, bereits am 24. November 1978 registrierten Abänderungen zu Artikel 9 des Übereinkommens an:

(Übersetzung)

„Article 9

- (a) The employer is not liable to pay for medical, surgical or pharmaceutical aid in respect of an injury which does not incapacitate the workman for at least three consecutive days from earning his full wages;
- (b) The employer's liability to pay for medical, surgical and pharmaceutical aid ceases when the workman becomes entitled to receive compensation for permanent incapacity, whether partial or total, or on the expiration of 24 months from the date of the accident giving rise to the injury, whichever is the earlier."

„Artikel 9

- a) Der Arbeitgeber ist nicht verpflichtet, für ärztlichen Beistand, chirurgische Behandlung oder für die Versorgung mit Arznei aufzukommen, wenn der Arbeitnehmer infolge des Unfalls nicht mindestens an drei aufeinanderfolgenden Tagen daran gehindert ist, seinen vollen Lohn zu verdienen.
- b) Die Verpflichtung des Arbeitgebers, für ärztlichen Beistand, chirurgische Behandlung und Versorgung mit Arznei aufzukommen, erlischt, wenn der Arbeitnehmer auf Grund einer teilweisen oder völligen dauernden Erwerbsunfähigkeit einen Anspruch auf Entschädigung erwirbt, bzw. nach Ablauf von 24 Monaten nach dem Tag des die Verletzung verursachenden Unfalls, je nachdem, welcher Zeitpunkt früher liegt."

Die am 24. November 1978 in bezug auf Hongkong zusätzlich registrierten Abänderungen zu Artikel 10 des Übereinkommens sind somit mit Wirkung vom 14. Januar 1981 zurückgenommen worden.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 29. November 1979 (BGBl. II S. 1298) und vom 15. Januar 1981 (BGBl. II S. 29).

Bonn, den 16. Oktober 1981

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 23
der Internationalen Arbeitsorganisation
über die Heimschaffung der Schiffsleute**

Vom 16. Oktober 1981

Das Übereinkommen Nr. 23 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 23. Juni 1926 über die Heimschaffung der Schiffsleute (RGBl. 1930 II S. 12) ist nach seinem Artikel 8 Abs. 3 für

Griechenland am 6. Mai 1981

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 14. Januar 1981 (BGBl. II S. 27).

Bonn, den 16. Oktober 1981

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 29
der Internationalen Arbeitsorganisation
über Zwangs- oder Pflichtarbeit**

Vom 16. Oktober 1981

Das Übereinkommen Nr. 29 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 28. Juni 1930 über Zwangs- oder Pflichtarbeit (BGBl. 1956 II S. 640) wird nach seinem Artikel 28 Abs. 3 für

Bahrain am 11. Juni 1982

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 14. Januar 1981 (BGBl. II S. 28).

Bonn, den 16. Oktober 1981

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Abkommens von Nizza
über die internationale Klassifikation von Waren und Dienstleistungen
für Fabrik- oder Handelsmarken**

Vom 20. Oktober 1981

Das Abkommen von Nizza vom 15. Juni 1957 über die internationale Klassifikation von Waren und Dienstleistungen für Fabrik- oder Handelsmarken (BGBl. 1964 II S. 1217) wird nach seinem Artikel 9 Abs. 2 für

Polen am 20. Juli 1982
außer Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 27. Juli 1964 (BGBl. II S. 1217) und vom 16. Juni 1972 (BGBl. II S. 713).

Bonn, den 20. Oktober 1981

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
der deutsch-argentinischen Vereinbarung
über den Austausch technischer Informationen und Zusammenarbeit
auf dem Gebiet der Sicherheit kerntechnischer Einrichtungen**

Vom 20. Oktober 1981

In Bonn ist am 8. Oktober 1981 eine Vereinbarung zwischen dem Bundesminister des Innern der Bundesrepublik Deutschland und der Comisión Nacional de Energia Atómica der Argentinischen Republik über den Austausch technischer Informationen und Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Sicherheit kerntechnischer Einrichtungen unterzeichnet worden. Die Vereinbarung ist nach ihrer Nummer 3 Buchstabe i

am 8. Oktober 1981

in Kraft getreten; sie wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 20. Oktober 1981

Der Bundesminister des Innern
In Vertretung
Dr. Günter Hartkopf

Vereinbarung
zwischen dem Bundesminister des Innern der Bundesrepublik Deutschland
und der Comisión Nacional de Energía Atómica der Argentinischen Republik
über den Austausch technischer Informationen und Zusammenarbeit
auf dem Gebiet der Sicherheit kerntechnischer Einrichtungen

Der Bundesminister des Innern
 der Bundesrepublik Deutschland
 als zuständige Bundesbehörde für den Strahlenschutz
 und die Sicherheit kerntechnischer Einrichtungen,
 im folgenden als „BMI“ bezeichnet,

und

die Comisión Nacional de Energía Atómica
 der Argentinischen Republik,
 als zuständige nationale Behörde
 auf dem nuklearen Sektor,
 im folgenden als „CNEA“ bezeichnet

- im Hinblick auf ihr gemeinsames Interesse sowohl an einer Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Sicherheit kerntechnischer Einrichtungen als auch an einem Erfahrungsaustausch über Fragen der Genehmigung kerntechnischer Einrichtungen,
- mit dem Ziel, das Wissen über den Strahlenschutz und die Sicherheit kerntechnischer Einrichtungen auf dem neuesten Stand zu halten,
- im Rahmen des am 31. März 1969 geschlossenen „Rahmenabkommens über Zusammenarbeit in der wissenschaftlichen Forschung und technologischen Entwicklung“ *) zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Argentinischen Republik, im folgenden als „Rahmenabkommen“ bezeichnet, unter besonderer Berücksichtigung von Artikel 1 Abs. 3

kommen hiermit wie folgt überein:

1. Anwendungsbereich der Vereinbarung

1.1 Austausch technischer Informationen

Der BMI und die CNEA vereinbaren den gegenseitigen Austausch technischer Informationen auf dem Gebiet des Strahlenschutzes und der nuklearen Sicherheit kerntechnischer Einrichtungen und der Behandlung radioaktiver Abfälle. Informationen über Umwelteinflüsse solcher Einrichtungen werden ausgetauscht, soweit die jeweiligen Zuständigkeiten der Vertragsparteien dies zulassen.

Die Informationen beziehen sich auf

- a) für beide Vertragsparteien bedeutsame Berichte auf dem Gebiet des Strahlenschutzes und der kerntechnischen Sicherheit, die durch oder für die Genehmigungsbehörde als Grundlage oder zur Unterstützung von besonderen Genehmigungs- und Grundsatzentscheidungen verfaßt werden;
- b) bedeutsame Genehmigungsentscheidungen sowie bedeutsame Entscheidungen auf dem Gebiet des Strahlenschutzes und der nuklearen Sicherheit, welche diese Einrichtungen berühren;
- c) Unterlagen über den Stand der vom BMI beaufsichtigten Genehmigungsverfahren für Einrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland und entsprechende Unterlagen über Genehmigungsverfahren für Einrichtungen in der Argentinischen Republik;

d) Informationen auf dem Gebiet von projektübergreifenden Studien und Berichten von Experten über den Strahlenschutz und die nukleare Sicherheit kerntechnischer Einrichtungen, zu deren Weitergabe die Vertragsparteien berechtigt sind, und die sich entweder im Besitz einer der Parteien befinden oder ihr zur Verfügung stehen;

e) Berichte über Betriebserfahrungen, wie Berichte über schwerwiegende Betriebsstörungen, Unfälle und von staatlicher Seite veranlaßte Reaktorabschaltungen. Jede Vertragspartei bemüht sich insbesondere, in diesen Fällen die andere über solche wichtigen Ereignisse, die für diese von unmittelbarem Interesse sind, so frühzeitig wie möglich zu unterrichten.

1.2 Zusammenarbeit auf dem Gebiet der regulatorischen Normen

Die Vertragsparteien vereinbaren ferner eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet der regulatorischen Normen für kerntechnische Einrichtungen.

a) Jede Partei unterrichtet die andere über spezifische Themen, zu denen Entwicklungsarbeiten auf dem Gebiet der regulatorischen Normen in Gang sind.

b) Kopien der regulatorischen Normen, Codes, Kriterien, Richtlinien und anderer Regelungen, deren Verwendung von den Genehmigungs- und Aufsichtsbehörden der beiden Länder gefordert oder vorgesehen ist, werden von jeder Vertragspartei der anderen zur Verfügung gestellt.

Die Parteien sind sich einig, daß über die o. a. Vorschriften, die außerhalb des Bereiches des regulatorischen Programms der CNEA oder außerhalb des die Sicherheit kerntechnischer Einrichtungen und den Strahlenschutz betreffenden Aufgabenkreises des BMI entwickelt worden sind, Auflistungen mit Titeln und Bezugsquellen ausgetauscht werden.

2. Organisation

2.1 Informationsaustausch

Der Austausch von Informationen aufgrund dieser Vereinbarung erfolgt durch Briefe, Berichte und andere Dokumente sowie durch Besuche und Zusammenkünfte, die von Fall zu Fall im voraus organisiert werden. Die Sitzungen finden nach Bedarf statt, mindestens jedoch einmal jährlich mit einer im voraus festzulegenden Tagesordnung. Diese Tagesordnung enthält eine Auswertung der Ergebnisse des Informationsaustausches und der Entwicklung der Zusammenarbeit sowie Empfehlungen über die künftige Zusammenarbeit. Die Sitzungen finden abwechselnd in der Bundesrepublik Deutschland und in der Argentinischen Republik statt, es sei denn, die Koordinatoren beschließen aus technischen oder anderen Gründen, von dieser Regel abzuweichen und eine Sitzung an einem anderen Ort abzuhalten.

2.2 Koordinatoren

a) Jede Vertragspartei bezeichnet einen Koordinator für die Aufgaben bei ihrem Anteil an der Zusammenarbeit.

*) Veröffentlicht im Bundesgesetzblatt 1970 Teil II S. 5

Die Koordinatoren sind die Empfänger aller im Rahmen des Austausches übermittelten Dokumente, zu denen, sofern nichts anderes vereinbart wird, auch Kopien aller Briefe gehören. Im Rahmen des Austausches sind die Koordinatoren für die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit und des Informationsaustausches verantwortlich und haben sich dabei auch über die Bestimmung der vom Austausch erfaßten kerntechnischen Einrichtungen sowie über spezifische Dokumente und Normen zu einigen, die ausgetauscht werden sollen.

- b) Die Koordinatoren bestimmen, wie viele Kopien der ausgetauschten Dokumente zur Verfügung gestellt werden sollen.
- c) Besuche aufgrund der Vereinbarung einschließlich ihrer Zeitpläne bedürfen der vorherigen Genehmigung durch die Koordinatoren.

2.3 Bestimmungen über Vertraulichkeit

- a) Im allgemeinen können die bei jeder Vertragspartei eingegangenen Informationen ohne weitere Genehmigung der anderen Partei uneingeschränkt verbreitet werden.
- b) Geschützte Informationen, die zum Beispiel geistiges Eigentum Dritter sind, sowie private und andere Informationen, die von der absendenden Vertragspartei im Vertrauen darauf und unter der Bedingung geliefert werden, daß die empfangende Vertragspartei die Informationen vor Weitergabe an unbefugte Personen schützt, werden von der absendenden Vertragspartei als solche bezeichnet durch den deutlichen Stempel- aufdruck „Vertraulich – Nicht zur Verbreitung ohne Genehmigung des BMI bestimmt“ bzw. „Vertraulich – Nicht zur Verbreitung ohne Genehmigung der CNEA bestimmt“. Die empfangende Vertragspartei darf solche geschützten Informationen nicht ohne vorherige schriftliche Genehmigung der absendenden Partei weitergeben. Falls eine solche Genehmigung nicht erteilt wird, kann die geschützte Information nur weitergegeben werden
 - i) auf argentinischer Seite an die Behörden der CNEA sowie die Berater und Behörden der Regierung der Argentinischen Republik,
 - ii) auf deutscher Seite an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, an ihre Berater und die atomrechtlichen Genehmigungsbehörden und deren Gutachter.

3 Allgemeine Bestimmungen

- a) Die Vertragsparteien können im Rahmen dieser Vereinbarung die ausgetauschten oder übermittelten Informationen verwenden oder anwenden, jedoch übernimmt die übermittelnde Vertragspartei keine Gewähr dafür, daß diese Informationen für eine bestimmte Verwendung oder Anwendung geeignet sind.

- b) In der Erkenntnis, daß einige Informationen der von dieser Vereinbarung erfaßten Art nicht bei den Vertragsparteien verfügbar sind, jedoch von anderen Dienststellen der Regierungen, denen die Vertragsparteien angehören, zur Verfügung gestellt werden können, wird jede Vertragspartei die andere im Rahmen des Möglichen durch die Ausrichtung von Besuchen und die Weiterleitung von Anfragen über solche Informationen an die zuständigen Dienststellen der betreffenden Regierung unterstützen. Auf keinen Fall beinhaltet diese Vereinbarung eine Verpflichtung anderer Dienststellen, solche Informationen bereitzustellen oder solche Besuche zu empfangen.
- c) Die Vertragsparteien sind sich darin einig, daß die Möglichkeit zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen von der Verfügbarkeit dafür bestimmter Mittel abhängt, erklären jedoch, daß sie sich nach besten Kräften um die erforderlichen Haushaltsmittel zur Erfüllung der Verpflichtungen aus dieser Vereinbarung bemühen werden.
- d) Eine gegenseitige Kostenerstattung ist zwischen den Vertragsparteien nicht vorgesehen. Beide Vertragsparteien stimmen überein, daß jede von ihnen die in ihrem Zuständigkeitsbereich entstehenden Kosten gemäß Artikel 3, Abs. 1 des Rahmenabkommens selbst trägt.
- e) Diese Vereinbarung zwingt keine Vertragspartei, Maßnahmen zu treffen, die mit ihren geltenden Gesetzen und sonstigen Vorschriften unvereinbar wären. Für den Fall einer Kollision zwischen dieser Vereinbarung und jenen Gesetzen und sonstigen Vorschriften vereinbaren die Vertragsparteien, einander schriftlich zu konsultieren, bevor Maßnahmen getroffen werden.
- f) Diese Vereinbarung gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Argentinischen Republik innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten der Vereinbarung eine gegenteilige Erklärung abgibt.
- g) Diese Vereinbarung bleibt fünf Jahre in Kraft und verlängert sich automatisch jeweils um den gleichen Zeitraum, sofern nicht eine der beiden Vertragsparteien der anderen mit einer Frist von mindestens sechs Monaten vor Ablauf einer der Verlängerungen schriftlich den Wunsch mitteilt, sie nicht zu verlängern. Im Falle der Kündigung verpflichten sich die Vertragsparteien, die Bestimmungen über den vertraulichen Charakter der geschützten Informationen laut Ziffer 2.3 b) für einen Zeitraum von fünf Jahren ab Beendigung der Vereinbarung zu beachten.
- h) Die Vertragsparteien werden soweit als möglich die englische Sprache als Arbeitssprache benutzen.
- i) Diese Vereinbarung tritt am Tag ihrer Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Bonn am 8. Oktober 1981 in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für den Bundesminister des Innern
der Bundesrepublik Deutschland
Dr. Günter Hartkopf

Für die Comisión Nacional de Energía Atómica
der Argentinischen Republik
R. E. Guyer
Botschafter

**Bekanntmachung
zu dem Europäischen Übereinkommen über die Regelung
des Personenverkehrs zwischen den Mitgliedstaaten des Europarats
Vom 20. Oktober 1981**

I.

Die Bundesrepublik Deutschland hat mit Note vom 9. Juli 1980 dem Generalsekretär des Europarats die nachstehende Erklärung nach Artikel 7 des Europäischen Übereinkommens vom 13. Dezember 1957 über die Regelung des Personenverkehrs zwischen den Mitgliedstaaten des Europarats (BGBl. 1959 II S. 389) notifiziert:

„Die Bundesrepublik Deutschland und die Türkei sind Vertragsparteien des Europäischen Übereinkommens vom 13. Dezember 1957 über die Regelung des Personenverkehrs zwischen den Mitgliedstaaten des Europarats. Die Türkei hat die Gültigkeit dieses Übereinkommens für ihre eigenen Staatsangehörigen bei der Unterzeichnung durch eine Erklärung nach Artikel 7 aufgeschoben.

Gleichwohl sieht die Bundesrepublik Deutschland sich unter Bezugnahme auf den Artikel 7 des Übereinkommens veranlaßt, dem Generalsekretär des Europarats folgendes zu notifizieren:

Die Bundesrepublik Deutschland hat beschlossen, ab 5. Oktober 1980 die allgemeine Sichtvermerkspflicht gegen-

über der Türkei einzuführen. Das deutsch-türkische Sichtvermerksabkommen von 1953 ist gekündigt worden.

Diese Maßnahme erweist sich aus Gründen der öffentlichen Ordnung als notwendig. Die Zahlen türkischer Einreisender, die durch Mißbrauch des Asylverfahrens der Bundesrepublik Deutschland die Aufenthaltsbestimmungen zu unterlaufen versuchen, sind in den ersten Monaten des Jahres 1980 sprunghaft angestiegen. Maßnahmen zu verstärkter Einreisekontrolle sind deshalb unerläßlich.

Nach Ablauf von drei Jahren wird die Notwendigkeit der Beibehaltung der Sichtvermerkspflicht gegenüber der Türkei überprüft werden.“

II.

Unter Bezugnahme auf ihre bei der Unterzeichnung – ohne Vorbehalt der Ratifikation – des Übereinkommens am 25. Mai 1961 eingelegten Vorbehalte hat die Türkei am 28. August 1980 dem Generalsekretär des Europarats notifiziert, daß sie die Erklärung Nr. 2 mit Wirkung vom 28. August 1980 zurücknimmt; die Erklärung Nr. 2 lautete wie folgt:

(Übersetzung)

“Declaration No. 2

Under the terms of Article 7, the Turkish Government states that for reasons of security the provisions of the Agreement will not immediately apply to its own nationals; for the time being, therefore, the Agreement will apply solely to nationals of other countries.”

«Déclaration N° 2

En vertu de l'article 7, le Gouvernement turc déclare ne pas appliquer immédiatement le présent Accord en ce qui concerne ses propres ressortissants pour des raisons relatives à la sécurité; le présent Accord s'appliquera donc pour le moment aux ressortissants des autres Parties.»

„Erklärung Nr. 2

Nach Artikel 7 erklärt die türkische Regierung, daß dieses Übereinkommen aus Sicherheitsgründen nicht sofort auf ihre eigenen Staatsangehörigen Anwendung findet; vorerst gilt daher das Übereinkommen nur für Staatsangehörige der anderen Vertragsparteien.“

III.

Die Anlage zu dem Übereinkommen, die nach Artikel 1 Abs. 1 des Übereinkommens Bestandteil desselben ist, ist in Übereinstimmung mit Artikel 11 des Übereinkommens durch eine Liste der Türkei ergänzt worden; diese Liste, die am 19. Januar 1981 wirksam geworden ist, wird nachstehend veröffentlicht.

(Übersetzung)

Turkey	Turquie	Türkei
Valid national passport	Passeports nationaux en cours de validité	Gültiger Reisepaß
Travel certificate (for only one trip to return to Turkey)	Certificat de voyage (pour un seul voyage pour rentrer en Turquie)	Reiseausweis (zur einmaligen Wiedereinreise in die Türkei)

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 7. Oktober 1969 (BGBl. II S. 2210) und vom 31. März 1977 (BGBl. II S. 424).

Bonn, den 20. Oktober 1981

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Haager Übereinkommens
über die Beweisaufnahme im Ausland in Zivil- oder Handelssachen
Vom 21. Oktober 1981**

Das Haager Übereinkommen vom 18. März 1970 über die Beweisaufnahme im Ausland in Zivil- oder Handelssachen (BGBl. 1977 II S. 1452, 1472) ist nach seinem Artikel 39 Abs. 5 im Verhältnis zu

Singapur am 13. September 1981
in Kraft getreten.

Singapur hat bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde folgende Vorbehalte eingelegt:

(Übersetzung)

- | | |
|--|---|
| <p>“(i) the whole of Chapter II of the Convention shall not apply to the Republic of Singapore; and</p> <p>(ii) with regard to paragraph 2 of article 4, the Republic of Singapore will not accept any Letter of Request in any language other than the English language, as that is the language used by the Judiciary in Singapore.”</p> | <p>„(i) Das gesamte Kapitel II des Übereinkommens findet auf die Republik Singapur keine Anwendung;</p> <p>(ii) in bezug auf Artikel 4 Absatz 2 wird die Republik Singapur kein Rechtshilfeersuchen in einer anderen Sprache als der englischen entgegennehmen, da dies die von der Justiz in Singapur verwendete Sprache ist.“</p> |
|--|---|

Singapur hat als Zentrale Behörde nach Artikel 2 des Übereinkommens den Registrar of the Supreme Court (Urkundsbeamter des Obersten Gerichtshofs) bestimmt.

Nach Artikel 23 des Übereinkommens erklärte die Regierung von Singapur, daß die Republik Singapur Rechtshilfeersuchen nicht erledigt, die ein Verfahren der „pre-trial discovery of documents“ zum Gegenstand haben. Die Regierung von Singapur erklärte ferner, daß sie unter „Rechtshilfeersuchen, die ein Verfahren der ‚pre-trial discovery of documents‘ zum Gegenstand haben“, im Sinne der vorstehenden Erklärung auch jedes Rechtshilfeersuchen versteht, aufgrund dessen eine Person

- a) darlegen soll, welche Schriftstücke im Zusammenhang mit dem Verfahren, auf das sich das Rechtshilfeersuchen bezieht, sich in ihrem Besitz, ihrem Gewahrsam oder ihrer Verfügungsgewalt befinden oder befunden haben, oder
- b) Schriftstücke vorlegen soll, die zwar im Rechtshilfeersuchen nicht einzeln bezeichnet werden, sich aber nach Auffassung des ersuchten Gerichts im Besitz, im Gewahrsam oder in der Verfügungsgewalt dieser Person befinden oder wahrscheinlich befinden.

Die Regierung von Singapur erklärte außerdem, daß die Republik Singapur davon ausgeht, daß die Bezugnahme auf Zivil- oder Handelssachen in dem Übereinkommen keine Steuersachen umfaßt.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 17. Juli 1981 (BGBl. II S. 573).

Bonn, den 21. Oktober 1981

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über die Internationale Hydrographische Organisation
Vom 21. Oktober 1981**

Das Übereinkommen vom 3. Mai 1967 über die Internationale Hydrographische Organisation (BGBl. 1969 II S. 417) ist nach seinem Artikel XX für

Uruguay am 22. September 1981
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 12. Juni 1981 (BGBl. II S. 434).

Bonn, den 21. Oktober 1981

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens Nr. 73
der Internationalen Arbeitsorganisation
über die ärztliche Untersuchung
der Schiffsleute**

Vom 22. Oktober 1981

Das Übereinkommen Nr. 73 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 29. Juni 1946 über die ärztliche Untersuchung der Schiffsleute (BGBl. 1976 II S. 1225) wird nach seinem Artikel 11 Abs. 3 für

Griechenland am 6. November 1981
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 22. Juli 1981 (BGBl. II S. 579).

Bonn, den 22. Oktober 1981

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens Nr. 81
der Internationalen Arbeitsorganisation
über die Arbeitsaufsicht
in Gewerbe und Handel**

Vom 22. Oktober 1981

Das Übereinkommen Nr. 81 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 11. Juli 1947 über die Arbeitsaufsicht in Gewerbe und Handel (BGBl. 1955 II S. 584) wird nach seinem Artikel 33 Abs. 3 für

Bahrain am 11. Juni 1982
Ruanda am 2. Dezember 1981
Swasiland am 5. Juni 1982
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 30. Oktober 1980 (BGBl. II S. 1421).

Bonn, den 22. Oktober 1981

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 92
der Internationalen Arbeitsorganisation
über die Quartierräume der Besatzung an Bord von Schiffen
(Neufassung vom Jahre 1949)**

Vom 22. Oktober 1981

Das Übereinkommen Nr. 92 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 18. Juni 1949 über die Quartierräume der Besatzung an Bord von Schiffen (Neufassung vom Jahre 1949) – BGBl. 1974 II S. 841 – wird nach seinem Artikel 21 Abs. 3 für

Italien am 23. Dezember 1981
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 22. Juli 1981 (BGBl. II S. 580).

Bonn, den 22. Oktober 1981

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 96
der Internationalen Arbeitsorganisation
über Büros für entgeltliche Arbeitsvermittlung
(Neufassung 1949)**

Vom 22. Oktober 1981

Das Übereinkommen Nr. 96 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 1. Juli 1949 über Büros für entgeltliche Arbeitsvermittlung (Neufassung 1949) – BGBl. 1954 II S. 456 – wird nach seinem Artikel 17 Abs. 3 für

Swasiland am 5. Juni 1982
– unter Annahme der Bestimmungen
des Teils II –

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 26. Februar 1980 (BGBl. II S. 210).

Bonn, den 22. Oktober 1981

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 99
der Internationalen Arbeitsorganisation
über die Verfahren zur Festsetzung
von Mindestlöhnen in der Landwirtschaft**

Vom 22. Oktober 1981

Das Übereinkommen Nr. 99 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 28. Juni 1951 über die Verfahren zur Festsetzung von Mindestlöhnen in der Landwirtschaft (BGBl. 1953 II S. 294) wird nach seinem Artikel 7 Abs. 3 für

Swasiland am 5. Juni 1982

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 14. Februar 1980 (BGBl. II S. 191).

Bonn, den 22. Oktober 1981

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
des Europäischen Rahmenübereinkommens
über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit
zwischen Gebietskörperschaften**

Vom 23. Oktober 1981

Das von der Bundesrepublik Deutschland in Madrid am 21. Mai 1980 unterzeichnete Europäische Rahmenübereinkommen über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften wird nach seinem Artikel 9 Abs. 2 für die

Bundesrepublik Deutschland am 22. Dezember 1981

in Kraft treten; die Ratifikationsurkunde ist am 21. September 1981 bei dem Generalsekretär des Europarats hinterlegt worden.

Das Übereinkommen wird am 22. Dezember 1981 ferner für

Dänemark

Norwegen

Schweden

in Kraft treten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 23. Oktober 1981

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Europäisches Rahmenübereinkommen
über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit
zwischen Gebietskörperschaften**

**European Outline Convention
on Transfrontier Co-operation
between Territorial Communities or Authorities**

**Convention-cadre européenne
sur la coopération transfrontalière
des collectivités ou autorités territoriales**

(Übersetzung)

Preamble

The member States of the Council of Europe, signatories to this Convention,

Considering that the aim of the Council of Europe is to achieve a greater unity between its members and to promote co-operation between them;

Considering that, as defined in Article 1 of the Council of Europe Statute, this aim will be pursued in particular by agreements in the administrative field;

Considering that the Council of Europe shall ensure the participation of the territorial communities or authorities of Europe in the achievement of its aim;

Considering the potential importance, for the pursuit of this objective, of co-operation between territorial communities or authorities at frontiers in such fields as regional, urban and rural development, environmental protection, the improvement of public facilities and services and mutual assistance in emergencies;

Having regard to past experience which shows that co-operation between local and regional authorities in Europe makes it easier for them to carry out their tasks effectively and contributes in particular to the improvement and development of frontier regions;

Being resolved to promote such co-operation as far as possible and to contribute in this way to the economic and social progress of frontier regions and to the spirit of fellowship which unites the peoples of Europe;

Have agreed as follows:

Préambule

Les Etats membres du Conseil de l'Europe, signataires de la présente Convention,

Considérant que le but du Conseil de l'Europe est de réaliser une union plus étroite entre ses membres et de promouvoir la coopération entre ceux-ci;

Considérant qu'aux termes de l'article 1^{er} du Statut du Conseil de l'Europe, ce but sera poursuivi notamment par la conclusion d'accords dans le domaine administratif;

Considérant que le Conseil de l'Europe tend à assurer la participation des collectivités ou autorités territoriales de l'Europe à la réalisation de son but;

Considérant l'importance que peut revêtir pour la poursuite de cet objectif, la coopération des collectivités ou autorités territoriales frontalières dans des matières telles que le développement régional, urbain et rural, la protection de l'environnement, l'amélioration des infrastructures et des services offerts aux citoyens et l'entraide en cas de sinistre;

Considérant qu'il découle de l'expérience acquise que la coopération des pouvoirs locaux et régionaux de l'Europe est de nature à permettre une meilleure exécution de leur mission, qu'elle est susceptible en particulier de contribuer à la mise en valeur et au développement des régions frontalières;

Résolus à favoriser autant que possible cette coopération et à contribuer ainsi au progrès économique et social des régions frontalières et à la solidarité qui unit les peuples européens,

Sont convenus de ce qui suit:

Präambel

Die Mitgliedstaaten des Europarats, die dieses Übereinkommen unterzeichnen –

in der Erwägung, daß es das Ziel des Europarats ist, eine engere Verbindung zwischen seinen Mitgliedern herzustellen und die Zusammenarbeit zwischen ihnen zu fördern;

in der Erwägung, daß nach Artikel 1 der Satzung des Europarats dieses Ziel insbesondere durch den Abschluß von Abkommen auf dem Gebiet der Verwaltung verwirklicht wird;

in der Erwägung, daß der Europarat bestrebt ist, die Mitwirkung der Gebietskörperschaften Europas bei der Verwirklichung seiner Ziele zu gewährleisten;

angesichts der Bedeutung, die der Zusammenarbeit zwischen den Gebietskörperschaften der Grenzgebiete in Bereichen wie der Regional-, Stadt- und Landentwicklung, dem Umweltschutz, der Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur und der Dienstleistungen für den Bürger sowie der gegenseitigen Hilfe im Unglücks- und Katastrophenfall bei der Verfolgung dieses Zieles zukommen kann;

in der Erwägung, daß die Erfahrung gezeigt hat, daß die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden und Regionen Europas die wirksame Durchführung ihrer Aufgabe erleichtern und insbesondere zur Erschließung und Entwicklung der Grenzgebiete beitragen kann;

entschlossen, diese Zusammenarbeit soweit wie möglich zu fördern und auf diese Weise zum wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt der Grenzgebiete und zum Zusammengehörigkeitsgefühl der Völker Europas beizutragen –

sind wie folgt übereingekommen:

Article 1

Each Contracting Party undertakes to facilitate and foster transfrontier co-operation between territorial communities or authorities within its jurisdiction and territorial communities or authorities within the jurisdiction of other Contracting Parties. It shall endeavour to promote the conclusion of any agreements and arrangements that may prove necessary for this purpose with due regard to the different constitutional provisions of each Party.

Article 2

1. For the purpose of this Convention, transfrontier co-operation shall mean any concerted action designed to reinforce and foster neighbourly relations between territorial communities or authorities within the jurisdiction of two or more Contracting Parties and the conclusion of any agreement and arrangement necessary for this purpose. Transfrontier co-operation shall take place in the framework of territorial communities' or authorities' powers as defined in domestic law. The scope and nature of such powers shall not be altered by this Convention.

2. For the purpose of this Convention, the expression "territorial communities or authorities" shall mean communities, authorities or bodies exercising local and regional functions and regarded as such under the domestic law of each State. However, each Contracting Party may, at the time of signing this Convention or by subsequent notification to the Secretary General of the Council of Europe, name the communities, authorities or bodies, subjects and forms to which it intends to confine the scope of the Convention or which it intends to exclude from its scope.

Article 3

1. For the purpose of this Convention the Contracting Parties shall, subject to the provisions of Article 2, paragraph 2, encourage any initiative by territorial communities and authorities inspired by the outline arrangements between territorial communities and authorities drawn up in the Council of Europe. If they judge necessary they may take into consideration the bilateral or multilateral inter-state model agreements drawn up in the Council of Europe and designed to facilitate co-operation between territorial communities and authorities.

The arrangements and agreements concluded may be based on the model and outline agreements, statutes and

Article 1

Chaque Partie contractante s'engage à faciliter et à promouvoir la coopération transfrontalière entre les collectivités ou autorités territoriales relevant de sa juridiction et les collectivités ou autorités territoriales relevant de la compétence d'autres Parties contractantes. Elle s'efforcera de promouvoir la conclusion des accords et arrangements qui s'avèreront nécessaires à cette fin dans le respect des dispositions constitutionnelles propres à chaque Partie.

Article 2

1. Est considérée comme coopération transfrontalière, au sens de la présente Convention, toute concertation visant à renforcer et à développer les rapports de voisinage entre collectivités ou autorités territoriales relevant de deux ou plusieurs Parties contractantes, ainsi que la conclusion des accords et des arrangements utiles à cette fin. La coopération transfrontalière s'exercera dans le cadre des compétences des collectivités ou autorités territoriales, telles qu'elles sont définies par le droit interne. L'étendue et la nature de ces compétences ne sont pas affectées par la présente Convention.

2. Aux fins de la présente Convention, l'expression «collectivités ou autorités territoriales» s'entend des collectivités, autorités ou organismes exerçant des fonctions locales et régionales et considérées comme telles dans le droit interne de chaque Etat. Toutefois, chaque Partie contractante peut, au moment de la signature de la présente Convention ou par voie de communication ultérieure au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe, désigner les collectivités, autorités ou organismes, les objets et les formes auxquels elle entend limiter le champ d'application ou qu'elle entend exclure du champ d'application de la présente Convention.

Article 3

1. Aux fins de la présente Convention, les Parties contractantes favoriseront, sous réserve des dispositions de l'article 2, paragraphe 2, les initiatives des collectivités et autorités territoriales prenant en considération les schémas d'arrangements entre collectivités et autorités territoriales élaborés dans le cadre du Conseil de l'Europe. Elles pourront, si elles l'estiment nécessaire, prendre en considération les modèles d'accords interétatiques, bilatéraux ou multilatéraux mis au point au Conseil de l'Europe et destinés à faciliter la coopération entre les collectivités et autorités territoriales.

Les arrangements et les accords à conclure pourront notamment s'inspirer des modèles et schémas d'accords, de

Artikel 1

Jede Vertragspartei verpflichtet sich, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen den Gebietskörperschaften in ihrem eigenen Zuständigkeitsbereich und den Gebietskörperschaften im Zuständigkeitsbereich anderer Vertragsparteien zu erleichtern und zu fördern. Sie bemüht sich, den Abschluß der dazu erforderlich werdenden Vereinbarungen unter Beachtung der jeweiligen verfassungsrechtlichen Bestimmungen der einzelnen Vertragsparteien zu fördern.

Artikel 2

(1) Als grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Sinne dieses Übereinkommens gilt jede Abstimmung mit dem Ziel der Stärkung und Weiterentwicklung der nachbarschaftlichen Beziehungen zwischen den Gebietskörperschaften von zwei oder mehr Vertragsparteien sowie der Abschluß der dazu erforderlichen Vereinbarungen. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit erfolgt im Rahmen der Zuständigkeiten der Gebietskörperschaften, wie sie im innerstaatlichen Recht festgelegt sind. Ausmaß und Art dieser Zuständigkeiten werden durch dieses Übereinkommen nicht berührt.

(2) Im Sinne dieses Übereinkommens bezeichnet der Ausdruck „Gebietskörperschaften“ Körperschaften, Behörden oder Organe, die örtliche und regionale Aufgaben wahrnehmen und die nach dem innerstaatlichen Recht jedes Staates als solche betrachtet werden. Jede Vertragspartei kann jedoch im Zeitpunkt der Unterzeichnung dieses Übereinkommens oder durch eine spätere Mitteilung an den Generalsekretär des Europarats die Körperschaften, Behörden oder Organe sowie die Gegenstände und Formen festlegen, auf die sie den Anwendungsbereich dieses Übereinkommens zu begrenzen oder die sie von seinem Anwendungsbezug auszuschließen beabsichtigt.

Artikel 3

(1) Für die Zwecke dieses Übereinkommens fördern die Vertragsparteien vorbehaltlich des Artikels 2 Absatz 2 die Vorhaben von Gebietskörperschaften, welche die im Rahmen des Europarats ausgearbeiteten Grundrisse für Vereinbarungen zwischen Gebietskörperschaften berücksichtigen. Wenn sie es für erforderlich halten, können sie die im Europarat ausgearbeiteten Muster für zwei- oder mehrseitige zwischenstaatliche Vereinbarungen berücksichtigen, welche die Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften erleichtern sollen.

Die zu schließenden Vereinbarungen können sich insbesondere nach den diesem Übereinkommen unter den Ziffern 1.1

contracts appended to this Convention, numbered 1.1 to 1.5 and 2.1 to 2.6 with whatever changes are required by the particular situation of each Contracting Party. These model and outline agreements, statutes and contracts are intended for guidance only and have no treaty value.

2. If the Contracting Parties deem it necessary to conclude inter-state agreements, these may *inter alia* establish the context, forms and limits within which territorial communities and authorities concerned with transfrontier co-operation may act. Each agreement may also stipulate the authorities or bodies to which it applies.

3. The above provisions shall not prevent the Contracting Parties from having recourse, by common consent, to other forms of transfrontier co-operation. Similarly, the provisions of this Convention should not be interpreted as invalidating existing agreements on co-operation.

4. Agreements and arrangements shall be concluded with due regard to the jurisdiction provided for by the internal law of each Contracting Party in respect of international relations and general policy and to any rules of control or supervision to which territorial communities or authorities may be subject.

5. To that end, any Contracting Party may, when signing the present Convention or in a later communication to the Secretary General of the Council of Europe, specify the authorities competent under its domestic law to exercise control or supervision with regard to the territorial communities and authorities concerned.

Article 4

Each Contracting Party shall endeavour to resolve any legal, administrative or technical difficulties liable to hamper the development and smooth running of transfrontier co-operation and shall consult with the other Contracting Party or Parties concerned to the extent required.

Article 5

The Contracting Parties shall consider the advisability of granting to territorial communities or authorities engaging in transfrontier co-operation in accordance with the provisions of this Convention the same facilities as if they were co-operating at national level.

statuts et de contrats annexés à la présente Convention numérotés de 1.1 à 1.5 et de 2.1 à 2.6 moyennant les adaptations rendues nécessaires par la situation particulière propre à chaque Partie contractante. Ces modèles et schémas d'accords, de statuts et de contrats, étant de nature indicative, n'ont pas de valeur conventionnelle.

2. Dans le cas où les Parties contractantes estiment nécessaire de conclure des accords interétatiques, ceux-ci peuvent notamment fixer le cadre, les formes et les limites dans lesquelles ont la possibilité d'agir les collectivités et autorités territoriales concernées par la coopération transfrontalière. Chaque accord peut également déterminer les collectivités ou organismes auxquels il s'applique.

3. Les dispositions qui précèdent n'affectent pas la faculté pour les Parties contractantes de recourir d'un commun accord à d'autres formes de coopération transfrontalière. De même, les dispositions de la présente Convention ne sauraient être interprétées comme rendant caducs des accords de coopération déjà existants.

4. Les accords et arrangements seront conclus dans le respect des compétences prévues par le droit interne de chaque Partie contractante en matière de relations internationales et d'orientation politique générale, ainsi que dans le respect des règles de contrôle ou de tutelle auxquelles sont soumises les collectivités ou autorités territoriales.

5. A cet effet, chaque Partie contractante peut, au moment de la signature de la présente Convention ou par voie de communication ultérieure au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe, indiquer les autorités qui, selon son droit interne, sont compétentes pour exercer le contrôle ou la tutelle à l'égard des collectivités et autorités territoriales concernées.

Article 4

Chaque Partie contractante s'efforcera de résoudre les difficultés d'ordre juridique, administratif ou technique qui sont de nature à entraver les développements et le bon fonctionnement de la coopération transfrontalière et se concertera autant que de besoin avec la ou les autres Parties contractantes intéressées.

Article 5

Dans le cas d'une coopération transfrontalière entreprise conformément aux dispositions de la présente Convention, les Parties contractantes envisageront l'opportunité d'accorder aux collectivités ou autorités territoriales qui y participent les mêmes facilités que dans le cas où la coopération s'exercerait sur le plan interne.

bis 1.5 und 2.1 bis 2.6 beigefügten Mustern und Grundrissen von Vereinbarungen, Satzungen und Verträgen richten, die der besonderen Situation jeder Vertragspartei anzupassen sind. Diese Muster und Grundrisse von Vereinbarungen, Satzungen und Verträgen dienen lediglich als Anhaltspunkt und haben keinen Vertragscharakter.

(2) Halten es die Vertragsparteien für erforderlich, zwischenstaatliche Vereinbarungen zu schließen, so können diese unter anderem den Rahmen, die Form und die Grenzen festlegen, innerhalb deren die mit der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit befaßten Gebietskörperschaften tätig werden dürfen. In jeder Vereinbarung können auch die Körperschaften, Behörden oder Organe festgelegt werden, auf die sie sich bezieht.

(3) Die Absätze 1 und 2 hindern die Vertragsparteien nicht daran, einvernehmlich andere Formen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit anzuwenden. Ebenso darf dieses Übereinkommen nicht so ausgelegt werden, als mache es die bestehenden Vereinbarungen über Zusammenarbeit ungültig.

(4) Die Vereinbarungen werden unter Beachtung der im innerstaatlichen Recht jeder Vertragspartei vorgesehenen Zuständigkeiten im Bereich der internationalen Beziehungen und der allgemeinen Politik sowie unter Beachtung der Kontroll-, Aufsichts- und Überwachungsvorschriften geschlossen, denen die Gebietskörperschaften unterworfen sind.

(5) Zu diesem Zweck kann jede Vertragspartei im Zeitpunkt der Unterzeichnung dieses Übereinkommens oder durch spätere Mitteilung an den Generalsekretär des Europarats die Behörden bezeichnen, die nach ihrem innerstaatlichen Recht für Kontrolle, Aufsicht oder Überwachung hinsichtlich der betreffenden Gebietskörperschaften zuständig sind.

Artikel 4

Jede Vertragspartei bemüht sich um die Lösung aller rechtlichen, administrativen oder technischen Schwierigkeiten, welche die Entwicklung und den reibungslosen Ablauf der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit behindern können, und stimmt sich soweit nötig mit der oder den anderen beteiligten Vertragsparteien ab.

Artikel 5

Im Fall der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit nach Maßgabe dieses Übereinkommens prüfen die Vertragsparteien die Zweckmäßigkeit, den daran teilnehmenden Gebietskörperschaften dieselben Möglichkeiten einzuräumen wie im Fall der innerstaatlichen Zusammenarbeit.

Article 6

Each Contracting Party shall supply to the fullest possible extent any information requested by another Contracting Party in order to facilitate the performance by the latter of its obligations under this Convention.

Article 6

Toute Partie contractante fournira dans toute la mesure du possible les informations qui lui sont demandées par une autre Partie contractante en vue de faciliter la mise en œuvre par celle-ci des obligations qui lui incombent en vertu de la présente Convention.

Artikel 6

Jede Vertragspartei liefert im Rahmen des Möglichen die durch eine andere Vertragspartei angeforderten Informationen, um ihr die Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus diesem Übereinkommen zu erleichtern.

Article 7

Each Contracting Party shall see to it that the territorial communities or authorities concerned are informed of the means of action open to them under this Convention.

Article 7

Chaque Partie contractante veillera à ce que les collectivités ou autorités territoriales concernées soient informées des moyens d'action qui leur sont offerts par la présente Convention.

Artikel 7

Jede Vertragspartei sorgt dafür, daß die betroffenen Gebietskörperschaften über die Handlungsmöglichkeiten unterrichtet werden, die ihnen auf Grund dieses Übereinkommens zur Verfügung stehen.

Article 8

1. The Contracting Parties shall forward to the Secretary General of the Council of Europe all relevant information concerning the agreements and arrangements provided for in Article 3.

2. Any proposal made by one or more Contracting Parties with a view to adding to or extending this Convention or the model agreements and arrangements shall be communicated to the Secretary General of the Council of Europe. The Secretary General shall then submit it to the Committee of Ministers of the Council of Europe which shall decide on the action to be taken.

Article 8

1. Les Parties contractantes transmettront au Secrétaire Général toute information appropriée relative aux accords et aux arrangements visés à l'article 3.

2. Toute proposition faite par l'une ou plusieurs Parties contractantes en vue de compléter ou de développer la Convention ou les modèles d'accords et d'arrangements sera transmise au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe. Celui-ci la soumettra au Comité des Ministres du Conseil de l'Europe qui décidera des suites à donner.

Artikel 8

(1) Die Vertragsparteien übermitteln dem Generalsekretär des Europarats alle geeigneten Informationen über die in Artikel 3 vorgesehenen Vereinbarungen.

(2) Jeder Vorschlag einer oder mehrerer Vertragsparteien zur Ergänzung oder Weiterentwicklung des Übereinkommens und der Mustervereinbarungen wird dem Generalsekretär des Europarats übermittelt. Dieser legt ihn dem Ministerkomitee des Europarats vor, das über die zu treffenden Maßnahmen entscheidet.

Article 9

1. This Convention shall be open to signature by the member States of the Council of Europe. It shall be subject to ratification, acceptance or approval. Instruments of ratification, acceptance or approval shall be deposited with the Secretary General of the Council of Europe.

2. The Convention shall enter into force three months after the date of the deposit of the fourth instrument of ratification, acceptance or approval, provided that at least two of the States having carried out this formality possess a common frontier.

3. In respect of a signatory State ratifying, accepting or approving subsequently, the Convention shall come into force three months after the date of the deposit of its instrument of ratification, acceptance or approval.

Article 9

1. La présente Convention est ouverte à la signature des Etats membres du Conseil de l'Europe. Elle sera ratifiée, acceptée ou approuvée. Les instruments de ratification, d'acceptation ou d'approbation seront déposés auprès du Secrétaire Général du Conseil de l'Europe.

2. La Convention entrera en vigueur trois mois après le dépôt du quatrième instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation, à condition que deux au moins des Etats ayant accompli cette formalité aient une frontière commune.

3. Elle entrera en vigueur à l'égard de tout Etat signataire qui la ratifiera, l'acceptera ou l'approuvera ultérieurement, trois mois après la date du dépôt de son instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation.

Artikel 9

(1) Dieses Übereinkommen liegt für die Mitgliedstaaten des Europarats zur Unterzeichnung auf. Es bedarf der Ratifikation, der Annahme oder der Genehmigung. Die Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden werden beim Generalsekretär des Europarats hinterlegt.

(2) Das Übereinkommen tritt drei Monate nach Hinterlegung der vierten Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde in Kraft, vorausgesetzt, daß mindestens zwei der Staaten, welche diese Förmlichkeit erfüllt haben, eine gemeinsame Grenze haben.

(3) Für jeden Unterzeichnerstaat, der das Übereinkommen später ratifiziert, annimmt oder genehmigt, tritt es drei Monate nach Hinterlegung seiner Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde in Kraft.

Article 10

1. After the entry into force of this Convention, the Committee of Ministers of the Council of Europe may decide unanimously to invite any European non-member State to accede thereto. This invitation must receive the express agreement of each of the States which have ratified the Convention.

2. Such accession shall be effected by depositing with the Secretary General of

Article 10

1. Après l'entrée en vigueur de la présente Convention, le Comité des Ministres pourra décider, à l'unanimité des voix exprimées, d'inviter tout Etat européen non membre à adhérer à la présente Convention. Cette invitation devra recevoir l'accord exprès de chacun des Etats ayant ratifié la Convention.

2. L'adhésion s'effectuera par le dépôt, près le Secrétaire Général du Conseil de

Artikel 10

(1) Nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens kann das Ministerkomitee des Europarats durch einstimmigen Beschluß jeden europäischen Nichtmitgliedstaat einladen, dem Übereinkommen beizutreten. Diese Einladung bedarf der ausdrücklichen Zustimmung jedes der Staaten, die das Übereinkommen ratifiziert haben.

(2) Der Beitritt erfolgt durch Hinterlegung einer Beitrittsurkunde beim Gene-

the Council of Europe an instrument of accession which shall take effect three months after the date of its deposit.

Article 11

1. Any Contracting Party may, in so far as it is concerned, denounce this Convention by means of a notification addressed to the Secretary General of the Council of Europe.

2. Such denunciation shall take effect six months after the date of receipt by the Secretary General of such notification.

Article 12

The Secretary General of the Council of Europe shall notify the member States of the Council of Europe, and any State that has acceded to this Convention of:

- a. any signature;
- b. any deposit of an instrument of ratification, acceptance, approval or accession;
- c. any date of entry into force of this Convention in accordance with Article 9 thereof;
- d. any declaration received in pursuance of the provisions of paragraph 2 of Article 2 or of paragraph 5 of Article 3;
- e. any notification received in pursuance of the provisions of Article 11 and the date on which denunciation takes effect.

In witness whereof the undersigned, being duly authorised thereto, have signed this Convention.

Done at Madrid, the 21st day of May 1980 in English and in French, both texts being equally authentic, in a single copy which shall be deposited in the archives of the Council of Europe. The Secretary General of the Council of Europe shall transmit certified copies to each member State of the Council of Europe and to any State invited to accede to this Convention.

l'Europe, d'un instrument d'adhésion qui prendra effet trois mois après la date de son dépôt.

Article 11

1. Toute Partie contractante pourra, en ce qui la concerne, dénoncer la présente Convention en adressant une notification au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe.

2. La dénonciation prendra effet six mois après la date de la réception de la notification par le Secrétaire Général.

Article 12

Le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe notifiera aux Etats membres du Conseil et à tout Etat ayant adhéré à la présente Convention:

- a. toute signature;
- b. le dépôt de tout instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion;
- c. toute date d'entrée en vigueur de la présente Convention, conformément à son article 9;
- d. toute déclaration reçue en application des dispositions du paragraphe 2 de l'article 2 ou du paragraphe 5 de l'article 3;
- e. toute notification reçue en application des dispositions de l'article 11 et la date à laquelle la dénonciation prendra effet.

En foi de quoi, les soussignés, dûment autorisés à cet effet, ont signé la présente Convention.

Fait à Madrid, le 21 mai 1980, en français et en anglais, les deux textes faisant également foi, en un seul exemplaire qui sera déposé dans les archives du Conseil de l'Europe. Le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe en communiquera copie certifiée conforme à chacun des Etats membres du Conseil de l'Europe et à tout Etat invité à adhérer à la présente Convention.

ralsekretär des Europarats; die Urkunde wird drei Monate nach ihrer Hinterlegung wirksam.

Artikel 11

(1) Jede Vertragspartei kann dieses Übereinkommen durch eine an den Generalsekretär des Europarats gerichtete Notifikation für sich kündigen.

(2) Die Kündigung wird sechs Monate nach Eingang der Notifikation beim Generalsekretär wirksam.

Artikel 12

Der Generalsekretär des Europarats notifiziert den Mitgliedstaaten des Rates und jedem Staat, der diesem Übereinkommen beigetreten ist,

- a) jede Unterzeichnung;
- b) jede Hinterlegung einer Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde;
- c) jeden Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Übereinkommens nach seinem Artikel 9;
- d) jede nach Artikel 2 Absatz 2 oder Artikel 3 Absatz 5 eingegangene Erklärung;
- e) jede nach Artikel 11 eingegangene Notifikation und den Zeitpunkt, zu dem die Kündigung wirksam wird.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Übereinkommen unterschrieben.

Geschehen zu Madrid am 21. Mai 1980 in englischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, in einer Urschrift, die im Archiv des Europarats hinterlegt wird. Der Generalsekretär des Europarats übermittelt allen Mitgliedstaaten des Europarats und jedem Staat, der zum Beitritt zu diesem Übereinkommen eingeladen worden ist, beglaubigte Abschriften.

Appendix ¹⁾Annexe ¹⁾Anlage ¹⁾

**Muster und Grundrisse von Vereinbarungen, Satzungen und Verträgen
im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften**

**Model and Outline Agreements, Statutes and Contracts
on Transfrontier Co-operation between Territorial Communities or Authorities**

**Modèles et schémas d'accords, de statuts et de contrats
en matière de coopération transfrontalière des collectivités ou autorités territoriales**

This graduated system of model agreements was devised by distinguishing between two main categories defined according to the level at which the agreement is concluded:

- model inter-state agreements on transfrontier co-operation at local and regional level;
- outline agreements, contracts and statutes capable of providing a basis for transfrontier co-operation between territorial authorities or communities.

As shown in the table below, only the two model inter-state agreements for the promotion of transfrontier co-operation and regional transfrontier liaison fall exclusively within the jurisdiction of States. The other inter-state agreements merely establish a legal framework for the conclusion of agreements or contracts between territorial authorities or communities, the outlines of which have been placed in the second category.

1. Model inter-state Agreements

General clauses for model agreements

- 1.1 Model inter-state agreement for the promotion of transfrontier co-operation;
- 1.2 Model inter-state agreement on regional transfrontier consultation;
- 1.3 Model inter-state agreement on local transfrontier consultation;
- 1.4 Model inter-state agreement on contractual transfrontier co-operation between local authorities;

Ce système gradué d'accords modèles a été conçu en distinguant deux catégories principales définies d'après le niveau de conclusion de l'accord:

- modèles d'accords interétatiques sur la coopération transfrontalière aux niveaux régional et local;
- schémas d'accords, de contrats et de statuts pouvant servir de support à la coopération transfrontalière entre autorités ou collectivités territoriales.

Comme le montre le tableau ci-après, seuls les deux modèles d'accords interétatiques sur la promotion de la coopération transfrontalière et sur la concertation régionale transfrontalière sont exclusivement de la compétence des Etats. Les autres accords interétatiques ne font que fixer le cadre juridique permettant la réalisation d'accords ou de contrats entre autorités ou collectivités territoriales, dont les schémas respectifs sont classés dans la deuxième catégorie.

1. Modèles d'accords interétatiques

Clauses générales pour les accords interétatiques

- 1.1 Modèle d'accord interétatique sur la promotion de la coopération transfrontalière;
- 1.2 Modèle d'accord interétatique sur la concertation régionale transfrontalière;
- 1.3 Modèle d'accord interétatique sur la concertation locale transfrontalière;
- 1.4 Modèle d'accord interétatique sur la coopération contractuelle transfrontalière entre autorités locales;

Dieses abgestufte System von Mustervereinbarungen unterscheidet je nach der Ebene des Abschlusses der Vereinbarung zwei Hauptgruppen:

- Muster zwischenstaatlicher Vereinbarungen über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit auf regionaler und örtlicher Ebene;
- Grundrisse von Vereinbarungen, Verträgen und Satzungen, die als Grundlage für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften dienen können.

Wie die nachstehende Tabelle zeigt, fallen nur die beiden Muster zwischenstaatlicher Vereinbarungen über die Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und über die regionale grenzüberschreitende Abstimmung ausschließlich in die Zuständigkeit der Staaten. Die anderen zwischenstaatlichen Vereinbarungen stecken nur den rechtlichen Rahmen für den Abschluß von Vereinbarungen oder Verträgen zwischen Gebietskörperschaften ab, deren Grundrisse in die zweite Gruppe eingestuft worden sind.

1. Muster zwischenstaatlicher Vereinbarungen

Allgemeine Klauseln für zwischenstaatliche Vereinbarungen

- 1.1 Muster einer zwischenstaatlichen Vereinbarung über die Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit
- 1.2 Muster einer zwischenstaatlichen Vereinbarung über die regionale grenzüberschreitende Abstimmung
- 1.3 Muster einer zwischenstaatlichen Vereinbarung über die örtliche grenzüberschreitende Abstimmung
- 1.4 Muster einer zwischenstaatlichen Vereinbarung über die vertragliche grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen örtlichen Behörden

¹⁾ As stated in Article 3, first paragraph, second subparagraph, of the Convention, the model and outline agreements, statutes and contracts are intended for guidance only and have no treaty value.

¹⁾ Comme il est indiqué à l'article 3, paragraphe 1, second alinéa, de la Convention, les modèles et schémas d'accords, de statuts et de contrats étant de nature indicative, n'ont pas de valeur conventionnelle.

¹⁾ Wie bereits in Artikel 3 Absatz 1 Unterabsatz 2 gesagt, dienen diese Muster und Grundrisse von Vereinbarungen, Satzungen und Verträgen lediglich als Anhaltspunkt und haben keinen Vertragscharakter.

- | | | |
|---|--|--|
| <p>1.5 Model inter-state agreement on organs of transfrontier co-operation between local authorities.</p> | <p>1.5 Modèle d'accord interétatique concernant les organismes de coopération transfrontalière entre autorités locales.</p> | <p>1.5 Muster einer zwischenstaatlichen Vereinbarung über die Organe der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen örtlichen Behörden</p> |
| <p>2. Outline Agreements, Statutes and Contracts between Local Authorities</p> | <p>2. Schémas d'accords, de statuts et de contrats à conclure entre autorités locales</p> | <p>2. Grundrisse von Vereinbarungen, Satzungen und Verträgen, die zwischen den örtlichen Behörden geschlossen werden</p> |
| <p>2.1 Outline agreement on the setting up of a consultation group between local authorities;</p> | <p>2.1 Schéma d'accord pour la création d'un groupe de concertation entre autorités locales;</p> | <p>2.1 Grundriß einer Vereinbarung zur Schaffung einer Gruppe für die Abstimmung zwischen örtlichen Behörden</p> |
| <p>2.2 Outline agreement on co-ordination in the management of transfrontier local public affairs;</p> | <p>2.2 Schéma d'accord pour la coordination dans la gestion d'affaires publiques locales transfrontalières;</p> | <p>2.2 Grundriß einer Vereinbarung zur Koordinierung bei der Abwicklung der grenzüberschreitenden örtlichen öffentlichen Angelegenheiten</p> |
| <p>2.3 Outline agreement on the setting up of private law transfrontier associations;</p> | <p>2.3 Schéma d'accord pour la création d'associations transfrontalières de droit privé;</p> | <p>2.3 Grundriß einer Vereinbarung zur Schaffung von grenzüberschreitenden privatrechtlichen Vereinigungen</p> |
| <p>2.4 Outline contract for the provision of supplies or services between local authorities in frontier areas (private-law type);</p> | <p>2.4 Schéma de contrat de fourniture ou de prestation de services entre collectivités locales frontalières (de type «droit privé»);</p> | <p>2.4 Grundriß eines („privatrechtlichen“) Vertrags über die Bereitstellung von Lieferungen oder Leistungen zwischen örtlichen Körperschaften in Grenzgebieten</p> |
| <p>2.5 Outline contract for the provision of supplies or services between local authorities in frontier areas (public-law type);</p> | <p>2.5 Schéma de contrat de fourniture ou de prestation de services entre collectivités locales frontalières (de type «droit public»);</p> | <p>2.5 Grundriß eines („öffentlich-rechtlichen“) Vertrags über die Bereitstellung von Lieferungen oder Leistungen zwischen örtlichen Körperschaften in Grenzgebieten</p> |
| <p>2.6 Outline agreement on the setting up of organs of transfrontier co-operation between local authorities.</p> | <p>2.6 Schéma d'accord pour la création d'organismes de coopération intercommunale transfrontalière.</p> | <p>2.6 Grundriß einer Vereinbarung zur Schaffung von Organen für die grenzüberschreitende interkommunale Zusammenarbeit</p> |

1. Model inter-state Agreements

Introductory note:

The system of inter-state agreements aims above all to define precisely the context, forms and limits which States favour for territorial authority action, and to eliminate legal uncertainties likely to create problems (definition of the applicable law, judicial authorities, possible avenues of appeal, etc.).

Further, the conclusion of inter-state agreements between the States concerned promoting transfrontier co-operation between local authorities would undoubtedly be advantageous in the following respects:

- official recognition of the legitimacy of such co-operation procedures and encouragement for local authorities to use them;
- purpose and conditions of intervention by supervisory or controlling authorities;
- exchange of information between States;
- links which may be established between such forms of co-operation

1. Modèles d'accords interétatiques

Note liminaire:

Le système d'accords interétatiques a pour but notamment de fixer de façon précise le cadre, les formes et les limites dans lesquels les Etats souhaitent voir agir les collectivités territoriales, ainsi que d'éliminer les incertitudes juridiques de nature à provoquer des problèmes (définition du droit applicable, juridictions compétentes, recours possibles, etc.).

Par ailleurs, la conclusion d'accords interétatiques entre les Etats intéressés favorisant le développement de la coopération transfrontalière entre autorités locales aurait sans doute des conséquences favorables sur les plans suivants:

- consécration officielle de la légitimité de ces procédés de coopération et encouragement pour les autorités locales à y recourir;
- rôle et condition d'intervention des autorités de tutelle, de surveillance ou de contrôle;
- mission d'information réciproque des Etats;
- liens susceptibles d'être créés entre ces formes de coopération et d'autres

1. Muster zwischenstaatlicher Vereinbarungen

Einleitende Bemerkung:

Das System der zwischenstaatlichen Vereinbarungen hat insbesondere zum Ziel, den Rahmen, die Form und die Grenzen genau festzulegen, welche die Staaten den Gebietskörperschaften setzen möchten, sowie die rechtlichen Unsicherheiten zu beseitigen, die Probleme aufwerfen können (Bestimmung des anzuwendenden Rechts, gerichtliche Zuständigkeit, mögliche Rechtsbehelfe usw.).

Im übrigen hätte der Abschluß internationaler Vereinbarungen zwischen den beteiligten Staaten zur Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen örtlichen Behörden zweifellos positive Auswirkungen in folgenden Bereichen:

- amtliche Anerkennung der Rechtmäßigkeit dieser Zusammenarbeitsverfahren und Ermutigung der örtlichen Behörden, sie anzuwenden;
- Rolle der Kontroll-, Aufsichts- und Überwachungsbehörden und Voraussetzungen für ihr Eingreifen;
- gegenseitige Unterrichtung der Staaten;
- mögliche Verbindungen zwischen diesen Formen der Zusammenarbeit und

and other procedures for concerted action in frontier areas;

– amendment of legal rules or interpretations thereof which hinder transfrontier co-operation etc.

procédés d'actions concertées au niveau des frontières;

– modification de certaines règles juridiques ou de certaines interprétations de celles-ci qui constituent des obstacles pour la coopération transfrontalière, etc.

anderen Verfahren für ein abgestimmtes Vorgehen in Grenzgebieten;

– Änderung bestimmter Rechtsvorschriften oder ihrer Auslegung, welche die grenzüberschreitende Zusammenarbeit behindern, usw.

The system of multiple choice model agreements described above enables governments to place frontier co-operation within whatever context is best suited to their needs by using the interstate agreement for the promotion of transfrontier co-operation (1.1) as a foundation and supplementing it with any of the various options (model agreements 1.2 to 1.5). States could have recourse either to one option only or to more or even all of them, and they could do so either simultaneously or in stages. In the case of agreements between States which already have similar legal systems, such as the Scandinavian States, recourse to agreements of such a specific kind might prove unnecessary.

Le système de modèles d'accord à «tiroirs», décrit au schéma figurant plus haut, permet aux gouvernements de placer la coopération frontalière dans le cadre qui leur convient le mieux, à partir du minimum constitué par l'accord sur la promotion de la coopération transfrontalière (1.1) et en ouvrant les «tiroirs» qu'ils ont admis (modèles d'accords allant de 1.2 à 1.5). L'ouverture d'un seul «tiroir», comme celle de plusieurs «tiroirs», voire de l'ensemble des «tiroirs», peut parfaitement se concevoir en même temps ou par périodes successives. Il est évident que dans le cas d'accords entre Etats ayant déjà des systèmes de droit très rapprochés, par exemple les Etats scandinaves, le recours à des accords aussi précis pourrait ne pas s'imposer.

Das oben beschriebene System von Mustervereinbarungen mit verschiedenen Wahlmöglichkeiten ermöglicht es den Regierungen, der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit den ihnen am besten zusagenden Rahmen zu geben, ausgehend von der Vereinbarung über die Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit (1.1) als Grundlage, die nach Bedarf durch die anderen Muster ergänzt wird (Mustervereinbarungen 1.2 bis 1.5). Die Staaten können von einer oder von mehreren oder sogar von allen Möglichkeiten Gebrauch machen, entweder gleichzeitig oder nacheinander. Im Falle von Vereinbarungen zwischen Staaten mit ähnlichen Rechtssystemen, beispielsweise den skandinavischen Staaten, dürften derart spezielle Vereinbarungen nicht erforderlich sein.

General clauses for model agreements 1.1 to 1.5

Article a

1. For the purposes of this agreement "local authorities" shall mean authorities, communities or bodies exercising local functions under the domestic law of each State.

2. For the purposes of this agreement "regional authorities" shall mean authorities, communities or bodies exercising regional functions under the domestic law of each State.¹⁾

Article b

This agreement shall not prejudice various existing forms of transfrontier co-operation between the States parties, particularly those based on an international agreement.

Article c

The Parties shall inform regional and local authorities of the scope for action afforded to them and shall help them to avail themselves thereof.

Article d

"Higher authorities" shall in the present agreement mean such supervisory authorities as shall be designated by each Party.

Clauses générales pour les modèles d'accord 1.1 à 1.5

Article a

1. Sont considérées comme des «autorités locales» au sens du présent accord les autorités, collectivités ou organismes exerçant des fonctions locales selon le droit interne de chaque Etat.

2. Sont considérées comme des «autorités régionales» au sens du présent accord les autorités, collectivités ou organismes exerçant des fonctions régionales selon le droit interne de chaque Etat.¹⁾

Article b

Le présent accord ne porte pas atteinte aux modes de coopération transfrontalière existant, sous des formes diverses, dans les Etats parties et en particulier ceux qui ont été établis sur la base d'un accord international.

Article c

Les Parties informeront les autorités régionales et locales des moyens d'action qui leur sont offerts et les encourageront à y recourir.

Article d

Les termes «autorités supérieures» dans le présent accord se rapportent aux autorités gouvernementales, de tutelle, de contrôle, de surveillance, telles qu'elles sont déterminées par chaque Partie.

Allgemeine Klauseln für die Mustervereinbarungen 1.1 bis 1.5

Artikel a

(1) Als örtliche Behörden im Sinne dieser Vereinbarung gelten die Behörden, Körperschaften oder Organe, die örtliche Aufgaben nach dem innerstaatlichen Recht jedes Staates wahrnehmen.

(2) Als regionale Behörden im Sinne dieser Vereinbarung gelten die Behörden, Körperschaften oder Organe, die regionale Aufgaben nach dem innerstaatlichen Recht jedes Staates wahrnehmen.¹⁾

Artikel b

Diese Vereinbarung läßt die verschiedenen bestehenden Arten der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen den Vertragsstaaten unberührt, insbesondere diejenigen, die auf einer internationalen Übereinkunft beruhen.

Artikel c

Die Vertragsparteien unterrichten die regionalen und örtlichen Behörden über die Handlungsmöglichkeiten, die ihnen zur Verfügung stehen, und ermutigen sie, davon Gebrauch zu machen.

Artikel d

Der Ausdruck „übergeordnete Behörden" in dieser Vereinbarung bezieht sich auf die staatlichen Kontroll-, Aufsichts- und Überwachungsbehörden, die von jeder Vertragspartei bestimmt sind.

¹⁾ Paragraph 2 will not be included in draft agreements 1.3, 1.4 and 1.5.

¹⁾ Ce paragraphe 2 est supprimé pour les modèles d'accord 1.3, 1.4 et 1.5.

¹⁾ Absatz 2 entfällt in den Mustervereinbarungen 1.3, 1.4 und 1.5.

Article e

The extent and nature of local authorities' powers as defined in the domestic law of the States parties shall in no way be modified by this agreement.

Article f

Each State may at any time specify the areas of its territory, the objectives and forms of co-operation which are excluded from the application of this agreement.

Such a specification shall not, however, prejudice rights acquired in the context of existing co-operation.

Article g

The Parties shall keep the Secretary General of the Council of Europe informed of the activities of the commissions, committees and other bodies entrusted with a task under this agreement.

Article h

The Parties may make minor changes to this agreement in the light of experience, by simple exchange of notes.

Article i

1. Each Party shall notify the other of the completion of the procedures required under its domestic law for the implementation of this agreement, which shall take effect as from the date of the last notification.

2. This agreement is concluded for a period of five years from its entry into force. Unless six months' notice of termination be given prior to its expiry, it shall be tacitly renewed on the same terms for successive further periods of five years.

3. The Party giving notice of termination may signify that it applies only to specified articles, geographical regions or fields of activity. In such a case, the agreement shall remain in force for the remainder, unless terminated by the other Party or Parties within four months of receiving notice of partial termination.

4. The Parties may at any time suspend application of the present agreement for a specific period. They may similarly agree that the activity of a particular committee be suspended or discontinued.

Article e

L'étendue et la nature des compétences des autorités locales telles qu'elles sont définies par le droit interne des Etats parties ne sont aucunement modifiées par le présent accord.

Article f

Chaque Etat peut à tout moment désigner les zones de son territoire, les objets et les formes de coopération qui sont exclus de l'application du présent accord.

Toutefois, cette désignation ne peut porter atteinte aux droits acquis dans le cadre des coopérations déjà réalisées.

Article g

Les Parties tiennent le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe informé des activités des commissions, comités et autres organes investis d'une mission en exécution du présent accord.

Article h

Les Parties pourront apporter au présent accord, par simple échange de notes, des modifications de peu d'importance, dont l'expérience aurait fait ressortir l'opportunité.

Article i

1. Chacune des Parties notifiera à l'autre l'accomplissement des procédures requises par son droit interne pour la mise en vigueur du présent accord, qui prendra effet à la date de la dernière notification.

2. Le présent accord est conclu pour une durée de cinq ans à partir de son entrée en vigueur. S'il n'est pas dénoncé six mois avant l'échéance, il sera renouvelé par tacite reconduction et aux mêmes conditions pour une période de cinq ans et ainsi de suite.

3. La Partie qui notifie sa dénonciation peut en limiter la portée à certains articles nommément désignés, à certaines régions géographiques ou à certains domaines d'activité. Dans ce cas, l'accord reste en vigueur pour le surplus sauf dénonciation par l'autre ou les autres Parties, dans les quatre mois de la notification qui leur est faite de la dénonciation partielle.

4. Les Parties peuvent convenir à tout moment de suspendre l'application du présent accord pour une durée déterminée. Elles peuvent de même convenir que l'activité d'une Commission ou d'un Comité déterminés sera suspendue ou qu'il y sera mis fin.

Artikel e

Diese Vereinbarung läßt Umfang und Art der Befugnisse der örtlichen Behörden unberührt, wie sie im innerstaatlichen Recht der Vertragsstaaten bestimmt sind.

Artikel f

Jeder Staat kann jederzeit die Teile seines Hoheitsgebiets, die Gegenstände und die Formen der Zusammenarbeit bezeichnen, die von der Anwendung dieser Vereinbarung ausgeschlossen sind.

Diese Bezeichnung darf jedoch die im Rahmen der bereits durchgeführten Zusammenarbeit erworbenen Rechte nicht beeinträchtigen.

Artikel g

Die Vertragsparteien halten den Generalsekretär des Europarats über die Tätigkeit der Kommissionen, Ausschüsse und anderen Gremien, die eine Aufgabe nach dieser Vereinbarung erfüllen, auf dem laufenden.

Artikel h

Die Vertragsparteien können an dieser Vereinbarung durch einfachen Notenwechsel geringfügige Änderungen vornehmen, wenn sich diese nach ihrer Erfahrung als zweckmäßig erweisen.

Artikel i

(1) Jede Vertragspartei notifiziert der anderen den Abschluß der nach ihrem innerstaatlichen Recht erforderlichen Verfahren zur Inkraftsetzung dieser Vereinbarung; diese tritt mit dem Tag der letzten Notifikation in Kraft.

(2) Diese Vereinbarung wird für die Dauer von fünf Jahren nach ihrem Inkrafttreten geschlossen. Wird sie nicht sechs Monate vor ihrem Außerkrafttreten gekündigt, so verlängert sie sich stillschweigend zu denselben Bedingungen um weitere Zeitabschnitte von jeweils fünf Jahren.

(3) Die Vertragspartei, die ihre Kündigung notifiziert, kann deren Geltung auf bestimmte ausdrücklich bezeichnete Artikel, auf bestimmte geographische Regionen oder auf bestimmte Tätigkeitsbereiche begrenzen. In diesem Fall bleibt die Vereinbarung in bezug auf den übrigen Inhalt in Kraft, sofern sie nicht von der oder den anderen Vertragsparteien innerhalb von vier Monaten nach Eingang der Teilkündigung gekündigt wird.

(4) Die Vertragsparteien können jederzeit vereinbaren, die Anwendung dieser Vereinbarung für eine bestimmte Zeit auszusetzen. Sie können ebenso vereinbaren, daß die Tätigkeit einer bestimmten Kommission oder eines bestimmten Ausschusses ausgesetzt oder beendet wird.

1.1 Model inter-state agreement for the promotion of transfrontier co-operation

1.1 Modèle d'accord interétatique sur la promotion de la coopération transfrontalière

1.1 Muster einer zwischenstaatlichen Vereinbarung über die Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

Introductory note:

This is a model inter-state agreement containing general basic provisions which could be concluded either on its own or in conjunction with one or more of the model inter-state agreements appearing below.

Note liminaire:

Il s'agit d'un modèle d'accord interétatique contenant des dispositions générales de base et susceptible d'être conclu soit exclusivement, soit conjointement à un ou plusieurs des modèles d'accords interétatiques figurant ci-dessous.

Einleitende Bemerkung:

Es handelt sich um ein Muster einer zwischenstaatlichen Vereinbarung, die allgemeine Grundbestimmungen enthält und die entweder ausschließlich oder zusammen mit einer oder mehreren der nachstehend aufgeführten zwischenstaatlichen Mustervereinbarungen geschlossen werden kann.

The governments of
and

Les Gouvernements de
et de

Die Regierungen (von)
und (von) -

aware of the advantages of transfrontier co-operation as defined in the European Outline Convention on Transfrontier Co-operation between Territorial Communities or Authorities,

conscients des avantages attachés à la coopération transfrontalière tels qu'ils sont définis dans la Convention-cadre européenne sur la coopération transfrontalière des collectivités ou autorités territoriales

im Bewußtsein der aus der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit erwachsenden Vorteile, wie sie in dem Europäischen Rahmenübereinkommen über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften aufgezeigt sind -

have agreed as follows:

sont convenus des dispositions suivantes:

haben folgendes vereinbart:

Article 1

Article 1

Artikel 1

The Parties shall undertake to seek and promote means for transfrontier co-operation at regional and local level.

Les Parties s'engagent à rechercher et à promouvoir les moyens d'une coopération transfrontalière tant au niveau régional que local.

Die Vertragsparteien verpflichten sich, die Möglichkeiten der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auf regionaler und örtlicher Ebene zu erforschen und zu fördern.

By transfrontier co-operation they understand all concerted administrative, technical, economic, social or cultural measures to consolidate and enhance neighbourly co-operation between the areas situated on either side of the frontier, and the conclusion of appropriate agreements for the purpose of resolving such problems as may arise in this field.

Par coopération transfrontalière, elles entendent toutes mesures concertées à caractère administratif, technique, économique, social ou culturel et aptes à raffermir et à développer les rapports de voisinage entre des zones situées de chaque côté de la frontière, ainsi que la conclusion d'accords appropriés en vue de résoudre les problèmes qui se posent dans ce domaine.

Unter grenzüberschreitender Zusammenarbeit verstehen sie alle abgestimmten Maßnahmen administrativer, technischer, wirtschaftlicher, sozialer oder kultureller Art zur Festigung und Entwicklung der nachbarschaftlichen Beziehungen zwischen Gebieten auf beiden Seiten der Grenze sowie den Abschluß geeigneter Vereinbarungen zur Lösung der in diesem Bereich auftretenden Probleme.

These measures should seek, *inter alia*, to improve the conditions for regional and urban development, the protection of natural resources, mutual aid in case of a disaster or calamity and the improvement of public services.

Ces mesures pourront tendre notamment à l'amélioration des conditions du développement régional et urbain, de la protection des richesses naturelles, de l'entraide en cas de sinistre et de calamité, ainsi qu'à l'amélioration des services aux populations.

Diese Maßnahmen könnten insbesondere auf die Verbesserung der Voraussetzungen für die Regional- und Stadtentwicklung, den Schutz der Naturschätze, die gegenseitige Hilfe im Unglücks- und Katastrophenfall und die Verbesserung der öffentlichen Dienstleistungen gerichtet sein.

Article 2

Article 2

Artikel 2

The Parties shall endeavour, through mutual consultation, to secure to the regional authorities within their jurisdiction the resources needed to permit them to establish co-operation.

Les Parties s'efforcent, en concertation entre elles, de procurer aux autorités régionales de leur ressort les moyens propres à leur permettre d'établir entre elles des liens de collaboration.

Die Vertragsparteien bemühen sich in gegenseitiger Abstimmung, den regionalen Behörden in ihrem Zuständigkeitsbereich die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen, damit sie die Zusammenarbeit untereinander begründen können.

Article 3

Article 3

Artikel 3

They shall also undertake to encourage local authority action aimed at establishing and developing transfrontier co-operation.

Elles s'efforcent de même de favoriser les initiatives des autorités locales en vue d'établir et de développer la collaboration transfrontalière.

Sie bemühen sich ferner, Maßnahmen der örtlichen Behörden zur Herstellung und zum Ausbau der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zu fördern.

Article 4

Article 4

Artikel 4

Local and regional authorities engaging in transfrontier co-operation in accordance with this agreement shall be entitled

Dans le cas d'une coopération transfrontalière entreprise conformément au présent accord, les autorités et collectivi-

Die an einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Rahmen dieser Vereinbarung teilnehmenden örtlichen und

to the same facilities and protection as if they were co-operating at national level.

The competent authorities of each Party shall see to it that budget provision is made for the appropriations needed to cover the running expenditure of the bodies responsible for promoting the transfrontier co-operation covered by this agreement.

Article 5

Each Party shall instruct such body, commission or institution as it shall designate to study current national legislation and regulations with a view to suggesting changes in any provisions liable to hinder the development of local transfrontier co-operation. Such bodies shall give particular consideration to improving fiscal and customs regulations, foreign exchange and capital transfer rules and procedures governing intervention by higher authorities, particularly as regards supervision or control.

Before taking the steps referred to in the above sub-paragraph, the Parties shall consult with each other as necessary and exchange any relevant information.

Article 6

The Parties shall endeavour, by arbitration or other means, to resolve matters in dispute of local importance whose prior settlement would be necessary for the success of transfrontier co-operation projects.

1.2 Model inter-state agreement on transfrontier regional consultation

Introductory note:

This agreement may be concluded either individually or in conjunction with one or more of the model inter-state agreements (Texts 1.1 to 1.5).

Article 1

In order to promote transfrontier consultation between the regions defined in the appendix to this text, the Parties shall establish a joint commission (hereinafter referred to as "the Commission"), and if necessary one or more regional committees (hereinafter referred to as "Committees") to deal with matters relating to transfrontier consultation.

tés locales et régionales qui y participent bénéficieront des mêmes facilités et protection que dans le cas où la coopération s'exercerait sur le plan interne.

Les autorités compétentes de chaque Partie veilleront à ce que soient prévus les crédits nécessaires à la couverture des frais de fonctionnement des organes chargés de la promotion de la coopération transfrontalière visée par le présent accord.

Article 5

Chaque Partie chargera tel organe, commission ou institution qu'il désignera d'examiner la législation et la réglementation nationales en vigueur, en vue de proposer la modification des dispositions susceptibles d'entraver le développement de la coopération locale transfrontalière. Ces organes étudieront notamment l'amélioration des dispositions fiscales et douanières, les règles en matière de change et de transfert de capitaux, ainsi que les procédures réglant l'intervention des autorités supérieures, notamment en matière de tutelle ou de contrôle.

Avant de prendre les mesures visées à l'alinéa précédent, les Parties intéressées se concerteront, si nécessaire, et se communiqueront les informations nécessaires.

Article 6

Les Parties veilleront à rechercher par la voie de l'arbitrage, ou autrement, la solution de questions litigieuses d'importance locale dont le règlement préalable serait nécessaire à la réussite des actions de collaboration transfrontalière.

1.2 Modèle d'accord interétatique sur la concertation régionale transfrontalière

Note liminaire:

Cet accord peut soit être conclu individuellement, soit en conjonction avec un ou plusieurs des modèles d'accords interétatiques (textes 1.1 à 1.5).

Article 1

En vue de promouvoir la concertation transfrontalière dans la région définie à l'annexe au présent accord, les Parties constituent une Commission mixte (désignée ci-après «Commission») assortie, le cas échéant, d'un ou plusieurs Comités régionaux (désignés ci-après «Comités») chargés de traiter les questions relatives à la concertation transfrontalière.

regionalen Behörden genießen dieselben Erleichterungen und denselben Schutz wie im Fall einer innerstaatlichen Zusammenarbeit.

Die zuständigen Behörden jeder Vertragspartei sorgen dafür, daß die erforderlichen Mittel zur Deckung der Kosten der Arbeit der Organe bereitgestellt werden, die mit der Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Rahmen dieser Vereinbarung beauftragt sind.

Artikel 5

Jede Vertragspartei beauftragt die von ihr bezeichneten Organe, Kommissionen oder Einrichtungen, die geltenden innerstaatlichen Gesetze und sonstigen Vorschriften zu prüfen, um eine Änderung der Bestimmungen vorzuschlagen, welche den Ausbau der örtlichen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit behindern könnten. Diese Organe untersuchen insbesondere die Verbesserung der Steuer- und Zollvorschriften, der Regeln auf dem Gebiet der Devisen und des Kapitaltransfers sowie der Regelungen für das Eingreifen der übergeordneten Behörden, insbesondere im Bereich der Kontrolle, Aufsicht und Überwachung.

Vor Anwendung der in Absatz 1 bezeichneten Maßnahmen stimmen sich die beteiligten Vertragsparteien soweit wie nötig ab und teilen einander die erforderlichen Informationen mit.

Artikel 6

Die Vertragsparteien bemühen sich, durch ein Schiedsverfahren oder auf andere Weise die Lösung strittiger Fragen von örtlicher Bedeutung herbeizuführen, deren Beilegung Voraussetzung für den Erfolg der Maßnahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ist.

1.2 Muster einer zwischenstaatlichen Vereinbarung über die regionale grenzüberschreitende Abstimmung

Einleitende Bemerkung:

Diese Vereinbarung kann entweder einzeln oder in Verbindung mit einer oder mehreren der zwischenstaatlichen Mustervereinbarungen geschlossen werden (Muster 1.1 bis 1.5).

Artikel 1

Zur Förderung der grenzüberschreitenden Abstimmung in der in der Anlage zu dieser Vereinbarung bezeichneten Region setzen die Vertragsparteien eine gemischte Kommission (im folgenden als „Kommission“ bezeichnet) und gegebenenfalls einen oder mehrere regionale Ausschüsse (im folgenden als „Ausschüsse“ bezeichnet) ein, die beauftragt sind, Fragen bezüglich der grenzüberschreitenden Abstimmung zu behandeln.

Article 2

1. The Commission and Committees comprise delegations whose members are chosen by each of the Parties.

2. Delegations to the Commission shall comprise not more than 8 members, of whom at least 3 shall represent the regional authorities. The chairmen of delegations to the Committees, or their representatives, shall take part, in an advisory capacity, in the proceedings of the Commission.¹⁾

3. The Committees shall be composed of ... delegations, each comprising ... members, and shall be formed at the instigation of the Commission in agreement with the regional and local authorities of the frontier areas covered by this agreement. Delegations to the Committees shall be composed of representatives of those authorities or of regional or local bodies. One delegate shall be appointed by the central authorities. He shall, where appropriate, be chosen from among the bodies representing the central authorities in the frontier areas for which the Committees are responsible.

4. The Commission shall meet at least once per year. The Committees shall meet as required, but at least twice per year.

5. The Commission and the Committees shall draw up their own rules of procedure.

Article 3

Each Party shall defray the expenditure of its own delegation to the Commission.

The expenditure of delegations to the Committees shall be defrayed by the authorities forming such delegations.

Article 4

For purposes of co-ordination and continuity in the work of the Commission and the Committees, the Parties shall if need be establish a Secretariat whose composition, headquarters, manner of operation and financing shall be laid down in an ad hoc arrangement between them, as proposed by the Commission. Failing agreement between the Parties, the Commission itself may establish such a Secretariat.

¹⁾ The figures given for the number of members of the Commission are intended for guidance only and should be adapted to individual situations, as indeed should all the provisions in this model agreement. By giving figures the authors of the model agreements intended to highlight the need for efficient commissions with relatively few members. They also wanted to give an indication of the ratio to be maintained between representatives of central authorities on the one hand and of regional authorities on the other.

Article 2

1. La Commission et le Comité sont formés de délégations composées à l'initiative de chacune des Parties.

2. Les délégations de la Commission sont composées de 8 membres au maximum, parmi lesquels 3 au moins représentent les autorités régionales. Les présidents des délégations aux Comités, ou leurs représentants, participent, avec voix consultative, aux travaux de la Commission.¹⁾

3. Les Comités, formés de ... délégations de ... membres, sont constitués sur l'initiative de la Commission et d'entente avec les autorités régionales et locales des zones frontalières visées par le présent accord. Les délégations aux Comités seront composées de représentants de ces autorités ou d'organismes régionaux ou locaux. En outre, un délégué sera désigné par les autorités centrales. Ce dernier sera, le cas échéant, choisi parmi les organes qui représentent les autorités centrales dans les zones frontalières qui relèvent de la compétence des comités.

4. La Commission se réunit une fois par an au moins. Les Comités se réunissent aussi souvent que les besoins l'exigent, mais au moins deux fois par an.

5. La Commission et les Comités établissent leur règlement intérieur.

Article 3

Chacune des Parties assume les frais de sa délégation à la Commission.

Les frais des délégations aux Comités seront supportés par les autorités qui ont constitué ces délégations.

Article 4

Afin d'assurer la coordination et la continuité des travaux de la Commission et des Comités, les Parties créent, chaque fois que le besoin s'en fait sentir, un secrétariat dont la composition, le siège, les modalités de fonctionnement et le financement sont fixés par un arrangement ad hoc entre les Parties sur proposition de la Commission ou, à défaut, par la Commission elle-même.

¹⁾ Les chiffres relatifs aux nombres des membres de la Commission n'ont qu'un caractère indicatif et devront être adaptés aux situations particulières, comme par ailleurs l'ensemble des dispositions de ce modèle d'accord. Les auteurs des modèles d'accord ont voulu souligner par ces chiffres la nécessité de créer des Commissions composées d'un nombre limité de membres et capables de travailler avec efficacité. Par ailleurs, ils ont également voulu donner des indications sur la proportion entre, d'une part, les représentants des autorités centrales et, d'autre part, les représentants des autorités régionales.

Artikel 2

(1) Die Kommission und die Ausschüsse werden aus Delegationen gebildet, deren Mitglieder von jeder der Vertragsparteien bestimmt werden.

(2) Die Delegationen der Kommission bestehen aus höchstens 8 Mitgliedern, von denen mindestens 3 die regionalen Behörden vertreten. Die Vorsitzenden der Delegationen in den Ausschüssen oder ihre Vertreter nehmen mit beratender Stimme an den Arbeiten der Kommission teil.¹⁾

(3) Die Ausschüsse, die sich aus ... Delegationen mit ... Mitgliedern zusammensetzen, werden auf Anregung der Kommission und im Einvernehmen mit den regionalen und örtlichen Behörden in dieser Vereinbarung genannten Grenzgebiete eingesetzt. Die Delegationen in den Ausschüssen bestehen aus Vertretern dieser Behörden oder regionaler oder örtlicher Organe. Außerdem wird ein Delegierter von den Zentralbehörden bestimmt. Dieser wird gegebenenfalls aus dem Kreis der Organe gewählt, welche die Zentralbehörden in den Grenzgebieten vertreten, für die diese Ausschüsse zuständig sind.

(4) Die Kommission tritt mindestens einmal jährlich zusammen. Die Ausschüsse treten nach Bedarf zusammen, mindestens jedoch zweimal jährlich.

(5) Die Kommission und die Ausschüsse geben sich eine Geschäftsordnung.

Artikel 3

Jede Vertragspartei übernimmt die Kosten für ihre Delegation in der Kommission.

Die Kosten für die Delegationen in den Ausschüssen werden von den Behörden übernommen, die diese Delegationen eingesetzt haben.

Artikel 4

Um die Koordinierung und die Kontinuität der Arbeiten der Kommission und der Ausschüsse zu gewährleisten, schaffen die Vertragsparteien nach Bedarf ein Sekretariat, dessen Zusammensetzung, Sitz, Arbeitsmodalitäten und Finanzierung durch eine Ad-hoc-Vereinbarung zwischen den Vertragsparteien auf Vorschlag der Kommission oder andernfalls durch die Kommission selbst festgesetzt werden.

¹⁾ Die Angaben für die Anzahl der Mitglieder der Kommission sind nur als Anregung gedacht und müssen der jeweiligen Lage angepaßt werden, wie übrigens alle Bestimmungen dieser Mustervereinbarung. Durch diese Angaben wollten die Verfasser der Mustervereinbarungen die Notwendigkeit unterstreichen, Kommissionen zu schaffen, die aus einer begrenzten Anzahl von Mitgliedern bestehen und in der Lage sind, wirksam zu arbeiten. Außerdem wollten sie einen Hinweis auf das Verhältnis zwischen den Vertretern der Zentralbehörden einerseits und den Vertretern der regionalen Behörden andererseits geben.

Article 5

The frontier areas covered by this agreement shall be specified in an Annex thereto, the content of which may be amended simply by an exchange of notes.

Article 6

1. The matters dealt with under trans-frontier consultation shall be those arising in the following fields:¹⁾

- urban and regional development;
- transport and communications (public transport, roads and motorways, joint airports, waterways, seaports, etc.);
- energy (power stations, gas, electricity and water supplies);
- nature conservation (places requiring protection, recreation areas, natural parks, etc.);
- water conservation (pollution control, treatment plants, etc.);
- protection of the atmosphere (air pollution, noise abatement, noise-free zones, etc.);
- education, training and research;
- public health (e.g. use of medical facilities in one of the areas by the inhabitants of another);
- culture, leisure and sport (theatres, orchestras, sports centres, holiday homes and camps, youth centres, etc.);
- mutual assistance in disaster relief (fire, flood, epidemics, air crashes, earthquakes, mountain accidents, etc.);
- tourism (joint projects for the promotion of tourism);
- problems relating to frontier workers (transport facilities, housing, social security, taxation, employment, unemployment, etc.);
- economic projects (new industry, etc.);
- miscellaneous projects (refuse disposal plant, sewerage, etc.);
- improvement of the agrarian system;
- social facilities.

¹⁾ This list is given merely for guidance and should be adapted to each co-operation project. It is not to be interpreted as modifying the powers vested in territorial authorities by domestic law. Both central and regional authorities are, after all, represented on the Commission.

Article 5

Les zones frontalières auxquelles s'étend l'application du présent accord seront déterminées dans une annexe à l'accord, annexe dont le contenu pourra être modifié par simple échange de notes.

Article 6

1. Les questions qui font l'objet de la concertation transfrontalière sont celles qui se posent dans les matières suivantes:¹⁾

- Développement urbain et régional;
- Transports et communications (transports en commun, routes et autoroutes, aéroports communs, voies fluviales, ports maritimes, etc.);
- Energie (centrales pour la production d'énergie, fournitures de gaz, électricité, eau, etc.);
- Protection de la nature (sites à protéger, zones de récréation, parcs naturels, etc.);
- Protection des eaux (lutte contre la pollution, construction de stations d'épuration, etc.);
- Protection de l'air (pollution atmosphérique, lutte contre le bruit, zones de silence, etc.);
- Enseignement, formation professionnelle et recherche;
- Santé publique (par exemple, utilisation d'un centre de soins situé dans l'une des zones par les habitants de l'autre zone);
- Culture, loisirs et sport (théâtres, orchestres, centres sportifs, colonies de vacances, maison des jeunes, etc.);
- Entraide en cas de catastrophe (incendies, inondations, épidémies, accidents d'avion, tremblements de terre, accidents de montagne, etc.);
- Tourisme (réalisations communes pour promouvoir le tourisme);
- Problèmes posés par les travailleurs frontaliers (facilités de transport, de logement, sécurité sociale, questions fiscales, problèmes d'emploi et de chômage, etc.);
- Projets d'activités économiques (projets d'implantations industrielles, etc.);
- Projets divers (usine de traitement des déchets, construction d'égoûts, etc.);
- Amélioration de la structure agricole;
- Infrastructure sociale.

¹⁾ Cette liste n'a qu'une valeur indicative et devra être adaptée à chaque cas de coopération. Elle ne peut être interprétée comme modifiant les compétences des différentes autorités territoriales d'après le droit interne. En effet, au sein de la Commission sont représentés aussi bien les autorités centrales que régionales.

Artikel 5

Die Grenzgebiete, für die diese Vereinbarung gilt, werden in einer Anlage zu der Vereinbarung festgelegt, deren Inhalt durch einfachen Notenwechsel geändert werden kann.

Artikel 6

(1) Gegenstand der grenzüberschreitenden Abstimmung sind Fragen aus folgenden Bereichen:¹⁾

- Stadt- und Regionalentwicklung
- Verkehrs- und Nachrichtenwesen (öffentliche Verkehrsmittel, Straßen und Autobahnen, gemeinsame Flughäfen, Wasserstraßen, Seehäfen usw.)
- Energie (Kraftwerke, Versorgung mit Gas, Elektrizität, Wasser usw.)
- Naturschutz (schutzbedürftige Stätten, Erholungsgebiete, Naturparks usw.)
- Gewässerschutz (Bekämpfung der Verschmutzung, Bau von Kläranlagen usw.)
- Immissionsschutz (Luftverschmutzung, Lärmbekämpfung, lärmfreie Zonen usw.)
- Unterrichtswesen, Berufsausbildung und Forschung
- öffentliches Gesundheitswesen (z. B. Benutzung eines Krankenhauses, das in einem der Gebiete liegt, durch die Einwohner des anderen Gebiets)
- Kultur, Freizeit und Sport (Theater, Orchester, Sportzentren, Feriendörfer, Jugendhäuser usw.)
- gegenseitige Hilfe im Unglücks- und Katastrophenfall (Brand, Überschwemmungen, Epidemien, Flugzeugunfälle, Erdbeben, Bergunfälle usw.)
- Fremdenverkehr (gemeinsame Unternehmungen zur Förderung des Fremdenverkehrs)
- Probleme, die sich durch Grenzgänger stellen (Verkehrsmittel, Unterbringung, soziale Sicherheit, Steuerfragen, Arbeitsplatzprobleme und Arbeitslosigkeit usw.)
- wirtschaftliche Vorhaben (Industrieansiedlung usw.)
- verschiedene Vorhaben (Müllbeseitigungsanlagen, Bau von Abwasserleitungen usw.)
- Verbesserung der Agrarstruktur
- soziale Infrastruktur.

¹⁾ Diese Aufstellung soll nur als Anhaltspunkt dienen und muß an jeden Fall der Zusammenarbeit angepaßt werden. Sie darf nicht so ausgelegt werden, als ändere sie die Zuständigkeiten der verschiedenen Gebietskörperschaften nach dem innerstaatlichen Recht. In der Kommission sind schließlich sowohl die Zentralbehörden als auch die regionalen Behörden vertreten.

2. The Parties may agree to amend this list by simply exchanging notes.

Article 7

1. Unless otherwise provided, the Commission shall be responsible for dealing with general matters and matters of principle, such as drawing up programmes for the Committees, co-ordination and contact with the central administrations concerned and with joint Commissions established before the entry into force of this agreement.

2. The Commission shall in particular be responsible for referring to the respective governments, as appropriate, its own and the Committees' recommendations and any projects for the conclusion of international agreements.

3. The Commission may avail itself of the services of experts for the investigation of particular questions.

Article 8

1. The primary function of the Committees shall be to investigate problems arising in the fields specified in Article 6 and to make proposals and recommendations accordingly. Such problems may be referred to them by the Commission, by the Parties' central, regional or local authorities and by institutions, associations or other public or private bodies. They may also take up matters on their own initiative.

2. The Committees may, for the purpose of studying these matters, set up working parties. They may also avail themselves of the services of experts and request legal opinions or technical reports. The Committees shall, through the fullest possible consultation, seek to obtain results in keeping with the interests of the population concerned.

Article 9

1. The Committees shall inform the Commission of matters referred to them and of the conclusions which they have reached.

2. Where their conclusions require decisions by the Commission or by the respective governments, the Committees shall make recommendations to the Commission.

Article 10

1. Both the Commission and the Committees shall be empowered to settle matters of common interest which are referred to them with the members' agreement, provided that their members hold powers in respect thereof according to the legislation of the Parties.

2. Les Parties pourront convenir par simple échange de notes de modifier cette liste.

Article 7

1. Sauf dispositions particulières, la Commission est chargée de traiter les questions générales et les questions de principe, comme l'élaboration de programmes pour les Comités, la coordination et les contacts avec les administrations centrales intéressées ainsi qu'avec les commissions mixtes créées avant l'entrée en vigueur du présent accord.

2. La Commission a, en particulier, pour tâche de saisir, le cas échéant, les gouvernements respectifs de ses recommandations et de celles de ses Comités, ainsi que des projets éventuels tendant à la conclusion d'accords internationaux.

3. La Commission peut faire appel à des experts pour l'étude de questions particulières.

Article 8

1. Les Comités ont principalement pour tâche d'étudier les problèmes qui se posent dans les domaines visés à l'article 6 et d'émettre des propositions et des recommandations à ce sujet. Ils peuvent en être saisis par la Commission, par les autorités centrales, régionales ou locales des Parties ainsi que par des institutions, associations ou autres organismes de droit public ou privé. Ils peuvent également s'en saisir eux-mêmes.

2. Les Comités peuvent, pour l'étude de ces problèmes, constituer des groupes de travail. Ils peuvent de même faire appel à des experts et demander des avis de droit ou des rapports techniques. Les Comités doivent faire en sorte qu'une consultation aussi large que possible aboutisse à des résultats conformes à l'intérêt des populations concernées.

Article 9

1. Les Comités informent la Commission des questions soumises à leur examen ainsi que des conclusions auxquelles ils ont abouti.

2. Si les conclusions appellent des décisions à l'échelon de la Commission ou des gouvernements respectifs, les Comités formulent des recommandations à l'intention de la Commission.

Article 10

1. Tant la Commission que les Comités sont habilités à régler, de commun accord entre leurs membres, les questions d'intérêt commun, dans la mesure où leurs membres en ont la compétence d'après la législation respective des Parties.

(2) Die Vertragsparteien können durch einfachen Notenwechsel vereinbaren, diese Aufstellung zu ändern.

Artikel 7

(1) Vorbehaltlich von Sonderbestimmungen hat die Kommission die Aufgabe, allgemeine Fragen und Grundsatzfragen wie die Ausarbeitung von Programmen für die Ausschüsse, Koordinierung und Kontakte mit den beteiligten Zentralverwaltungen sowie mit den vor Inkrafttreten dieser Vereinbarung geschaffenen gemischten Kommissionen zu behandeln.

(2) Die Kommission hat insbesondere die Aufgabe, gegebenenfalls den jeweiligen Regierungen ihre Empfehlungen und die Empfehlungen ihrer Ausschüsse sowie etwaige Entwürfe internationaler Übereinkünfte vorzulegen.

(3) Die Kommission kann Sachverständige zur Untersuchung besonderer Fragen heranziehen.

Artikel 8

(1) Die Ausschüsse haben vor allem die Aufgabe, die Probleme zu untersuchen, die in den in Artikel 6 genannten Bereichen auftreten, und entsprechende Vorschläge und Empfehlungen abzugeben. Solche Probleme können ihnen durch die Kommission, durch die zentralen, regionalen oder örtlichen Behörden der Vertragsparteien sowie durch Institutionen, Verbände oder andere Organe des öffentlichen oder privaten Rechts vorgelegt werden. Sie können sie auch von sich aus aufgreifen.

(2) Die Ausschüsse können zur Untersuchung dieser Probleme Arbeitsgruppen einsetzen. Sie können auch Sachverständige heranziehen und Rechtsgutachten oder Fachberichte anfordern. Die Ausschüsse müssen darauf hinwirken, daß eine möglichst umfassende Konsultation zu Ergebnissen führt, die den Interessen der betroffenen Bevölkerungsgruppen entsprechen.

Artikel 9

(1) Die Ausschüsse unterrichten die Kommission über die ihnen zur Prüfung vorgelegten Fragen sowie über ihre Schlußfolgerungen.

(2) Erfordern die Schlußfolgerungen Entscheidungen der Kommission oder der jeweiligen Regierungen, so legen die Ausschüsse der Kommission Empfehlungen vor.

Artikel 10

(1) Sowohl die Kommission als auch die Ausschüsse sind befugt, mit Zustimmung ihrer Mitglieder Fragen von gemeinsamem Interesse zu regeln, soweit ihre Mitglieder nach den jeweiligen Rechtsvorschriften der Vertragsparteien dafür zuständig sind.

2. The Commission and the Committees shall exchange information on the decisions reached in this respect.

Article 11

1. The delegations to the Commission or the Committees shall exchange information on the action taken by the competent authorities on recommendations made or agreements drafted in accordance with Article 7.2 and Article 9.2.

2. The Commission and the Committees shall consider the action required on the measures taken by the competent authorities referred to in paragraph 1.

1.3 Model inter-state agreement on local transfrontier consultation

Introductory note:

This agreement may be concluded either individually or in conjunction with one or more of the model inter-state agreements (Texts 1.1 to 1.5).

Article 1

With a view to ensuring a fuller exchange of information and developing consultation between local authorities on either side of frontiers, the Parties call on such authorities to make a joint study of problems of common interest through consultation committees.

Article 2

The rules of procedure of such committees shall be agreed by their members. Higher authorities shall be associated with their proceedings or kept informed of them.

The consultation committees shall be associated with the work of regional transfrontier consultation commissions on terms to be decided by the latter, should such commissions have been set up in the regions in question. Similarly, these commissions shall give their assistance to the work of the consultation committees.

They may also act as advisory bodies in connection with the implementation of special inter-state agreements concluded in the context of transfrontier co-operation.

Article 3

The function of the consultation committees shall be to organise exchanges of information and consulta-

2. La Commission et les Comités s'informent mutuellement des décisions prises à ce sujet.

Article 11

1. Les délégations au sein de la Commission ou des Comités s'informent mutuellement des mesures prises par les autorités compétentes à la suite des recommandations formulées ou des projets d'accords élaborés conformément à l'article 7.2 et à l'article 9.2.

2. La Commission et les Comités examinent la suite à donner aux dispositions prises par les autorités compétentes visées à l'alinéa premier.

1.3. Modèle d'accord interétatique sur la concertation locale transfrontalière

Note liminaire:

Cet accord peut soit être conclu individuellement, soit en conjonction avec un ou plusieurs des modèles d'accords interétatiques (textes 1.1 à 1.5).

Article 1

En vue d'une meilleure information réciproque et du développement de la concertation entre les autorités locales de part et d'autre des frontières, les Parties invitent ces autorités à examiner ensemble les problèmes locaux d'intérêt commun dans le cadre de groupes de concertation.

Article 2

Les règles de fonctionnement de ces groupes sont définies par accord entre leurs membres. Les autorités supérieures sont associées à leurs travaux ou tenues informées de ceux-ci.

Les groupes de concertation sont associés aux travaux des commissions régionales de concertation transfrontalière dans les conditions définies par ces dernières, si de telles commissions ont été créées dans la région considérée. Réciproquement, ces commissions apportent leur concours aux travaux des groupes.

Ils peuvent également intervenir comme groupes de consultation dans le cadre de l'application d'accords interétatiques à objet particulier conclus dans le domaine de la coopération transfrontalière.

Article 3

La vocation des groupes de concertation est d'assurer l'échange d'informations, la consultation réciproque, l'étude

(2) Die Kommission und die Ausschüsse unterrichten einander über die entsprechenden Beschlüsse.

Artikel 11

(1) Die Delegationen innerhalb der Kommission oder der Ausschüsse unterrichten einander über die Maßnahmen, die von den zuständigen Behörden auf Grund der nach Artikel 7 Absatz 2 und Artikel 9 Absatz 2 abgegebenen Empfehlungen oder ausgearbeiteten Entwürfe von Übereinkünften getroffen wurden.

(2) Die Kommission und die Ausschüsse prüfen, welche Schritte auf Grund von Maßnahmen der in Absatz 1 genannten zuständigen Behörden unternommen werden sollen.

1.3 Muster einer zwischenstaatlichen Vereinbarung über die örtliche grenzüberschreitende Abstimmung

Einleitende Bemerkung:

Diese Vereinbarung kann entweder einzeln oder in Verbindung mit einer oder mehreren der zwischenstaatlichen Mustervereinbarungen geschlossen werden (Muster 1.1 bis 1.5).

Artikel 1

Im Hinblick auf eine bessere gegenseitige Unterrichtung und den Ausbau der Abstimmung zwischen den örtlichen Behörden diesseits und jenseits der Grenze fordern die Vertragsparteien diese Behörden auf, alle örtlichen Probleme von gemeinsamem Interesse im Rahmen von Abstimmungsgruppen zu untersuchen.

Artikel 2

Die Regeln für die Arbeitsweise dieser Gruppen werden einvernehmlich von ihren Mitgliedern festgelegt. Die übergeordneten Behörden werden an ihren Arbeiten beteiligt oder darüber auf dem laufenden gehalten.

Die Abstimmungsgruppen werden an den Arbeiten der regionalen Kommissionen für die grenzüberschreitende Abstimmung unter von den Kommissionen festgelegten Voraussetzungen beteiligt, wenn solche Kommissionen in der betreffenden Region geschaffen worden sind. Andererseits helfen diese Kommissionen den Gruppen bei ihrer Arbeit.

Sie können auch als Beratungsgruppen bei der Anwendung zwischenstaatlicher Vereinbarungen über einen besonderen Gegenstand tätig werden, die im Rahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit geschlossen wurden.

Artikel 3

Es ist Aufgabe der Abstimmungsgruppen, den Informationsaustausch, die gegenseitige Konsultation, die Prüfung der

tions on both sides as well as to study matters of common interest and determine common aims.

Their activities shall be governed by respect for the responsibilities of their members and no transfer of powers shall be involved.

The members of these committees may, however, within the framework of co-operation agreements, decide together what measures or restrictions are to guide their respective activities or what preliminary consultation procedures they wish to see followed.

Article 4
(alternative)

To assist these consultation committees in their work, the local authorities concerned may, within the limits of the powers conferred on them under domestic law, form associations to provide a legal framework for their co-operation.

Such associations shall be set up under the civil law or commercial law applicable to associations in one of the States concerned. For the application of the legal system chosen, should the occasion arise, the conditions, formalities and particular authorisations concerning the nationality of members of the associations should be disregarded.

The information provided to the higher authorities, conforming to Article 2, will include all information on the activities of the associations mentioned in the present article.

1.4 Model inter-state agreement on contractual transfrontier co-operation between local authorities

Introductory note:

This agreement may be concluded either individually or in conjunction with one or more of the draft inter-state agreements (Texts 1.1 to 1.5).

Article 1

Transfrontier co-operation between local authorities shall be conducted *inter alia* by means of administrative, economic or technical contracts.

Article 2

Transfrontier co-operation contracts shall be concluded by local authorities within the limits of their powers under domestic law.

They shall *inter alia* relate to the provision of supplies or services, the taking of

de questions d'intérêt commun, la définition d'objectifs identiques.

Leur activité s'effectue dans le respect des responsabilités propres de leurs membres et n'implique aucun transfert de compétence.

Cependant, dans le cadre d'accords de coopération, les membres de ces groupes peuvent valablement définir en commun les mesures ou restrictions qui guident leurs actions respectives ou les procédures de consultations préalables qu'ils entendent suivre.

Article 4
(variante)

En vue de faciliter l'activité de ces groupes de concertation, les autorités locales intéressées peuvent créer, dans les limites des pouvoirs que leur attribue le droit interne, des associations destinées à fournir un support juridique à leur coopération.

Ces associations seront constituées sur la base du droit civil des associations ou du droit commercial de l'un des Etats concernés. Pour l'application du régime juridique adopté, il est fait, le cas échéant, abstraction des conditions, formalités ou autorisations particulières liées à la nationalité des membres de ces associations.

Les informations procurées aux autorités supérieures, conformément à l'article 2, comporteront tout renseignement sur les activités des associations visées au présent article.

1.4 Modèle d'accord interétatique sur la coopération transfrontalière contractuelle entre autorités locales

Note liminaire:

Cet accord peut soit être conclu individuellement, soit en conjonction avec un ou plusieurs des modèles d'accords interétatiques (textes 1.1 à 1.5).

Article 1

La coopération transfrontalière entre autorités locales est mise en œuvre notamment par voie de contrats ayant un objet administratif, économique ou technique.

Article 2

Les contrats de coopération transfrontalière sont conclus par les autorités locales dans les limites de leur compétence telle qu'elle résulte du droit interne.

Ils portent notamment sur la fourniture de prestations ou de services, sur la mise

Fragen von gemeinsamem Interesse sowie die Festlegung gemeinsamer Ziele zu gewährleisten.

Ihre Tätigkeit wird unter Achtung der Verantwortlichkeiten ihrer Mitglieder durchgeführt und bringt keinerlei Zuständigkeitsübertragung mit sich.

Im Rahmen der Vereinbarungen über Zusammenarbeit können die Mitglieder dieser Gruppen jedoch gemeinsam Maßnahmen oder Beschränkungen, die als Richtschnur für ihre jeweilige Tätigkeit dienen sollen, oder vorherige Konsultationsverfahren, die sie einhalten wollen, festlegen.

Artikel 4
(Alternative)

Zur Erleichterung der Tätigkeit dieser Abstimmungsgruppen können die beteiligten örtlichen Behörden im Rahmen der ihnen nach dem innerstaatlichen Recht zustehenden Befugnisse Vereinigungen gründen, die eine Rechtsgrundlage für ihre Zusammenarbeit liefern sollen.

Diese Vereinigungen werden auf der Grundlage des bürgerlichen Rechts der Vereine oder des Handelsrechts eines der betroffenen Staaten gegründet. Zur Anwendung des gewählten Rechtssystems wird gegebenenfalls von den Bedingungen, Förmlichkeiten oder besonderen Genehmigungen abgesehen, die mit der Staatsangehörigkeit der Mitglieder dieser Verbände zusammenhängen.

Die den übergeordneten Behörden nach Artikel 2 zur Verfügung gestellten Informationen umfassen jede Auskunft über die Tätigkeit der im vorliegenden Artikel genannten Vereinigungen.

1.4 Muster einer zwischenstaatlichen Vereinbarung über die vertragliche grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen örtlichen Behörden

Einleitende Bemerkung:

Diese Vereinbarung kann entweder einzeln oder in Verbindung mit einer oder mehreren der zwischenstaatlichen Mustervereinbarungen geschlossen werden (Muster 1.1 bis 1.5).

Artikel 1

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen örtlichen Behörden wird insbesondere durch Verträge mit administrativem, wirtschaftlichem oder technischem Charakter durchgeführt.

Artikel 2

Die Verträge über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit werden von den örtlichen Behörden im Rahmen der ihnen nach dem innerstaatlichen Recht zustehenden Befugnisse geschlossen.

Sie betreffen insbesondere die Bereitstellung von Lieferungen oder Leistungen

joint action, the creation of associations established on the basis of civil or commercial law of one of the States parties or the membership of such an association.¹⁾

Article 3

The Parties to such a contract shall specify the law applicable thereto by reference to the law of contracts (both public and private) of one of the States parties to this agreement.

They shall also specify, as far as is necessary, those derogations that may be made from such provisions of that law as are not binding.

Failing any relevant stipulation in the contract, the law applicable shall be that of the State of whichever local authority is responsible thereunder for providing the principal service, or failing this, the local authority with the most important financial involvement.

Under all circumstances the persons subject to the local authorities parties to the contract shall retain any right to take action against or seek remedy from the said authorities which they would have enjoyed with regard to the authorities if the latter had retained their duty to provide the said persons with the supplies or services in question. The local authorities against which such action is taken or from which remedies are sought shall be entitled to institute proceedings against those local authorities which have assumed responsibility for providing the supplies or services.

Article 4

Proposals for the conclusion or amendment of contracts shall be simultaneously subject in each State to the ordinary rules governing intervention by higher authorities. However, no approval shall be required from authorities parties to the contract. Any decision taken by a higher authority which may prevent the conclusion or application, or which may provoke the cancellation, of a transfrontier co-operation contract, should imply previous consultation with the corresponding higher authorities of the other States concerned.

Article 5

In the event of a dispute, the competent judicial authority shall be determined by the applicable law. However, transfrontier co-operation contracts may include arbitration clauses. Notwithstanding any

en œuvre d'actions communes, sur la création d'associations constituées sur la base du droit civil ou commercial de l'un des Etats parties ou sur la participation à de telles associations.¹⁾

Article 3

Les cocontractants définissent le droit applicable auxdits contrats par référence au droit des contrats (public et privé) de l'un des Etats parties au présent accord.

Ils déterminent également autant que de besoin les dérogations pouvant être apportées aux dispositions non contraignantes de ce droit.

Dans le silence du contrat, le droit applicable est celui de l'Etat dont relève l'autorité locale qui, en vertu de l'accord, est chargée de l'exécution de la prestation en nature la plus importante, ou à défaut, l'autorité locale dont l'engagement financier est le plus important.

En tout état de cause, les citoyens de chacune des autorités locales qui sont parties au contrat conservent contre celles-ci tout droit d'action et recours dont elles auraient bénéficié à l'égard desdites autorités si celles-ci avaient conservé par devers elles la charge d'effectuer les prestations, fournitures ou services. Les autorités locales qui font l'objet de telle action ou recours disposent d'une action récursoire contre les autorités locales qui ont assumé la charge des prestations, fournitures ou services.

Article 4

Les projets de conclusion ou de modification de contrats sont soumis simultanément dans chaque Etat aux règles ordinaires fixant l'intervention des autorités supérieures. Toutefois, aucune approbation n'est exigée de la part des autorités qui sont parties au contrat. Toute décision d'une autorité supérieure tendant à empêcher la conclusion ou l'application, ou à provoquer la résiliation, d'un contrat de coopération transfrontalière implique une concertation préalable avec des autorités supérieures homologues des autres Etats intéressés.

Article 5

En cas de litige, le droit applicable définit la juridiction compétente. Toutefois, les contrats de coopération transfrontalière peuvent prévoir des clauses d'arbitrage. Les usagers et tiers conservent

gen, die Durchführung gemeinsamer Unternehmungen, die Gründung von Vereinigungen, die auf der Grundlage des bürgerlichen Rechts oder des Handelsrechts eines der Vertragsstaaten gebildet werden, oder die Beteiligung an derartigen Vereinigungen.¹⁾

Artikel 3

Die Vertragspartner bestimmen das auf die genannten Verträge anzuwendende Recht unter Bezugnahme auf das Recht der Verträge (öffentlich und privat) eines der Vertragsstaaten dieser Vereinbarung.

Sie bestimmen ebenfalls nach Bedarf die zulässigen Abweichungen von den nicht zwingenden Bestimmungen dieses Rechts.

Wenn der Vertrag nichts vorsieht, ist das Recht des Staates anzuwenden, dem die örtliche Behörde angehört, die auf Grund der Vereinbarung mit der Durchführung der umfangreichsten Sachleistung beauftragt ist, oder andernfalls des Staates, dem die örtliche Behörde angehört, deren finanzielle Verpflichtung am größten ist.

Unter allen Umständen behalten die Personen, deren örtliche Behörden den Vertrag geschlossen haben, gegen diese jedes Klage- und Beschwerderecht, das ihnen gegenüber diesen Behörden zustände, wenn diese weiterhin verpflichtet wären, die Lieferungen oder Leistungen vorzunehmen. Den örtlichen Behörden, gegen die eine solche Klage erhoben oder eine solche Beschwerde eingelegt worden ist, steht ein Rückgriffsanspruch gegenüber den örtlichen Behörden zu, welche die Lieferungen oder Leistungen übernommen haben.

Artikel 4

Die Vorschläge zum Abschluß oder zur Änderung von Verträgen unterliegen gleichzeitig in jedem Staat den üblichen Vorschriften über das Eingreifen der übergeordneten Behörden. Es ist jedoch keine Genehmigung seitens der Behörden erforderlich, die Vertragspartner sind. Jeder Beschluß einer übergeordneten Behörde, der den Abschluß oder die Anwendung eines Vertrags über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit verhindern oder seine Aufhebung bewirken soll, bedarf einer vorherigen Abstimmung mit den entsprechenden übergeordneten Behörden der anderen beteiligten Staaten.

Artikel 5

Im Fall einer Streitigkeit bestimmt das anzuwendende Recht das zuständige Gericht. Die Verträge über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit können jedoch Schiedsklauseln vorsehen. Benut-

¹⁾ The coherence of this agreement remains the same whether or not this paragraph is included.

¹⁾ La cohérence de l'accord subsisterait même si cet alinéa n'y était pas inclus.

¹⁾ Der Zusammenhang der Vereinbarung wäre auch gewährleistet, wenn dieser Absatz nicht eingefügt würde.

such clauses users and third parties shall retain any existing legal remedies against the local authorities of the State to which they belong, it lying with those authorities to seek redress against the defaulting contractor.

Higher authorities shall take all measures in their power to secure the prompt execution of judicial decisions, whatever the nationality of the court from which they emanated.

Article 6

Contracts concluded under this agreement shall remain in effect after its denunciation. However, the contracts will include a clause authorising the parties to terminate such contracts, subject to five years' notice, in the event of the denunciation of the present agreement. The States parties will have the power to bring about the application of this clause.

1.5 Model inter-state agreement on organs of transfrontier co-operation between local authorities

Introductory note:

This agreement may be concluded either individually or in conjunction with one or more of the model inter-state agreements (Texts 1.1 to 1.5).

Article 1

For the purposes which they are permitted under domestic law to pursue through an association or consortium, local authorities and other public-law bodies may take part in associations or consortia of local authorities formed in the territory of another Party in accordance with the latter's domestic law.

Article 2

Within the limits of their members' powers, the associations or consortia referred to in Article 1 shall be entitled to pursue their activities arising out of their statutory purpose in the territory of each of the Parties concerned. In so doing, they shall be subject to the rules laid down by that State, unless exceptions are allowed by that State.

Article 3

1. The instrument of establishment of the association or consortium, the articles of association and any alterations thereto shall be subject to approval by the higher authorities of all the local authorities

cependant les voies de recours existantes contre les autorités locales de l'Etat dont ils relèvent, à charge pour ces autorités de se retourner contre le cocontractant défaillant.

Les autorités supérieures prendront toutes les mesures en leur pouvoir pour assurer une prompte exécution des décisions juridictionnelles quelle que soit la nationalité du tribunal qui les a rendues.

Article 6

Les contrats conclus dans le cadre du présent accord subsistent après sa dénonciation. Toutefois, les contrats comporteront une clause autorisant les parties à les résilier moyennant le respect d'un préavis, d'au moins cinq ans dans le cas où le présent accord aurait été lui-même dénoncé. Les Etats parties auront la faculté de provoquer l'application de cette clause.

1.5 Modèle d'accord interétatique concernant les organismes de coopération transfrontalière entre autorités locales

Note liminaire:

Cet accord peut soit être conclu individuellement, soit en conjonction avec un ou plusieurs des modèles d'accords interétatiques (textes 1.1 à 1.5).

Article 1

Pour des objets qu'elles sont admises en vertu du droit interne à réaliser dans le cadre d'une association ou d'un syndicat, les collectivités locales et autres personnes de droit public peuvent participer à des associations ou syndicats de pouvoirs locaux constitués sur le territoire d'une autre Partie conformément au droit interne de celle-ci.

Article 2

Dans les limites des attributions de leurs membres, les associations ou syndicats visés à l'article 1 ont le droit d'exercer leurs activités relevant de leur objet social sur le territoire de chacune des Parties intéressées. Ils y sont soumis aux règles édictées par cet Etat, sauf dérogation admise par celui-ci.

Article 3

1. L'acte constitutif de l'association ou syndicat et les statuts particuliers ainsi que les modifications de ces actes sont soumis à l'approbation des autorités supérieures de toutes les collectivités

zer und Dritte behalten die vorhandenen Rechtsmittel gegen die örtlichen Behörden des Staates, dem sie angehören, wobei es Sache dieser Behörden ist, gegen den säumigen Vertragspartner vorzugehen.

Die übergeordneten Behörden treffen alle in ihrer Macht stehenden Maßnahmen, um die sofortige Ausführung der gerichtlichen Entscheidungen zu gewährleisten, ungeachtet dessen, in welchem Staat sich das Gericht befindet, das diese Entscheidungen gefällt hat.

Artikel 6

Die im Rahmen dieser Vereinbarung geschlossenen Verträge bestehen nach Kündigung der Vereinbarung weiter. Die Verträge enthalten jedoch eine Klausel, welche die Parteien ermächtigt, sie unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von mindestens fünf Jahren aufzuheben, wenn diese Vereinbarung selbst gekündigt wurde. Die Vertragsstaaten haben die Möglichkeit, zur Anwendung dieser Klausel aufzufordern.

1.5 Muster einer zwischenstaatlichen Vereinbarung über die Organe der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen örtlichen Behörden

Einleitende Bemerkung:

Diese Vereinbarung kann einzeln oder in Verbindung mit einer oder mehreren der zwischenstaatlichen Mustervereinbarungen geschlossen werden (Muster 1.1 bis 1.5).

Artikel 1

Für die Zwecke, die auf Grund des innerstaatlichen Rechts im Rahmen einer Vereinigung oder eines Verbands verwirklicht werden dürfen, können die örtlichen Körperschaften und andere Personen des öffentlichen Rechts an den Gemeindevereinigungen oder -verbänden teilnehmen, die im Hoheitsgebiet einer anderen Vertragspartei nach deren innerstaatlichem Recht gegründet werden.

Artikel 2

Innerhalb der Grenzen der Zuständigkeiten ihrer Mitglieder sind die in Artikel 1 genannten Vereinigungen oder Verbände berechtigt, ihre Tätigkeit im Zusammenhang mit ihrem Gesellschaftszweck im Hoheitsgebiet jeder der beteiligten Vertragsparteien auszuüben. Dabei unterliegen sie den von diesem Staat erlassenen Vorschriften, sofern er nicht eine Abweichung zuläßt.

Artikel 3

(1) Die Gründungsakte der Vereinigung oder des Verbands und die Einzelsatzungen sowie die Änderungen dieser Urkunden werden den übergeordneten Behörden aller beteiligten örtlichen Körper-

participating. The same shall apply to admission to an already existing association or consortium.

2. The population concerned shall be notified of such instruments and the approval thereof, in accordance with each country's normal publicity arrangements. The same shall apply to any change in official headquarters and to any decisions regarding the persons authorised to act on behalf of the association or consortium and the limits of their powers.

3. The above instruments shall be drawn up in the official languages in use in each of the States where they are to have effect. Each such version of the text shall be authentic.

Article 4

1. The articles of association shall specify rules governing the association's or consortium's relations in law. They shall include the subjects required by the relevant legislation, in accordance with Article 1. In every case, they shall designate its members, its name and its headquarters. They shall determine the purpose of the association or consortium and, where appropriate, the functions of its installations and the location thereof. They shall determine the manner of appointment of the managerial and administrative bodies, the extent of the members' obligations and their contribution to joint expenditure. The management bodies shall include at least one representative of the member local authorities of each country. The articles of association shall determine the composition and the mode of deliberation of the General Assembly, the form of minutes of sittings, the mode of dissolution or liquidation and the rules governing budgets and accounts.

2. The articles shall also include a provision whereby members may withdraw from the association on giving a period of notice which will be fixed by the articles, after settlement of any debts to the association and on payment to the association of compensation, as assessed by experts, in respect of investment effected or expenditure incurred by the association for or on behalf of the members concerned. They shall also specify rules governing members' dismissal or exclusion for failure to honour their undertakings.

Article 5

The Parties undertake to give the authorisation necessary to the accomplishment within their territory by the

locales participantes. Il en est de même de l'entrée dans une association ou un syndicat déjà existant.

2. Ces actes et leur approbation seront portés à la connaissance de toutes les populations intéressées suivant les modes de publicité appliqués dans chaque Etat. Il en est de même pour tout changement du siège social ainsi que pour toute décision concernant les personnes aptes à engager l'association ou le syndicat et les limites de leur pouvoir.

3. Les actes ci-dessus seront dressés dans les langues officielles en usage dans chacun des Etats où ceux-ci devront avoir effet. Les divers textes feront également foi.

Article 4

1. Les statuts règlent les rapports de droit de l'association ou syndicat. Ils comportent les matières exigées par la législation qui les régit, conformément à l'article 1. Dans tous les cas, ils en désignent les membres, le nom et le siège. Ils définissent la mission de l'association ou du syndicat et éventuellement les fonctions et le lieu d'implantation des installations appelées à les réaliser. Ils règlent les conditions dans lesquelles les organes de gestion et d'administration sont désignés, la mesure des engagements des associés et de leur contribution aux charges communes: Les organes de gestion doivent comporter au moins un représentant des collectivités locales membres de chaque pays. Ils fixent la composition et le mode de délibération de l'assemblée générale, la forme des procès-verbaux de séance, les modes de dissolution et de liquidation, ainsi que les règles applicables en matière de budgets et de comptes.

2. Les statuts doivent en outre comporter une disposition permettant aux associés de se retirer de l'association moyennant un délai dont ils fixent la durée, la liquidation de leurs dettes éventuelles envers l'association et l'indemnisation de celle-ci, à dire d'experts, pour les investissements et frais réalisés ou exposés par l'association au profit ou à la décharge desdits associés. Ils fixent également les conditions de démission d'office ou d'exclusion d'un associé pour cause d'inexécution de ses engagements.

Article 5

Les Parties s'engagent à accorder les autorisations nécessaires à l'accomplissement, sur leur territoire, par l'associa-

tionen zur Genehmigung vorgelegt. Dasselbe gilt für den Eintritt in eine schon bestehende Vereinigung oder in einen schon bestehenden Verband.

(2) Diese Urkunden und die entsprechenden Genehmigungen werden allen beteiligten Bevölkerungsgruppen nach den in jedem Staat üblichen Bekanntmachungsverfahren zur Kenntnis gebracht. Dasselbe gilt für jede Änderung des Geschäftssitzes sowie für alle Beschlüsse über die Personen, die für die Vereinigung oder den Verband handeln können, und die Grenzen ihrer Befugnisse.

(3) Die vorstehend genannten Urkunden werden in den Amtssprachen der Staaten ausgefertigt, in denen sie wirksam werden sollen. Die verschiedenen Fassungen sind gleichermaßen verbindlich.

Artikel 4

(1) Die Satzung regelt die Rechtsbeziehungen der Vereinigung oder des Verbands. Sie enthält die von den für sie maßgeblichen Rechtsvorschriften verlangten Gegenstände nach Artikel 1. In jedem Fall bezeichnet sie die Mitglieder, den Namen und den Sitz. Sie bestimmt den Auftrag der Vereinigung oder des Verbands und möglicherweise die Aufgaben und den Standort der Einrichtungen, die sie durchführen sollen. Sie regelt die Voraussetzungen, unter denen die Führungs- und Verwaltungsorgane eingesetzt werden, den Umfang der Verpflichtungen der Mitglieder und ihren Beitrag zu den gemeinsamen Ausgaben. Die Führungsorgane müssen mindestens einen Vertreter der beteiligten örtlichen Körperschaften jedes Staates umfassen. Sie legt die Zusammensetzung und die Beratungsweise der Generalversammlung, die Form der Sitzungsprotokolle, die Modalitäten für die Auflösung und die Liquidierung sowie die in Haushaltsfragen und im Rechnungswesen anzuwendenden Regeln fest.

(2) Die Satzung muß außerdem eine Bestimmung enthalten, wonach die Mitglieder auf Grund einer Kündigung, deren Frist in der Satzung festgesetzt wird, aus der Vereinigung austreten können, und zwar nach Begleichung aller der Vereinigung etwa geschuldeten Beträge und nach Bezahlung einer von Sachverständigen veranschlagten Entschädigung an die Vereinigung für die von dieser zugunsten oder im Namen der betreffenden Mitglieder durchgeführten Investitionen oder bestrittenen Ausgaben. Die Satzung legt ferner die Voraussetzungen für die Entlassung oder den Ausschluß von Mitgliedern bei Nichterfüllung der von ihnen übernommenen Verpflichtungen fest.

Artikel 5

Die Vertragsparteien verpflichten sich, die Genehmigungen zu erteilen, die zur Erfüllung des Auftrags der Vereinigung

association or consortium of its task, subject to the requirements of public policy and public safety.

Article 6

Where, pursuant to domestic law, the association or consortium may not, on the territory of a State, exercise certain powers, rights or advantages necessary to the accomplishment of its task for the benefit of that State's member local authorities, the latter shall have the right and the duty to act for and on behalf of the association or consortium for the purpose of exercising or securing these powers, rights or advantages.

Article 7

1. Powers of supervision or control over the association or consortium shall be exercised, in accordance with domestic law, by the responsible authorities of the State in which its headquarters are located. Such authorities shall also ensure that the interests of local authorities of other States are safeguarded.

2. The responsible authorities of the other States shall have a right to information on the activities and decisions of the association or consortium and on action taken in the exercise of supervision or control. They shall, in particular, be supplied on request with the adopted texts and minutes of meetings of the bodies of the association or consortium, the annual accounts and the draft budget, if any, insofar as domestic law requires that these be communicated to the authorities responsible for supervision or control. They may communicate directly with the bodies of the association or consortium and with the supervisory or controlling authorities, submit observations to them or ask to be directly consulted in specific instances and on specific matters.

3. The responsible authorities of the other States shall also have the right to notify the association or consortium that they object to those authorities falling under their jurisdiction continuing to take part in the association or consortium. Such notification, duly justified, shall be deemed to be grounds for exclusion and shall be specified as such in the association's articles. The authorities referred to in paragraphs 1 and 2 of this Article shall also be entitled to be represented by a delegate to the management bodies of the association or consortium; such delegate shall be entitled to attend all the

tion ou le syndicat, de la mission qui lui incombe, sous réserve des exigences de l'ordre et de la sécurité publics.

Article 6

Lorsque, par l'application du droit interne, l'association ou syndicat ne pourra disposer, sur le territoire d'un Etat, de certains pouvoirs, droits ou avantages nécessaires au bon accomplissement de sa mission au profit des collectivités locales membres relevant de cet Etat, celles-ci auront le droit et le devoir d'intervenir aux lieu et place de l'association ou syndicat, en vue d'exercer ou d'obtenir ces pouvoirs, droits ou avantages.

Article 7

1. Les pouvoirs de tutelle ou de contrôle sur l'association ou syndicat sont exercés, conformément au droit interne, par les autorités compétentes de l'Etat de son siège. Celles-ci veillent également à la sauvegarde des intérêts des collectivités locales relevant d'autres Etats.

2. Les autorités compétentes des autres pays ont un droit d'information sur les activités et les décisions de l'association ou syndicat et les actes pris dans l'exercice de la tutelle ou du contrôle. Elles reçoivent notamment, à leur demande, les textes adoptés et les procès-verbaux des réunions des organes de l'association ou syndicat, les comptes annuels, ainsi que le projet de budget, s'il existe, dès lors que le droit interne prescrit leur communication aux autorités de tutelle ou de contrôle. Elles peuvent communiquer directement avec les organes de l'association ou syndicat ainsi qu'avec les autorités de tutelle ou de contrôle de celui-ci, leur adresser des observations et leur demander d'être consultées directement dans des cas et sur des questions déterminées.

3. Les autorités compétentes des autres Etats auront également le droit de notifier à l'association ou au syndicat qu'elles s'opposent à ce que les collectivités qui relèvent de leur compétence continuent à participer à l'association ou au syndicat. Cette notification dûment motivée sera tenue pour une cause d'exclusion et reprise comme telle dans les statuts. Les autorités visées aux paragraphes 1 et 2 du présent article ont également le droit de se faire représenter par un délégué auprès des organes de gestion de l'association ou syndicat, ce délégué ayant la faculté d'assister à toutes

oder des Verbands in ihrem Hoheitsgebiet erforderlich sind, vorbehaltlich der Erfordernisse der öffentlichen Ordnung und Sicherheit.

Artikel 6

Kann die Vereinigung oder der Verband durch die Anwendung des innerstaatlichen Rechts im Hoheitsgebiet eines Staates nicht über bestimmte Befugnisse, Rechte oder Vorteile verfügen, die zur wirksamen Erfüllung ihres bzw. seines Auftrags zugunsten der diesem Staat angehörenden beteiligten örtlichen Körperschaften erforderlich sind, so haben diese das Recht und die Pflicht, an Stelle der Vereinigung oder des Verbands zu handeln, um diese Befugnisse, Rechte oder Vorteile auszuüben oder zu erhalten.

Artikel 7

(1) Die Befugnisse der Kontrolle, Aufsicht oder Überwachung in bezug auf die Vereinigung oder den Verband werden gemäß dem innerstaatlichen Recht von den zuständigen Behörden des Staates ausgeübt, in dem sich der Sitz befindet. Die Behörden sorgen auch für die Wahrung der Interessen der örtlichen Körperschaften, die anderen Staaten angehören.

(2) Die zuständigen Behörden der anderen Staaten haben ein Recht auf Unterrichtung über die Tätigkeit und die Beschlüsse der Vereinigung oder des Verbands und über die in Ausübung der Kontrolle, Aufsicht oder Überwachung getroffenen Maßnahmen. Sie erhalten auf Antrag insbesondere die verabschiedeten Texte und Protokolle der Sitzungen der Organe der Vereinigung oder des Verbands, die Jahresabrechnungen sowie den Haushaltsvoranschlag, wenn es einen solchen gibt, sofern das innerstaatliche Recht ihre Mitteilung an die Kontroll-, Aufsichts- oder Überwachungsbehörden vorschreibt. Sie können unmittelbar mit den Organen der Vereinigung oder des Verbands sowie mit den Kontroll-, Aufsichts- oder Überwachungsbehörden in Verbindung treten, Stellungnahmen an sie richten und darum ersuchen, in bestimmten Fällen und Fragen unmittelbar konsultiert zu werden.

(3) Die zuständigen Behörden der anderen Staaten haben ebenfalls das Recht, der Vereinigung oder dem Verband zu notifizieren, daß sie dagegen sind, daß die örtlichen Körperschaften in ihrem Zuständigkeitsbereich weiterhin an der Vereinigung oder dem Verband beteiligt sind. Diese gebührend begründete Notifikation wird als Ausschlußgrund betrachtet und als solcher in der Satzung aufgeführt. Die in den Absätzen 1 und 2 genannten Behörden haben auch das Recht, sich durch einen Delegierten bei den Führungsorganen der Vereinigung oder des Verbands vertreten zu lassen, wobei dieser Dele-

bodies' meetings and to receive their agendas and minutes.

Article 8

The supplies or services with which the association or consortium is to be entrusted, in accordance with its articles, in the territory of its members shall be provided on its responsibility, thereby completely releasing its members from their obligations in respect thereof. The association or consortium shall also be responsible vis-à-vis users and third parties. The latter shall, however, retain, with regard to the local authorities for and on whose behalf the supplies or services are provided, all such rights of action and legal remedy as they would enjoy if the authorities themselves had retained the obligation to provide them with the supplies and services concerned. The authorities against whom such action or recourse is directed may themselves take action against the association.

Article 9

1. Failing conciliation, disputes between the association and its members, or between several members, regarding its operation shall be referred to the administrative and judicial authorities of the State in which the headquarters of the association or consortium are located.

2. All disputes other than those referred to in paragraph 1 may be referred to the administrative and judicial authorities according to the ordinary rules applying in the territory of the States parties, unless those interested decide to refer such disputes to a tribunal which they may designate.

3. The States parties will take the necessary measures in order to ensure the execution on their territory of decisions and judgments, relating to the above provisions.

Article 10

The associations or consortia created according to this agreement shall remain in effect after the denunciation of this agreement, though without prejudice to the provisions of Article 7, paragraph 3.

les réunions desdits organes et d'en recevoir les ordres du jour et procès-verbaux.

Article 8

Les prestations ou fournitures dont l'association ou syndicat sera chargé sur le territoire de ses membres, en conformité avec ses statuts, seront effectuées sous sa responsabilité et à la décharge complète de ceux-ci. L'association ou syndicat en sera également responsable envers les usagers et les tiers. Toutefois, ceux-ci conserveront contre les autorités locales, aux lieux et places desquelles les prestations ou fournitures auront été effectuées, tous les droits, actions et recours dont ils bénéficieraient à l'égard desdites autorités si celles-ci avaient conservé par-devers elles la charge d'effectuer les prestations ou fournitures. Les autorités qui auront fait l'objet de tels actions ou recours disposeront d'une action récursoire contre l'association ou le syndicat.

Article 9

1. A défaut de conciliation, les contestations relatives au fonctionnement de l'association ou syndicat et opposant celui-ci à ses membres, ou deux ou plusieurs membres entre eux, sont portées devant les autorités administratives et judiciaires de l'Etat dans lequel l'association ou syndicat a son siège.

2. Tous autres litiges que ceux prévus au paragraphe 1 sont portés devant les autorités administratives et les juridictions compétentes selon les règles ordinaires applicables sur le territoire des Etats parties, à moins que les intéressés ne conviennent de confier la solution du litige à une instance arbitrale qu'ils désignent.

3. Les Etats parties prendront les mesures nécessaires pour assurer sur leur territoire l'exécution des décisions et jugements relevant des dispositions qui précèdent.

Article 10

Les syndicats et associations constitués en application du présent accord subsistent après la dénonciation de celui-ci, sans préjudice toutefois des dispositions de l'article 7, paragraphe 3.

gierte die Möglichkeit hat, an allen Sitzungen der genannten Organe teilzunehmen und ihre Tagesordnungen und Protokolle zu erhalten.

Artikel 8

Die Lieferungen oder Leistungen, mit denen die Vereinigung oder der Verband nach der Satzung im Hoheitsgebiet ihrer bzw. seiner Mitglieder beauftragt ist, werden unter ihrer bzw. seiner Verantwortung und bei völliger Entlastung der Mitglieder durchgeführt. Die Vereinigung oder der Verband ist dafür auch gegenüber Benutzern und Dritten verantwortlich. Diese behalten jedoch gegenüber den örtlichen Behörden, zu deren Gunsten und in deren Namen die Lieferungen oder Leistungen durchgeführt werden, alle Klage- und Beschwerderechte, die ihnen gegenüber den genannten Behörden zustünden, wenn diese weiterhin verpflichtet wären, die Lieferungen oder Leistungen vorzunehmen. Den Behörden, gegen die eine solche Klage erhoben oder eine solche Beschwerde eingelegt worden ist, steht ein Rückgriffsanspruch gegenüber der Vereinigung oder dem Verband zu.

Artikel 9

(1) Kommt es nicht zu einem Vergleich, so werden die Streitigkeiten zwischen der Vereinigung oder dem Verband und den Mitgliedern oder zwischen zwei oder mehr Mitgliedern untereinander über die Arbeitsweise der Vereinigung oder des Verbands vor die Verwaltungsbehörden und Gerichte des Staates gebracht, in dem sich der Sitz der Vereinigung oder des Verbands befindet.

(2) Alle anderen Streitigkeiten werden vor die Verwaltungsbehörden und Gerichte gebracht, die nach den üblichen im Hoheitsgebiet der Vertragsstaaten geltenden Vorschriften zuständig sind, sofern nicht die Beteiligten vereinbaren, die Lösung der Streitigkeit einer von ihnen bezeichneten Schiedsstelle zu übertragen.

(3) Die Vertragsstaaten treffen die erforderlichen Maßnahmen, um in ihrem Hoheitsgebiet die Durchführung der Entscheidungen und Urteile zu gewährleisten, die sich aus den vorstehenden Bestimmungen ergeben.

Artikel 10

Die Verbände und Vereinigungen, die nach dieser Vereinbarung gebildet werden, bestehen nach Kündigung der Vereinbarung weiter, jedoch unbeschadet des Artikels 7 Absatz 3.

2. Outline Agreements, Statutes and Contracts between Local Authorities

Introductory note:

Outline agreements, contracts and statutes intended for local authorities

Like States, local authorities could be offered a choice of agreements and contracts. In fact, such a choice already exists in a number of countries, as is shown by the appreciable volume of documentation on agreements concluded that has already been assembled.

The proposed system comprises six outline agreements, contracts and statutes corresponding to different degrees and formulae of local transfrontier co-operation. According to the scope and state of national legislation, these outlines may either be put to immediate use or may be subordinated to the adoption of an inter-state agreement governing their use.

In general, the conclusion of inter-state agreements, even when it does not seem absolutely essential, could help to clarify the conditions on which these agreements may be used by the local authorities. In any event, the conclusion of an inter-state agreement would seem to be a prerequisite for recourse to the agreement numbered 2.6 (transfrontier co-operation organs).

This system of outline agreements intended for local authorities corresponds to the model inter-state agreements. Reference is made to the inter-state agreements in the introductory note to each outline.

It is then possible to integrate the agreements and organs set up at local level, into the structures of transfrontier consultation to be set up at regional or national level. For example, the local liaison committees (outline 2.1) could be integrated into the structure of the Commissions, Committees and working parties stipulated in the model inter-state agreement on regional transfrontier consultation (1.2).

Also, these models have been designed on a schematic basis, as it was not possible to take a global view of all the problems that could arise in each particular case. The outlines are a valuable guide, but may be amended according to the

2. Schémas d'accords, de statuts et de contrats à conclure entre autorités locales

Note liminaire:

Les schémas d'accords, de contrats et de statuts destinés aux autorités locales

De la même manière que pour les Etats, les collectivités locales devraient disposer d'un certain choix d'accords et de contrats, choix qui existe déjà aujourd'hui dans un certain nombre d'Etats, comme le démontre la documentation assez nombreuse réunie sur les accords.

Le système proposé comporte six schémas d'accords, de contrats et de statuts correspondant à des degrés et à des formules différentes de coopération transfrontalière locale. Ces schémas sont, selon l'objet et l'état des législations nationales, soit susceptibles d'une utilisation immédiate, soit subordonnés à l'adoption d'un accord interétatique réglant leur utilisation.

D'une manière générale, la conclusion d'accords interétatiques, même là où elle ne paraît pas absolument indispensable, pourrait contribuer à préciser les conditions de recours à ces accords de la part des collectivités locales. La conclusion d'accords interétatiques paraît s'imposer en tout cas pour le recours à l'accord visé sous 2.6 (organes de coopération transfrontalière).

Le système de ces schémas d'accords destinés aux collectivités locales, correspond aux modèles d'accords interétatiques. On trouvera une référence aux accords interétatiques dans les notes liminaires précédant chaque schéma.

Il est dès lors possible d'intégrer les accords et organismes créés au niveau local et les structures de concertation transfrontalière qui seraient mises en place aux niveaux régional ou national. Ainsi, par exemple, les groupes locaux de concertation (voir schéma 2.1) pourraient s'intégrer à la structure des Commissions, Comités et groupes de travail prévus dans le modèle d'accord interétatique sur la concertation régionale transfrontalière (voir 1.2).

Il y a lieu aussi de mentionner que ces modèles ont été conçus sur une base schématique, car il n'est pas possible d'imaginer l'ensemble des problèmes qui peuvent se poser dans chaque cas d'espèce. Ces schémas constituent un

2. Grundrisse von Vereinbarungen, Satzungen und Verträgen, die zwischen den örtlichen Behörden geschlossen werden

Einleitende Bemerkung:

Grundrisse von Vereinbarungen, Verträgen und Satzungen für örtliche Behörden

Wie den Staaten werden den örtlichen Körperschaften eine Reihe von Vereinbarungen und Verträgen zur Auswahl angeboten. Eine solche Auswahl besteht bereits in einer Anzahl von Staaten, wie sich aus dem erheblichen Umfang der bereits zusammengestellten Dokumentation über geschlossene Vereinbarungen ergibt.

Das vorgeschlagene System umfaßt sechs Grundrisse von Vereinbarungen, Verträgen und Satzungen, die verschiedenen Graden und Möglichkeiten der örtlichen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit entsprechen. Je nach dem Zweck und dem Stand der innerstaatlichen Rechtsvorschriften können diese Grundrisse entweder unmittelbar angewendet werden oder bedürfen einer zwischenstaatlichen Vereinbarung über ihre Anwendung.

Allgemein könnte der Abschluß zwischenstaatlicher Vereinbarungen auch dort, wo er nicht unbedingt erforderlich scheint, dazu beitragen, die Bedingungen zu klären, unter denen diese Vereinbarungen von den örtlichen Körperschaften verwendet werden können. Der Abschluß zwischenstaatlicher Vereinbarungen erscheint in jedem Fall erforderlich, wenn die unter Ziffer 2.6 bezeichnete Vereinbarung (Organe für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit) angewendet werden soll.

Das System dieser Grundrisse von Vereinbarungen, die für örtliche Körperschaften bestimmt sind, entspricht den zwischenstaatlichen Mustervereinbarungen. Ein Hinweis auf die zwischenstaatlichen Vereinbarungen findet sich in den einleitenden Bemerkungen vor jedem Grundriß.

Auf diese Weise kann man die auf örtlicher Ebene geschaffenen Vereinbarungen und Organe und die Formen der grenzüberschreitenden Abstimmung, die auf regionaler oder nationaler Ebene gewählt werden, einbeziehen. So ließen sich beispielsweise die örtlichen Abstimmungsgruppen (siehe Grundriß 2.1) in den Aufbau der in der zwischenstaatlichen Mustervereinbarung über die regionale grenzüberschreitende Abstimmung (siehe 1.2) vorgesehenen Kommissionen, Ausschüsse und Arbeitsgruppen einbeziehen.

Es ist auch darauf hinzuweisen, daß diese Muster schematisch aufgebaut sind, denn es ist nicht möglich, sich alle Probleme vorzustellen, die sich im Einzelfall ergeben können. Diese Grundrisse stellen eine wertvolle Richtschnur dar,

needs encountered by the local authorities using them.

Likewise, local authorities must determine means of encouraging citizen participation in transfrontier consultation in the socio-cultural sphere. Such participation would certainly overcome the psychological obstacles sometimes seriously impeding transfrontier co-operation. Consultation, supported by public interest, would also benefit from a solid foundation. One way of encouraging public participation would be to have recourse to an association. Thus, one of the outlines (2.3) concerns the setting up of a private law association.

2.1 Outline agreement on the setting up of a consultation group between local authorities

Introductory note:

Normally, the creation of such a group is possible without the need for inter-state agreements. There are numerous examples of such a possibility. However, if legal or other uncertainties exist, an inter-state agreement would provide the conditions under which such consultation could be used (see model agreement 1.3).

Purpose of the group and headquarters

Article 1

The local authorities Parties to this agreement undertake to co-ordinate their efforts in the following fields within their powers (specify the field(s) of responsibility or refer to "local problems"). For this purpose, they hereby establish a Consultation Group, hereinafter referred to as "the Group", with headquarters at

The Group's function shall be to ensure the exchange of information, co-ordination and consultation between its members in the fields specified in the preceding sub-paragraph. The member authorities undertake to supply it with all information necessary for the discharge of its function and to consult each other, via the Group, prior to the adoption of decisions or measures affecting the fields specified above.

Membership

Article 2

Each participating local authority shall be represented in the Group by a delega-

guide précieux, mais ils pourront être modifiés selon les nécessités rencontrées par les collectivités locales qui en feraient usage.

Il appartiendra également aux collectivités locales de déterminer la manière dont elles entendent faire participer les citoyens à la concertation transfrontalière, notamment dans le domaine socio-culturel. Une telle participation contribuerait sans aucun doute à lever certains obstacles à la coopération transfrontalière. La concertation appuyée par l'intérêt des citoyens bénéficierait ainsi d'une base solide. Un des moyens d'instituer la participation du public pourrait être le recours à une association. Ainsi, l'un des schémas d'accords (voir 2.3) concerne la création d'une association de droit privé.

2.1 Schéma d'accord pour la création d'un groupe de concertation entre autorités locales

Note liminaire:

Normalement, il est possible de créer ce type de groupe sans avoir recours à des accords interétatiques. De nombreux exemples témoignent de cette possibilité. Toutefois, si des incertitudes de caractère juridique ou autre subsistaient, il conviendrait que les conditions de recours à ce type de concertation soient fixées dans un accord interétatique (voir modèle 1.3).

But du groupe de concertation et siège

Article 1

Les autorités locales (Parties) s'engagent à se concerter dans les domaines suivants relevant de leur compétence (spécifier le domaine ou les domaines de compétence, ou éventuellement se référer aux «problèmes locaux de voisinage»). A cette fin, elles instituent un groupe de concertation ci-après dénommé «groupe» dont le siège est à

La mission du groupe est d'assurer l'échange d'informations, la concertation et la consultation entre ses membres dans les domaines définis à l'alinéa précédent. Les autorités membres s'engagent à lui transmettre toutes les informations nécessaires à l'accomplissement de sa mission et à se consulter en son sein préalablement à l'adoption des décisions ou mesures intéressant les domaines susmentionnés.

Membres du groupe

Article 2

Chaque autorité locale Partie est représentée au groupe par une délégation de

können jedoch je nach den Bedürfnissen der örtlichen Körperschaften, die sie verwenden, verändert werden.

Die örtlichen Körperschaften müssen ferner entscheiden, in welcher Weise die Bürger an der grenzüberschreitenden Abstimmung, insbesondere im sozio-kulturellen Bereich, beteiligt werden sollen. Eine solche Beteiligung trüge zweifellos dazu bei, bestimmte Hindernisse für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit aus dem Weg zu räumen. Die auf die Interessen der Bürger gegründete Zusammenarbeit hätte so eine solide Grundlage. Ein Weg zur Ermutigung der Beteiligung durch die Allgemeinheit wäre die Schaffung einer Vereinigung. Daher betrifft einer der Vereinigungsgrundrisse (siehe 2.3) die Schaffung einer privatrechtlichen Vereinigung.

2.1 Grundriß einer Vereinbarung zur Schaffung einer Gruppe für die Abstimmung zwischen örtlichen Behörden

Einleitende Bemerkung:

Normalerweise ist die Schaffung dieser Art von Gruppe ohne zwischenstaatliche Vereinbarung möglich. Zahlreiche Beispiele beweisen dies. Wenn es jedoch noch rechtliche oder sonstige Ungewissheiten gibt, ist es zweckmäßig, die Bedingungen für den Einsatz dieser Abstimmungsart in einer zwischenstaatlichen Vereinbarung festzulegen (siehe Muster 1.3).

Ziel der Abstimmungsgruppe und Sitz

Artikel 1

Die örtlichen Behörden (Vertragsparteien) verpflichten sich, sich auf folgenden in ihren Zuständigkeitsbereich fallenden Gebieten abzustimmen: (Aufführung des oder der Zuständigkeitsbereiche oder möglicherweise Bezugnahme auf „örtliche Nachbarschaftsprobleme“). Zu diesem Zweck bilden sie eine Abstimmungsgruppe, im folgenden als „Gruppe“ bezeichnet, deren Sitz sich in befindet.

Der Auftrag der Gruppe besteht darin, den Informationsaustausch, die Abstimmung und die Konsultation zwischen ihren Mitgliedern in den in Absatz 1 aufgeführten Bereichen zu gewährleisten. Die Mitgliedbehörden verpflichten sich, ihr alle zur Erfüllung ihres Auftrags erforderlichen Informationen zu übermitteln und sich innerhalb der Gruppe zu konsultieren, bevor Entscheidungen oder Maßnahmen getroffen werden, welche die vorstehend genannten Bereiche betreffen.

Mitglieder der Gruppe

Artikel 2

Jede teilnehmende örtliche Behörde wird in der Gruppe durch eine Delegation

tion of ... members appointed by it. Each delegation may, with the Group's agreement, be accompanied by representatives of private socio-economic bodies and by experts (this alternative excludes entities other than local authorities from membership, which distinguishes this arrangement from the private law association dealt with under 2.3).

Possible variant: The number of members in each delegation may vary. Membership shall be open to local and regional authorities, socio-economic groups and private persons subscribing to this agreement. The Group shall decide on the admission of new members. Each delegation may, with the Group's agreement, be accompanied by representatives of private bodies and by experts.

Terms of reference

Article 3

The Group may deliberate on all matters specified in Article 1. All questions on which a consensus is reached, and recommendations which the Group decides to make to the relevant authorities or groups, shall be recorded in the minutes.

The Group shall be authorised to commission studies and investigations on matters within its competence.

Article 4

The members of the Group may agree to entrust the Group with the execution of certain well-defined practical duties. The Group may also carry out any tasks entrusted to it by other agencies.

Operation

Article 5

The Group shall draw up its own rules of procedure.

Article 6

The Group shall, as a general rule, be convened twice a year, or at the request of one-third of its members proposing the entry of an item on its agenda.

Notice of the meeting must be given and the agenda circulated at least 15 days in advance, in order that the deliberations may be prepared by each of the institutions represented.

Article 7

The Group shall appoint from among its members a permanent Bureau whose membership and powers it shall determine.

... membres délégués par elle. Chaque délégation peut en accord avec le groupe se faire accompagner de représentants d'organismes socio-économiques privés et d'experts (cette variante exclut la participation à titre de membres d'entités autres que les autorités locales, ce qui différencierait cette formule de l'association de droit privé visée sous 2.3).

Variante possible: Le nombre de membres de chaque délégation peut varier. Peut-être devenir membres du groupe les autorités locales et régionales, les groupes socio-économiques et les personnes physiques qui souscriront au présent accord. Le groupe décide de l'admission de nouveaux membres. Chaque délégation peut, en accord avec le groupe, se faire accompagner de représentants d'organismes privés ou d'experts.

Attribution du groupe

Article 3

Le groupe peut délibérer de toutes les questions indiquées à l'article 1. Le procès-verbal enregistrera toutes les questions à propos desquelles s'est dégagé un consensus ainsi que les recommandations qu'il est convenu d'adresser aux autorités ou groupements concernés.

Le groupe est habilité à faire procéder à des études et des enquêtes sur les questions de sa compétence.

Article 4

Les membres du groupe peuvent convenir de confier au groupe l'exécution de certaines tâches d'ordre pratique bien délimitées. Le groupe peut en outre accomplir toutes les missions qui lui sont confiées par d'autres institutions.

Fonctionnement du groupe

Article 5

Le groupe arrête son règlement intérieur.

Article 6

Le groupe est convoqué en règle générale deux fois par an ou sur demande d'un tiers des membres proposant l'inscription d'un point à l'ordre du jour.

La convocation et l'envoi de l'ordre du jour doit intervenir au moins 15 jours à l'avance afin de permettre la préparation des délibérations au sein de chaque institution représentée.

Article 7

Le groupe désigne en son sein un bureau permanent dont il détermine les attributions et la composition.

von ... Mitgliedern vertreten, die von ihr beauftragt werden. Jede Delegation kann sich im Einvernehmen mit der Gruppe von Vertretern privater sozio-ökonomischer Organe und von Sachverständigen begleiten lassen (diese Alternative schließt die Teilnahme anderer Gremien als örtlicher Behörden in der Eigenschaft als Mitglied aus, was diese Möglichkeit von der privatrechtlichen Vereinigung nach 2.3 unterscheidet).

Mögliche Alternative: Die Anzahl der Mitglieder jeder Delegation kann unterschiedlich sein. Mitglieder der Gruppe können die örtlichen und regionalen Behörden, die sozio-ökonomischen Gruppen und die natürlichen Personen werden, die diese Vereinbarung unterschreiben. Die Gruppe beschließt über die Aufnahme neuer Mitglieder. Jede Delegation kann sich im Einvernehmen mit der Gruppe von Vertretern privater Organe oder von Sachverständigen begleiten lassen.

Aufgaben der Gruppe

Artikel 3

Die Gruppe kann über alle in Artikel 1 genannten Fragen beraten. Das Protokoll verzeichnet alle Fragen, in denen Übereinstimmung erzielt wurde, sowie die Empfehlungen, deren Übermittlung an die betreffenden Behörden oder Gruppen vereinbart wurde.

Die Gruppe ist befugt, Untersuchungen und Ermittlungen über Fragen ihres Zuständigkeitsbereichs durchführen zu lassen.

Artikel 4

Die Mitglieder der Gruppe können vereinbaren, der Gruppe die Durchführung bestimmter genau abgegrenzter Aufgaben praktischer Art zu übertragen. Die Gruppe kann außerdem alle Aufträge erfüllen, die ihr von anderen Institutionen übertragen werden.

Arbeitsweise der Gruppe

Artikel 5

Die Gruppe gibt sich eine Geschäftsordnung.

Artikel 6

Die Gruppe wird in der Regel zweimal im Jahr oder auf Antrag eines Drittels der Mitglieder, die einen Punkt für die Tagesordnung vorschlagen, einberufen.

Die Einberufung und die Zusendung der Tagesordnung muß mindestens 14 Tage im voraus erfolgen, um die Vorbereitung der Beratungen innerhalb jeder vertretenen Institution zu ermöglichen.

Artikel 7

Die Gruppe ernannt aus ihren Reihen einen ständigen Vorstand, dessen Befugnisse und Zusammensetzung sie festlegt.

The Chair shall be taken in accordance with the rules of procedure or, where they do not apply, by the oldest member present.

La présidence est exercée conformément au règlement intérieur et à défaut par le doyen d'âge.

Der Vorsitz wird entsprechend der Geschäftsordnung oder, wenn dort nichts vorgesehen ist, durch das älteste Mitglied ausgeübt.

Relations with outside persons and higher authorities

Article 8

In relations with outside persons, the Group shall be represented by its Chairman, except as otherwise provided for in the rules of procedure. Higher authorities, to which members of the Group belong, may obtain from the Group such information as they may request on the Group's work and shall be authorised to send an observer to its meetings.

Relations avec les tiers et les autorités supérieures

Article 8

Dans ses rapports avec les tiers, le groupe est représenté par son Président sauf dispositions particulières du règlement intérieur. Les autorités supérieures dont relèvent les membres du groupe peuvent obtenir de celui-ci, à leur demande, toute information sur les travaux du groupe et sont habilitées à y envoyer un observateur.

Beziehungen zu Dritten und zu den übergeordneten Behörden

Artikel 8

In ihren Beziehungen zu Dritten wird die Gruppe durch ihren Vorsitzenden vertreten, sofern nicht die Geschäftsordnung besondere Bestimmungen enthält. Die übergeordneten Behörden, denen die Mitglieder der Gruppe unterstehen, können von ihr auf Antrag alle Informationen über die Arbeit der Gruppe erhalten und sind befugt, einen Beobachter zu ihren Sitzungen zu entsenden.

Secretariat and finance

Article 9

Secretarial services shall be provided by one of the member institutions (with or without a system of annual replacement).

Each authority shall be required to contribute to the cost of secretarial services as specified hereunder:

Secrétariat et financement

Article 9

Le secrétariat est assuré par l'une des institutions membres (avec ou non un système de renouvellement tous les ans).

Chaque collectivité est tenue de contribuer aux frais de secrétariat selon les modalités fixées ci-après:

Sekretariat und Finanzierung

Artikel 9

Das Sekretariat wird von einer der Mitgliedinstitutionen übernommen (mit oder ohne jährliche Ablösung).

Jede Körperschaft hat zu den Sekretariatskosten nach den nachstehend festgelegten Modalitäten beizutragen:

Information and documentation shall normally be circulated in the language of the State from which it originates.

En principe, l'envoi des informations et de la documentation se fait dans la langue de l'Etat d'où elles émanent.

Grundsätzlich werden die Informationen und die Dokumentation in der Sprache des Staates versandt, aus dem sie kommen.

Accession and withdrawal

Article 10

Membership of the Group shall be open to such additional local and regional authorities as may subscribe to this agreement. The Group shall decide on the admission of new members.

Adhésions et retraits

Article 10

Peuvent devenir membres du groupe les autorités locales et régionales qui souscriront au présent accord. Le groupe décide de l'admission de nouveaux membres.

Beitritt und Austritt

Artikel 10

Mitglieder der Gruppe können die örtlichen und regionalen Behörden werden, die diese Vereinbarung unterschreiben. Die Gruppe entscheidet über die Aufnahme neuer Mitglieder.

Article 11

Any member may withdraw from the Group by notifying the Chairman to that effect. The withdrawal of a member from the Group shall not affect its operation unless otherwise decided upon by the Group.

Article 11

Tout membre peut se retirer du groupe par simple notification de sa décision au Président. Le retrait d'un membre n'affecte pas le fonctionnement du groupe sauf délibération formelle du groupe.

Artikel 11

Jedes Mitglied kann aus der Gruppe durch einfache Notifikation seines Beschlusses an den Vorsitzenden austreten. Der Austritt eines Mitglieds berührt die Arbeitsweise der Gruppe nicht, sofern nicht die Gruppe etwas anderes beschließt.

Article 12

The Parties shall inform the Secretary General of the Council of Europe of the conclusion of this agreement and supply him with the text.

Article 12

Les Parties informeront le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe de la conclusion de cet accord et lui en transmettront le texte.

Artikel 12

Die Vertragsparteien unterrichten den Generalsekretär des Europarats über den Abschluß dieser Vereinbarung und übermitteln ihm den Wortlaut.

2.2 Outline agreement on co-ordination in the management of transfrontier local public affairs

2.2 Schéma d'accord pour la coordination dans la gestion d'affaires publiques locales transfrontalières

2.2 Grundriß einer Vereinbarung zur Koordinierung bei der Abwicklung der grenzüberschreitenden örtlichen öffentlichen Angelegenheiten

Introductory note:

In several States this type of transfrontier co-operation agreement is already possible. Where this is not the case, the

Note liminaire:

Dans plusieurs Etats, ce type d'accord de coordination transfrontalière est d'ores et déjà possible. Si cela n'était pas

Einleitende Bemerkung:

In mehreren Staaten ist diese Art von Vereinbarung zur grenzüberschreitenden Koordinierung schon jetzt möglich. Sollte

conditions under which such an agreement could be used should be defined within the framework of an inter-state agreement (see model agreement 1.3).

le cas, les conditions de recours à ce type d'accord devraient être fixées dans le cadre d'un arrangement interétatique préalable (voir modèle 1.3).

dies nicht der Fall sein, so müßten die Bedingungen für die Anwendung dieser Vereinbarungsart im Rahmen einer vorausgehenden zwischenstaatlichen Vereinbarung festgelegt werden (siehe Muster 1.3).

Purpose of the agreement

Article 1

Article 1 specifies the purpose of the agreement (e.g. harmonious development of frontier regions) and the fields concerned.

But de l'accord

Article 1

L'article 1 définit le but et l'objet de l'accord (par exemple la recherche d'un développement harmonisé de la région frontalière) et les domaines concernés.

Ziel der Vereinbarung

Artikel 1

Artikel 1 bezeichnet das Ziel und den Gegenstand der Vereinbarung (z. B. das Streben nach einer einheitlicheren Entwicklung der Grenzregion) und die betroffenen Bereiche.

Territory covered by the agreement

Article 2

Article 2 should specify the territories covered by the agreement on either side (or on all three sides) of the frontier.

Territoire visé par l'accord

Article 2

Il y a lieu de préciser à l'article 2 les territoires visés par l'accord des deux (ou trois) côtés de la frontière.

Geltungsbereich der Vereinbarung

Artikel 2

In Artikel 2 ist auf die Hoheitsgebiete hinzuweisen, für welche die Vereinbarung auf zwei (oder drei) Seiten der Grenze gilt.

Undertakings

Article 3

Article 3 should define the means of achieving the aims of the agreement (Article 1). According to the material purpose of the agreement, the following undertakings may be specified:

Engagement

Article 3

Cet article définit les conditions qui permettent de réaliser les buts de l'accord (article 1). Selon l'objet matériel de l'accord, les engagements suivants peuvent être prévus:

Verpflichtungen

Artikel 3

Dieser Artikel legt die Bedingungen fest, welche die Verwirklichung der Ziele der Vereinbarung (Artikel 1) ermöglichen. Je nach dem materiellen Gegenstand der Vereinbarung können folgende Verpflichtungen vorgesehen werden:

- the Parties undertake to comply with a prior consultation procedure before reaching decisions on a number of measures they have to take within the limits of their powers and of the territory administered by them;
- the Parties undertake, within their territory and within the limits of their powers, to take the measures necessary to the achievement of the agreement's objectives;
- the Parties undertake to do nothing detrimental to the objectives of this agreement.

- les Parties s'engagent à se soumettre à une procédure de consultation préalable avant la prise des décisions pour un certain nombre de mesures qu'elles ont à prendre dans les limites de leurs attributions et du territoire qu'elles administrent;
- les Parties s'engagent à entreprendre sur leur territoire et dans les limites de leurs attributions, les mesures nécessaires à la réalisation des objectifs visés à l'accord;
- les Parties s'engagent à ne rien faire qui puisse aller à l'encontre des objectifs communs visés par le présent accord.

- Die Vertragsparteien verpflichten sich, sich einem Konsultationsverfahren zu unterziehen, bevor Beschlüsse für verschiedene Maßnahmen gefaßt werden, die sie im Rahmen ihrer Zuständigkeiten und in dem Hoheitsgebiet, das sie verwalten, treffen müssen;
- die Vertragsparteien verpflichten sich, in ihrem Hoheitsgebiet und im Rahmen ihrer Zuständigkeiten die Maßnahmen zu treffen, die zur Verwirklichung der Ziele dieser Vereinbarung erforderlich sind;
- die Vertragsparteien verpflichten sich, alles zu unterlassen, was den Zielen dieser Vereinbarung zuwiderlaufen könnte.

Co-ordination

Article 4

Article 4 should specify, in accordance with the particular circumstances and requirements of each agreement, the arrangements for co-ordination:

Coordination

Article 4

Il est précisé à l'article 4, selon les circonstances et les nécessités propres à chaque accord, les conditions dans lesquelles se déroule la coordination:

Koordinierung

Artikel 4

In Artikel 4 werden je nach den Umständen und Erfordernissen jeder Vereinbarung die Bedingungen festgelegt, unter denen die Koordinierung durchgeführt wird:

- either by designating for co-ordination purposes the general purpose group referred to in outline agreement 2.1;
- or by providing for the establishment of a specific consultation group for the purpose of this agreement;
- or simply by means of direct bilateral contracts between the authorities concerned.

- soit en désignant en tant que groupe de concertation le groupe à compétence générale visé par le schéma d'accord 2.1,
- soit en prévoyant la création d'un groupe de consultation spécifique pour l'objet visé à cet accord,
- soit encore par la voie de simples contacts directs bilatéraux au niveau des autorités concernées.

- entweder durch Bezeichnung der im Vereinbarungsgrundriß 2.1 angeführten Gruppe mit allgemeiner Zuständigkeit als Abstimmungsgruppe
- oder durch Schaffung einer besonderen Konsultationsgruppe für den in dieser Vereinbarung genannten Gegenstand
- oder aber auf dem Weg über einfache unmittelbare zweiseitige Kontakte auf der Ebene der betreffenden Behörden.

Conciliation

Article 5

Each member of the Group (each Party, if there is no Group) may raise with the Group (the other Party, if there is no Group) any case in which it considers that the agreement has not been observed in that:

- either there has been no prior consultation;
- or the measures taken are not in keeping with the agreement;
- or the measures necessary to the achievement of the aims of the agreement have not been taken.

If the Parties fail to reach agreement, the dispute may be referred to a Conciliation Board entrusted with ensuring compliance with the undertakings entered into.

Controlling Body

Article 6

The Parties may agree to set up a specific Controlling Body to ensure compliance with the undertakings entered into, composed of an equal number of experts appointed by each Party and a neutral expert whose appointment or the mode of such appointment shall be provided for in advance.

The Controlling Body shall give an opinion, which it shall have the authority to make public, as to whether the agreement has been observed.

Article 7

The Parties shall inform the Secretary General of the conclusion of this agreement and supply him with the text.

2.3 Outline agreement on the setting up of private law transfrontier associations

Introductory note:

It is assumed that the local authority of one State may belong to a private law association of another State in accordance with the same rules and conditions as apply to that local authority's membership of a private law association in its own State. If such is not the case at present, the possibility should be expressly provided for by means of an inter-state agreement between the States concerned (see inter-state model agreements 1.3 and 1.4).

Private associations are normally required to comply with rules laid down in

Conciliation

Article 5

Chaque membre du groupe de concertation (chaque Partie s'il n'y a pas de groupe) peut saisir le groupe (l'autre Partie s'il n'y a pas de groupe) chaque fois qu'elle considère que l'accord n'a pas été appliqué:

- soit que la consultation préalable n'est pas intervenue,
- soit que les mesures prises ne sont pas conformes à l'accord,
- soit que les mesures nécessaires à la réalisation de l'objectif de l'accord n'ont pas été prises.

Si les Parties ne parviennent pas à un accord, elles peuvent recourir à une commission de conciliation chargée de contrôler le respect des engagements.

Instance de contrôle

Article 6

Les Parties peuvent convenir de la création d'une instance spécifique de contrôle du respect des engagements composée d'un nombre égal d'experts désignés par les deux parties et d'un expert neutre dont la désignation ou le mode de désignation est prévu à l'avance.

L'instance de contrôle exprime son avis sur le respect ou le non respect de l'accord. Elle est habilitée à rendre public son avis.

Article 7

Les Parties informeront le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe de la conclusion de cet accord et lui en transmettront le texte.

2.3 Schéma pour la création d'associations transfrontalières de droit privé

Note liminaire:

Il est présumé que la participation d'une collectivité locale d'un Etat à une association de droit privé d'un autre Etat est possible selon les mêmes règles et les mêmes conditions qui s'appliquent à la participation de ladite collectivité locale à une association de droit privé de son Etat. Si cela n'est pas le cas actuellement, cette possibilité devrait être expressément prévue dans le cadre d'un arrangement international entre les Etats concernés (voir modèles d'accords inter-étatiques 1.3 et 1.4).

Normalement, les associations de droit privé doivent se soumettre aux règles

Vergleich

Artikel 5

Jedes Mitglied der Abstimmungsgruppe (jede Vertragspartei, wenn es keine Gruppe gibt) kann sich an die Gruppe (an die andere Vertragspartei, wenn es keine Gruppe gibt) wenden, wenn sie der Auffassung ist, daß die Vereinbarung nicht angewendet wurde,

- entweder weil die vorherige Konsultation nicht durchgeführt wurde
- oder weil die getroffenen Maßnahmen der Vereinbarung nicht entsprechen
- oder weil die zur Verwirklichung des Zieles der Vereinbarung erforderlichen Maßnahmen nicht getroffen wurden.

Gelangen die Vertragsparteien nicht zu einer Einigung, so können sie sich an eine Vergleichskommission wenden, die beauftragt ist, die Einhaltung der Verpflichtungen zu überwachen.

Überwachungsinstanz

Artikel 6

Die Vertragsparteien können die Schaffung einer besonderen Instanz vereinbaren, welche die Einhaltung der Verpflichtungen überwacht; sie besteht aus einer gleichen Anzahl von Sachverständigen, die von den beiden Vertragsparteien ernannt werden, und aus einem neutralen Sachverständigen, dessen Ernennung oder Ernennungsverfahren im voraus vorgesehen ist.

Die Überwachungsinstanz gibt ein Gutachten über die Einhaltung oder Nichteinhaltung der Vereinbarung ab. Sie ist befugt, ihr Gutachten zu veröffentlichen.

Artikel 7

Die Vertragsparteien unterrichten den Generalsekretär des Europarats über den Abschluß dieser Vereinbarung und übermitteln ihm den Wortlaut.

2.3 Grundriß einer Vereinbarung zur Schaffung von grenzüberschreitenden privatrechtlichen Vereinigungen

Einleitende Bemerkung:

Es wird davon ausgegangen, daß die Beteiligung einer örtlichen Körperschaft eines Staates an einer privatrechtlichen Vereinigung eines anderen Staates nach denselben Regeln und unter denselben Bedingungen möglich ist, die für die Beteiligung der genannten örtlichen Körperschaft an einer privatrechtlichen Vereinigung ihres eigenen Staates gelten. Wenn dies gegenwärtig nicht der Fall ist, sollte diese Möglichkeit ausdrücklich im Rahmen einer internationalen Vereinbarung zwischen den betreffenden Staaten vorgesehen werden (siehe zwischenstaatliche Mustervereinbarungen 1.3 und 1.4).

Normalerweise müssen sich die privatrechtlichen Vereinigungen den Regeln

the law of the country where they have their headquarters. The following list shows the provisions which should be included in their Articles, where this is not specified by law. The provisions governing consultation groups (see outline agreement 2.1) may also apply, *mutatis mutandis*, to associations of this type.

prévues par la loi du pays où l'association a son siège. Ci-après figure la liste des dispositions que leur statut devrait fixer dans la mesure où la loi applicable ne le prévoit pas. Par ailleurs, les dispositions relatives au groupe de concertation (voir schéma 2.1) peuvent s'appliquer aussi, *mutatis mutandis*, à ce type d'associations.

unterwerfen, die im Recht des Staates vorgesehen sind, in dem die Vereinigung ihren Sitz hat. Nachstehend werden die Bestimmungen aufgeführt, die ihre Satzung festlegen müßte, soweit das anzuwendende Recht sie nicht vorsieht. Außerdem können die Bestimmungen über die Abstimmungsgruppe (siehe Grundriß 2.1) sinngemäß auch für diese Art von Vereinigungen gelten.

The association's Articles should specify:

Les statuts déterminent notamment:

Die Satzung bestimmt unter anderem

1. its founder members and the conditions for the admission of new members;
2. its name, headquarters and legal form (with reference to the relevant national legislation);
3. its object, the manner of achieving this object and the resources at the association's disposal;
4. its bodies and in particular the functions and mode of operation of its General Assembly (representation and voting);
5. appointment of administrators or executive officers and their powers;
6. the extent of members' liabilities vis-à-vis third parties;
7. conditions for modification of the Articles and for winding-up the association;
8. an undertaking by the Parties to inform the Secretary General of the Council of Europe of the formation of a trans-frontier association and to supply him with its Articles.

1. les membres fondateurs de l'association et les conditions d'adhésion de nouveaux membres;
2. le nom, le siège et la forme juridique de l'association (avec référence à la loi nationale);
3. l'objectif de l'association, les conditions de réalisation de ses objectifs et les moyens qu'elle a à sa disposition;
4. les organes de l'association et notamment les fonctions et le mode de fonctionnement de l'assemblée générale (modalités de représentation et vote);
5. la désignation des administrateurs ou des gérants et leur pouvoir;
6. la portée de l'engagement des associés vis-à-vis des tiers;
7. les conditions de modification des statuts et de dissolution;
8. l'engagement, pour les Parties, d'informer le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe de la création d'une association transfrontalière et de lui en communiquer les statuts.

1. die Gründungsmitglieder der Vereinigung und die Beitrittsbedingungen für neue Mitglieder;
2. den Namen, den Sitz und die Rechtsform der Vereinigung (unter Bezugnahme auf das innerstaatliche Recht);
3. das Ziel der Vereinigung, die Bedingungen für die Erreichung dieser Ziele und die Mittel, die ihr zur Verfügung stehen;
4. die Organe der Vereinigung und insbesondere die Aufgaben und die Arbeitsweise der Generalversammlung (Vertretung und Abstimmung);
5. die Bezeichnung der Verwalter oder Geschäftsführer und ihre Befugnisse;
6. den Umfang der Verpflichtungen der Mitglieder gegenüber Dritten;
7. die Voraussetzungen für die Satzungsänderung und die Auflösung der Vereinigung;
8. die Verpflichtung der Vertragsparteien, den Generalsekretär des Europarats über die Schaffung einer grenzüberschreitenden Vereinigung zu unterrichten und ihm die Satzung zu übermitteln.

2.4 Outline contract for the provision of supplies or services between local authorities in frontier areas ("private-law" type)

2.4 Schéma de contrat de fourniture ou de prestation de services entre collectivités locales frontalières (de type «droit privé»)

2.4 Grundriß eines („privatrechtlichen“) Vertrags über die Bereitstellung von Lieferungen oder Leistungen zwischen örtlichen Körperschaften in Grenzgebieten

Introductory note:

Note liminaire:

Einleitende Bemerkung:

It is assumed that local authorities have the right to conclude such a contract with local authorities of other countries. Where this is not the case, this possibility should be expressly provided for within the framework of an inter-state agreement (see model agreement 1.4).

Il est présumé que les collectivités locales sont habilitées à conclure un tel type de contrat avec des autorités locales d'autres pays. Si cela n'est pas le cas, cette possibilité devrait être prévue dans le cadre d'un accord interétatique (voir modèle 1.4).

Es wird davon ausgegangen, daß die örtlichen Körperschaften befugt sind, derartige Verträge mit den örtlichen Behörden anderer Staaten abzuschließen. Wenn dies nicht der Fall ist, sollte diese Möglichkeit im Rahmen einer zwischenstaatlichen Vereinbarung vorgesehen werden (siehe Muster 1.4).

This is a type of contract which may be used by local authorities for sales, leases, works contracts, the supply of goods or services, the granting of operating concessions, etc. Local authorities' use of "private-law" contracts is permitted to varying degrees in national legislation and practice and it is difficult to draw the line between "public-law" and "private-law" contracts. Nevertheless it may be assumed that this type of contract may be used wherever, according to the prevailing interpretation in each particular coun-

Il s'agit d'un type de contrat auquel peuvent avoir recours les collectivités locales pour la vente, la location, un marché de travaux, la fourniture de biens ou de prestations, la cession de droits d'exploitation, etc. Le recours par les collectivités locales à des contrats type «droit privé» est plus ou moins admis selon les législations et les pratiques nationales, et la distinction entre contrats types de «droit privé» et de «droit public» est difficile à tracer. Néanmoins, on admet que ce type de contrat peut être utilisé

Es handelt sich um einen Vertragstyp, dessen sich die örtlichen Körperschaften beim Verkauf, der Vermietung, auf dem Arbeitsmarkt, bei der Lieferung von Gütern oder Leistungen, bei der Abtretung von Nutzungsrechten usw. bedienen können. Die Verwendung „privatrechtlicher“ Verträge durch die örtlichen Körperschaften wird je nach den innerstaatlichen Rechtsvorschriften und Praktiken in mehr oder weniger großem Umfang zugestanden, und die Grenze zwischen „privatrechtlichen“ Verträgen und „öffentlich-

try, the agreement concerns an operation of a commercial or economic type for which a private person or corporate body could also have contracted. In the case of operations which involve action by local authorities in the exercise of functions reserved to public authority, the supplementary rules specified in the "public-law" outline contract (see 2.5) must be borne in mind, in addition to the provisions set out below.

Parties

Article 1 specifies the Parties (and whether the agreement is open to other local authorities).

Article 2 specifies the problems connected with general contractual powers and, in particular, beneficiaries and terms and conditions. It may also, where appropriate, specify the necessary reservations regarding authorisation by higher authorities, where this affects the applicability of the contract.

Object of the contract

Article 3 specifies the object of the contract by reference to:

- specific matters;
- geographical areas;
- corporate bodies (municipalities, national bodies with local powers, etc.);
- specific legal forms.

Article 4 specifies the duration of the contract, the conditions for renewal and any completion dates.

Legal regime and financial provisions

Article 5 indicates the place of signature and performance of the contract and specifies the legal regime by which it is governed (private international law) and the law which applies.

Article 6 deals, where appropriate, with financial questions (currency in which payment is to be made and the mode of price adjustment in the case of long-term services) and insurance.

Arbitration

Article 7 provides, if necessary, for a conciliation procedure and provides for an arbitration procedure.

chaque fois que, selon l'interprétation prévalant dans chaque pays, il s'agit d'une opération plutôt de type commercial ou économique qu'une personne physique ou morale de droit privé aurait également pu conclure. Pour toute opération qui comporte l'intervention des collectivités locales exerçant des attributions qui ne peuvent être le fait que de la puissance publique, il y a lieu de considérer, en plus des dispositions évoquées ci-après, les règles supplémentaires développées dans le contrat modèle de type «droit public» (voir 2.5).

Parties

L'article 1 désigne les Parties (et précise si l'accord est ouvert ou non à d'autres collectivités locales).

L'article 2 précise les problèmes liés à la faculté générale de contracter et en particulier les bénéficiaires, les modalités et les conditions. S'il y a lieu, il fait également état des réserves nécessaires quant à l'autorisation à accorder par les autorités supérieures dans la mesure où elles conditionnent l'applicabilité du contrat.

Objet du contrat

L'article 3 fixe l'objet du contrat en référence:

- à des matières déterminées;
- à des zones géographiques;
- à des personnes (communes, organismes nationaux à compétence locale, etc.);
- à des formes juridiques déterminées.

L'article 4 stipule la durée du contrat, les conditions de reconduction et les délais éventuels de réalisation.

Régime juridique et économique du contrat

L'article 5 indique le lieu de signature et d'exécution du contrat et précise le régime juridique du contrat (droit international privé) et le droit applicable.

L'article 6 stipule s'il y a lieu des questions liées au régime monétaire (monnaie dans laquelle doit être payé le prix ainsi que le mode de réévaluation pour les prestations de longue durée) et les problèmes d'assurance.

Procédure d'arbitrage

L'article 7 prévoit s'il y a lieu une procédure de conciliation et prévoit une procédure d'arbitrage.

rechtlichen" Verträgen ist schwer zu ziehen. Trotzdem wird zugestanden, daß dieser Vertragstyp verwendet werden kann, wenn es sich nach der vorherrschenden Auslegung in jedem Staat um ein eher kommerzielles oder wirtschaftliches Geschäft handelt, das auch eine natürliche oder juristische Person des privaten Rechts hätte abschließen können. Für jede Maßnahme, an der örtliche Körperschaften beteiligt sein müssen, die Befugnisse ausüben, die nur Sache des Staates sein können, müssen außer den nachstehend angeführten Bestimmungen die Zusatzvorschriften berücksichtigt werden, die im „öffentlich-rechtlichen" Mustervertrag (siehe 2.5) enthalten sind.

Vertragsparteien

Artikel 1 bezeichnet die Vertragsparteien (und führt aus, ob die Vereinbarung anderen örtlichen Körperschaften offensteht oder nicht).

Artikel 2 führt die mit der allgemeinen Befugnis zum Vertragsabschluß verbundenen Probleme und insbesondere die Begünstigten und die Bedingungen auf. Gegebenenfalls enthält er auch die erforderlichen Vorbehalte in bezug auf die Genehmigung durch übergeordnete Behörden, soweit diese Vorbehalte die Anwendbarkeit des Vertrags berühren.

Gegenstand des Vertrags

Artikel 3 bestimmt den Gegenstand des Vertrags unter Bezugnahme auf

- bestimmte Angelegenheiten
- geographische Gebiete
- Betroffene (Gemeinden, nationale Gremien mit örtlicher Zuständigkeit usw.)
- bestimmte Rechtsformen.

Artikel 4 bestimmt die Vertragsdauer, die Bedingungen für eine Verlängerung und mögliche Fristen für die Durchführung.

Rechtliche und wirtschaftliche Ausgestaltung des Vertrags

Artikel 5 gibt den Ort der Unterzeichnung und der Ausführung des Vertrags an und weist auf das Rechtssystem des Vertrags (internationales Privatrecht) und das geltende Recht hin.

Artikel 6 behandelt gegebenenfalls finanzielle Fragen (Währung, in der die Zahlung geleistet werden muß, sowie die Methode der Preisanpassung bei langfristigen Leistungen) und Versicherungsprobleme.

Schiedsverfahren

Artikel 7 sieht erforderlichenfalls ein Vergleichsverfahren vor und bestimmt ein Schiedsverfahren.

In the event of arbitration, the arbitration board shall be made up as follows:

– each Party with opposing interests (Variant: the presidents of the administrative courts with jurisdiction over each of the parties) shall designate a member of the arbitration board and the Parties shall jointly appoint one or two independent members so that there may be an odd number of members;

– where there is an even number of members of the arbitration board and the votes are tied, the independent member shall have a casting vote.

Alteration and termination of the contract

Article 8 specifies the rules to apply in the event of alteration or termination of the contract.

Article 9. The Parties shall inform the Secretary General of the Council of Europe of the conclusion of this agreement and supply him with the text.

2.5 Outline contract for the provision of supplies or services between local authorities in frontier areas ("public-law" type)

Introductory note:

This type of contract is similar to that dealt with under 2.4 ("private-law" contracts) in that it relates to specific purposes. This type is more particularly concerned with concessions or contracts for public services or public works (or services or works which are regarded as "public" by one of the countries concerned), or the provision of contributory finance¹⁾, from one authority to another on the other side of the frontier. Such public concessions entail special risks and responsibilities related to the public services provided which require the inclusion in the contract of other provisions in addition to those specified in the model "private-law" contract.

"Transfrontier" contracts of this type are not necessarily permitted in all countries. Consequently, the possibility of such arrangements and the conditions for their use would often first have to be provided for in an inter-state agreement (see model agreement 1.4).

¹⁾ This arrangement might be particularly useful to frontier authorities, e.g. in the case of pollution: one authority might offer another contributory finance to enable it to carry out work within its competence but of value to the first.

Dans cette dernière éventualité la commission d'arbitrage est composée comme suit:

– chaque Partie ayant un intérêt opposé désigne (Variante: les présidents des juridictions compétentes en matière administrative, dont relève chacune des Parties, désignent) une personne en tant que membre de la commission d'arbitrage et les Parties ensemble procèdent à la désignation d'un ou deux membres indépendants de manière à parvenir à un chiffre impair de membres;

– en cas de nombre pair des membres de la commission d'arbitrage et de partage des voix, la voix du membre indépendant est prépondérante.

Modification et résiliation du contrat

L'article 8 fixe les règles qui s'appliquent en cas de modification ou de résiliation du contrat.

Article 9. Les Parties informeront le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe de la conclusion de cet accord et lui en transmettront le texte.

2.5 Schéma de contrat de fourniture ou de prestation de services entre collectivités locales frontalières (de type «droit public»)

Note liminaire:

Cette catégorie de contrats se rapproche de celle prévue sous 2.4 (contrats conclus dans un but déterminé). Cette catégorie vise plus particulièrement la concession de services publics ou de travaux publics (ou en tout cas considérés comme «publics» par un des pays en cause), l'affermage et les offres de concours, ¹⁾ d'une commune à une autre commune ou à un autre organisme de l'autre côté de la frontière. La concession de telles prestations de caractère public comporte des responsabilités et des risques particuliers liés aux services publics, qui nécessitent par conséquent l'introduction dans le contrat de dispositions supplémentaires à celles prévues pour le contrat de type «droit privé».

La possibilité de «faire passer la frontière» à de tels types de contrats n'est pas forcément admise par tous les pays et, de ce fait, une telle possibilité et la détermination des conditions de recours à de tels contrats devraient souvent être préalablement réglées dans un accord interétatique (voir modèle d'accord 1.4).

¹⁾ Cette formule pourrait rendre des services aux collectivités frontalières, notamment en matière de pollution: une collectivité pourrait offrir un concours financier à une autre pour que cette dernière réalise certains travaux relevant de sa compétence, mais présentant un certain intérêt pour la première.

Im letzteren Fall setzt sich die Schiedskommission wie folgt zusammen:

– Jede Partei mit entgegengesetztem Interesse benennt (Alternative: Die Präsidenten der für jede der Parteien zuständigen Verwaltungsgerichte benennen) ein Mitglied der Schiedskommission, und die Parteien benennen gemeinsam ein oder zwei unabhängige Mitglieder, so daß eine ungerade Mitgliederzahl erreicht wird;

– im Fall einer Schiedskommission mit gerader Mitgliederzahl und bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des unabhängigen Mitglieds den Ausschlag.

Änderung und Auflösung des Vertrags

Artikel 8 bestimmt die Vorschriften, die für den Fall der Änderung oder Auflösung des Vertrags gelten.

Artikel 9. Die Vertragsparteien unterrichten den Generalsekretär des Europarats über den Abschluß dieses Vertrags und übermitteln ihm den Wortlaut.

2.5 Grundriß eines („öffentlich-rechtlichen“) Vertrags über die Bereitstellung von Lieferungen oder Leistungen zwischen örtlichen Körperschaften in Grenzgebieten

Einleitende Bemerkung:

Diese Vertragsform ähnelt der unter 2.4 vorgesehenen (Verträge mit einem bestimmten Zweck). Diese Form befaßt sich insbesondere mit Konzessionen oder Verträgen für öffentliche Leistungen oder öffentliche Arbeiten (oder Leistungen oder Arbeiten, die jedenfalls von einem der betreffenden Staaten als „öffentlich“ betrachtet werden) und der Bereitstellung finanzieller Hilfe ¹⁾ durch eine Gemeinde für eine andere Gemeinde oder ein anderes Organ auf der anderen Seite der Grenze. Die Gewährung derartiger Leistungen öffentlicher Art bringt generell besondere Haftungen und Risiken mit sich und erfordert daher die Aufnahme von Zusatzbestimmungen in den Vertrag, die über die für den privatrechtlichen Vertrag vorgesehenen hinausgehen.

„Grenzüberschreitende“ Verträge dieser Art sind nicht zwangsläufig in allen Staaten vorgesehen, und daher müssen eine derartige Möglichkeit und die Festlegung der Bedingungen für ihre Anwendung oft zunächst in einer zwischenstaatlichen Vereinbarung geregelt werden (siehe Mustervereinbarung 1.4).

¹⁾ Diese Möglichkeit könnte für die Körperschaften in Grenzgebieten insbesondere auf dem Gebiet der Umweltverschmutzung von Nutzen sein: Eine Körperschaft könnte einer anderen finanzielle Hilfe anbieten, damit die letztere bestimmte Arbeiten durchführt, die in ihre Zuständigkeit fallen, aber für die erstere von Interesse sind.

The use of such a contract, which is simple enough to devise and implement, could in some cases obviate the need for a joint agency of the "Transfrontier Syndicate of Local Authorities" type (see 2.6), which raises other legal problems.

Contractual provisions

Where the contract involves the establishment or administration of public property, a public service or facility belonging to a local authority in at least one of the countries, contractual guarantees must be specified in accordance with the rules which apply in the country or countries concerned.

The contract will also, where necessary, make reference to the following specific conditions:

1. the regulations governing the establishment or operation of the facility or service concerned (e.g. timetable, charges, conditions of use, etc.);
2. special conditions governing the setting up of the facility or service (e.g. permits required, procedure, etc.);
3. the conditions of contract for the facility or service;
4. the procedure for adjusting the contract for reasons of public interest and resulting financial compensation;
5. ensuing relations between users of the facility or service and the operator (e.g. conditions of access, charges, etc.);
6. withdrawal from, surrender or termination of the contract.

In addition to these special requirements, the provisions specified in the specimen "private-law" contract 2.4 will also apply.

2.6 Outline agreement on the setting up of organs of transfrontier co-operation between local authorities

Introductory note:

It is assumed that several local authorities may get together and form a legally based organisation with a view to provid-

Le recours à un tel contrat dont la conception et la réalisation sont finalement simples pourrait dans certains cas éviter la création d'un organisme commun de type «Syndicat intercommunal transfrontalier» (voir 2.6) qui pose d'autres problèmes juridiques.

Dispositions contractuelles à prévoir

Dans le cas où le contrat met en jeu, au moins dans un des pays, l'établissement ou la gestion du domaine public, d'un service public ou d'un ouvrage public d'une collectivité locale, il est nécessaire de prévoir des garanties contractuelles conformément aux règles en vigueur dans le ou les pays concernés.

Par ailleurs, le contrat fera, pour autant que de besoin, référence aux conditions particulières suivantes:

1. au règlement fixant les conditions d'établissement ou de fonctionnement de l'ouvrage ou du service considéré (par exemple, horaires, tarif, conditions d'utilisation, etc.);
2. aux conditions particulières de la mise en œuvre de l'entreprise ou de l'exploitation, par exemple habilitations et autorisations requises, procédure, etc.;
3. au cahier des charges de l'entreprise ou de l'exploitation;
4. aux procédures d'adaptation du contrat en cours d'exécution découlant des exigences de l'intérêt public et aux compensations financières devant en résulter;
5. aux modalités des relations qui résulteront de l'entreprise ou de l'exploitation considérée entre, d'une part, les usagers de l'ouvrage ou du service, et, d'autre part, l'exploitant (par exemple, conditions d'accès, redevances, etc.);
6. aux modalités de retrait, de rachat ou de dénonciation du contrat.

En dehors de ces conditions particulières, les dispositions évoquées pour le schéma de contrat (type «droit privé») sous 2.4 s'appliquent.

2.6 Schéma d'accord pour la création d'organismes de coopération intercommunale transfrontalière

Note liminaire:

Il est présumé que plusieurs autorités locales sont admises à créer ensemble un organisme doté de la personnalité juridi-

Die Verwendung eines derartigen Vertrags, dessen Konzeption und Durchführung letztlich einfach ist, könnte in bestimmten Fällen die Schaffung eines gemeinsamen Organs von der Art eines „interkommunalen grenzüberschreitenden Verbands" (siehe 2.6) überflüssig machen, der andere juristische Probleme aufwirft.

Vorzusehende vertragliche Bestimmungen

Wenn der Vertrag die Errichtung oder Verwaltung des öffentlichen Vermögens, einer öffentlichen Einrichtung oder einer öffentlichen Anlage einer örtlichen Körperschaft in mindestens einem der Staaten berührt, müssen nach Maßgabe der in dem oder den betreffenden Staaten geltenden Vorschriften vertragliche Garantien vorgesehen werden.

Außerdem wird in dem Vertrag, soweit notwendig, auf folgende besonderen Bedingungen Bezug genommen:

1. die Vorschriften, welche die Bedingungen für die Errichtung oder den Betrieb der betreffenden Anlage oder Einrichtung festlegen (z. B. Zeitplan, Tarife, Benutzungsbedingungen usw.);
2. die besonderen Voraussetzungen für die Inbetriebnahme des Unternehmens oder des Betriebs, beispielsweise erforderliche Zulassungen und Genehmigungen, Verfahren usw.;
3. die Ausschreibungsbedingungen des Unternehmens oder des Betriebs;
4. die Verfahren zur Anpassung des Vertrags während der Ausführung an die Erfordernisse des öffentlichen Interesses und den sich daraus ergebenden finanziellen Ausgleich;
5. die Modalitäten der sich aus dem betreffenden Unternehmen oder Betrieb ergebenden Beziehungen zwischen den Benutzern der Anlage oder Einrichtung einerseits und dem Unternehmer andererseits (beispielsweise Zugangsbedingungen, Abgaben usw.);
6. die Modalitäten der Rücknahme, des Rückkaufs oder der Kündigung des Vertrags.

Außerhalb dieser besonderen Bedingungen gelten die Bestimmungen, die für den Grundriß des privatrechtlichen Vertrags unter 2.4 angeführt wurden.

2.6 Grundriß einer Vereinbarung zur Schaffung von Organen für die grenzüberschreitende interkommunale Zusammenarbeit

Einleitende Bemerkung:

Es wird davon ausgegangen, daß mehrere örtliche Behörden gemeinsam ein mit Rechtspersönlichkeit ausgestattetes Or-

ing and operating some public utility, service or facility body.

The creation and functioning of such an association or syndicate will mainly depend on the applicable legislation and the provisions of any previous inter-state agreement authorising this form of co-operation (see model agreement 1.5).

There follows a list of the provisions that the articles of association should include, insofar as they are not embodied in the applicable legislation.

The articles of association should specify *inter alia*:

1. the names of the founding members of the association and the conditions on which new members may join;
2. the name, headquarters, duration and legal status of the association (with references to the law conferring legal status upon it);
3. the object of the association, the way in which it is to be pursued and the resources at the association's disposal;
4. the way in which the registered capital is constituted;
5. the scope and limits of members' liabilities;
6. the procedure for appointing and dismissing administrators or managers of the association, as well as their powers;
7. the association's relations with its members, third parties and higher authorities, especially as regards the communication of budgets, balance sheets and accounts;
8. the people with responsibility for financial and technical control over the activity of the association and the reports arising out of such control;
9. the conditions for altering the articles of association and for the dissolution of the association;
10. the rules applying to personnel;
11. the rules applying to languages.

que en vue de la création et de l'exploitation d'un ouvrage ou équipement public ou d'un service public.

La création et le fonctionnement de cette association ou de ce syndicat dépendront essentiellement de la législation applicable et des éventuelles précisions que comportera un accord interétatique préalable autorisant cette forme de coopération (voir modèle 1.5).

Ci-après figure la liste des dispositions que les statuts devraient fixer, dans la mesure où la loi applicable ne les prévoit pas.

Les statuts détermineront notamment:

1. les membres fondateurs de l'association et les conditions d'adhésion de nouveaux membres;
2. le nom, le siège, la durée et la forme juridique de l'association (avec les références à la loi qui lui confère la personnalité juridique);
3. l'objet de l'association, les conditions de réalisation de cet objet et les moyens dont elle dispose;
4. la manière dont le capital social est formé;
5. la portée des engagements des associés et leurs limites;
6. le mode de nomination et de révocation des administrateurs ou gérants de l'association ainsi que leurs pouvoirs;
7. les rapports de l'association avec ses membres, les tiers et les autorités supérieures, notamment en ce qui concerne la communication des budgets, bilans et comptes;
8. les personnes qui sont chargées d'exercer les contrôles techniques et financiers sur l'activité de l'association et les communications auxquelles leurs vérifications donnent lieu;
9. les conditions de modification des statuts et de dissolution;
10. les règles applicables en matière de personnel;
11. les règles applicables en matière de langue.

gan zur Errichtung und zum Betrieb einer öffentlichen Anlage oder einer öffentlichen Einrichtung schaffen dürfen.

Die Gründung und die Arbeitsweise dieser Vereinigung oder dieses Verbands hängen im wesentlichen von den anzuwendenden Rechtsvorschriften und von den etwaigen Richtlinien in einer vorherigen zwischenstaatlichen Vereinbarung zur Genehmigung dieser Form der Zusammenarbeit (siehe Muster 1.5) ab.

Nachstehend sind die Bestimmungen aufgeführt, die in der Satzung festgelegt werden sollten, soweit das geltende Recht sie nicht vorsieht.

Die Satzung bestimmt insbesondere

1. die Gründungsmitglieder der Vereinigung und die Bedingungen für den Beitritt neuer Mitglieder,
2. den Namen, den Sitz, die Dauer und die Rechtsform der Vereinigung (mit Bezugnahme auf das Gesetz, das ihr Rechtspersönlichkeit verleiht),
3. den Gegenstand der Vereinigung, die Bedingungen für seine Verwirklichung und die dafür verfügbaren Mittel,
4. die Art und Weise, in der das Grundkapital gebildet wird,
5. den Umfang und die Grenzen der Verpflichtungen der Mitglieder,
6. die Methode der Ernennung und der Abberufung der Verwalter oder Geschäftsführer der Vereinigung sowie ihre Befugnisse,
7. die Beziehungen der Vereinigung zu ihren Mitgliedern, Dritten und den übergeordneten Behörden, insbesondere in bezug auf die Mitteilung der Haushalte, Bilanzen und Abrechnungen,
8. die Personen, die mit der Durchführung der fachlichen und finanziellen Kontrolle der Tätigkeit der Vereinigung beauftragt sind, und die Mitteilungen, zu denen ihre Prüfungen Anlaß geben,
9. die Bedingungen für die Satzungsänderung und die Auflösung der Vereinigung,
10. die Vorschriften für das Personalwesen,
11. die Vorschriften in bezug auf die Sprache.

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 101
der Internationalen Arbeitsorganisation
über den bezahlten Urlaub in der Landwirtschaft**

Vom 27. Oktober 1981

Das Übereinkommen Nr. 101 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 26. Juni 1952 über den bezahlten Urlaub in der Landwirtschaft (BGBl. 1954 II S. 1005) wird nach seinem Artikel 13 Abs. 3 für

Swasiland am 5. Juni 1982
in Kraft treten.

Unter Abänderung einer früheren, am 13. November 1979 wirksam gewordenen Erklärung wendet das Vereinigte Königreich dieses Übereinkommen auf Hongkong mit Wirkung vom 9. April 1981 nach Maßgabe folgender, am 9. April 1981 registrierter Erklärung an:

(Übersetzung)

"Article 1.

The Convention is applied to all manual workers and to non-manual workers, whose wages do not exceed HK \$ 6,000 per month."

„Artikel 1:

Das Übereinkommen gilt für alle Handarbeiter und für andere Arbeiter, deren Lohn 6 000 Hongkong-Dollar im Monat nicht übersteigt."

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 30. Oktober 1980 (BGBl. II S. 1422) und vom 15. Januar 1981 (BGBl. II S. 29).

Bonn, den 27. Oktober 1981

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. – Druck: Bundesdruckerei Bonn.

Im Bundesgesetzblatt Teil I werden Gesetze, Verordnungen, Anordnungen und damit im Zusammenhang stehende Bekanntmachungen veröffentlicht. Im Bundesgesetzblatt Teil II werden völkerrechtliche Vereinbarungen, Verträge mit der DDR und die dazu gehörenden Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen sowie Zolltarifverordnungen veröffentlicht.

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. jeden Jahres beim Verlag vorliegen. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt Postfach 13 20, 5300 Bonn 1, Tel. (02 28) 23 80 67 bis 69.

Bezugspreis: Für Teil I und Teil II halbjährlich je 48,- DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,20 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Juli 1978 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postcheckkonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509 oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 4,20 DM (3,60 DM zuzüglich 0,60 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 4,70 DM. Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 6,5%.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 5300 Bonn 1

Postvertriebsstück · Z 1998 AX · Gebühr bezahlt

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 111
der Internationalen Arbeitsorganisation
über die Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf**

Vom 27. Oktober 1981

Das Übereinkommen Nr. 111 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 25. Juni 1958 über die Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf (BGBl. 1961 II S. 97) wird nach seinem Artikel 8 Abs. 3 für

Frankreich	am	28. Mai 1982
Ruanda	am	2. Februar 1982
Swasiland	am	5. Juni 1982

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 30. Oktober 1980 (BGBl. II S. 1422).

Bonn, den 27. Oktober 1981

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer